

H20318 · 37. Jahrgang

222 | März/April 2014 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Reise zu den NeidgenossInnen

Berichte aus dem nicht so fernen Lande der Neider und Nicht-GenossInnen

Wenn im „Grossen Kanton" (Übername für Deutschland) in den Medien von der Schweiz die Rede ist, geht es meistens um eines von drei Themen: unsaubere Finanzgeschäfte, Rechtspopulismus, direkte Demokratie. Berichtet wird etwa über die Abstimmungsergebnisse der Minarettinitiative oder derjenigen gegen „Masseneinwanderung", über die Schwarzgeldkonti diverser Berühmtheiten oder Steuer-CDs. So entsteht ein anscheinend klares Bild von einer reichen Schweiz, die gerne von anderen profitiert und Angst davor hat, dass „die Anderen" daran teilhaben möchten. Dieses Bild stimmt zum Teil auch, denn es ist das Bild eines jeden (west) europäischen Nationalstaates aus der Sicht der ärmeren Weltregionen – auch wenn es vielleicht ein bisschen zugespitzt ist. Doch wie so oft ist diese vereinfachte Darstellung im Guten wie im Schlechten nicht wirklich richtig. Das politische System zum Beispiel wird von nicht in der Schweiz wohnenden Menschen oft missverstanden als eine Art konsensorientierte Basisdemokratie, doch bis 1971 durften Frauen auf gesamtstaatlichen Ebene nicht abstimmen, bei kantonalen Abstimmungen in Appenzell Innerrhoden sogar erst seit 1990. Die Abstimmungsergebnisse werden zu einem guten Teil beeinflusst vom Werbebudget der BefürworterInnen und GegnerInnen einer Vorlage. Mehrere Vorlagen, von denen die Mehrheit profitierte, wurden abgeschmettert. Alleine weil der Wirtschaftsverband Economiesuisse tausendfach argumentierte, dass Arbeitsplätze in Gefahr seien. Deswegen gibt es nicht sechs Wochen bezahlte Ferien und deswegen wird es wahrscheinlich auch keinen Mindestlohn geben.

Das Bild von der ruhigen Schweiz in der es kaum je Arbeitskämpfe gibt, ist einerseits sehr richtig – viele glauben Streiks seien illegal (obwohl Streiks eher legal durchführbar wären als in Deutschland) – andererseits galt die Schweiz früher als sehr streikfreudig. Und auch in den letzten Jahren gab es immer wieder – und auch lange – Streiks.



Anarchosyndikalistische Gruppierungen

Auf Organisationen bezogen, sieht die Lage durchwachsen aus. Von rund 10 FAU-Gruppen Ende der 1990er Jahre bleibt noch eine. Und nicht nur der FAU geht es so. Das Thema Arbeit hat einen schweren Stand in der außerparlamentarischen Linken, vor allem weil die AktivistInnen im Durchschnitt unter 25 sind und es kaum landesweite Strukturen gibt. Was nicht heisst, dass keine Vernetzung stattfindet. Gerade weil nicht in jeder Stadt eine Gruppe mit denselben Grundsätzen vorhanden ist, wird etwas mehr Wert auf Zusammenarbeit gelegt.

Ende der 1990er war mit der Antiglobalisierungsbewegung auch ein erweitertes Themenfeld stark, doch leider ist es nicht gelungen den Zusammenhang von Arbeit und Globalisierung in syndikalistische Strukturen umzuwandeln. Zumindest nicht im großen Stil. Im Kleinen sind die existierenden Netzwerke aber durchaus ein Produkt damaliger Verbindungen. Andererseits wird der Fokus gerne auf übergroße Themen gelegt, wie den Sturz des Kapitalismus. Dabei fehlt oft der Wille zum konstruktiven Bezug auf die Gegenwartsgesellschaft. Viele wollen den Umsturz, weil sie in einer anderen Gesellschaft leben wollen – bereits jetzt im Alltag nach neuen Strukturen zu suchen, gilt dagegen als Reformismus. Dies, der hohe Leistungsdruck und geringe Chancen auf alternativen Wegen zu einem spannenden Betätigungsfeld zu kommen, macht das Thema Arbeit wenig attraktiv.

Auf dem Weg zur Praxis

Die Idee der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, die Utopie in der Nähe des praktisch erlebten Alltags zu suchen und so beide gleichzeitig umzukrempeln, ist natürlich nicht einfach. Viele haben Mühe ihren Arbeitsalltag mit ihrer politischen Aktivität in Verbindung zu bringen.

Kollektive Organisationsformen verbreiten sich aber nicht einfach. Den Menschen in der Gesellschaft muss schon bewusst sein, ob sie die Arbeitsteilung erdulden um von allem immer mehr und schneller zu produzieren, oder um durch vertiefte Kenntnisse in einem Teilgebiet kompliziertere Dinge und anspruchsvollere Aufgaben zu bewältigen. Erst letztere Einstellung macht die Selbstverwaltung zu einem bewussten Prozess auf dem eine Gesellschaft aufbauen kann.

S. Deo und Celestino Della Morte

Anmerkung: Der Titel bezieht sich auf eine Gesellschaftssatire aus der Zeit nach einem Zusammenbruch voller kleiner selbstbezogener Gemeinschaften auf dem Gebiet der ehemaligen Schweiz. Autor ist der Soziologe François Höpflinger, auf dessen Homepage sich dieses Buch finden lässt.

Ein Monat Streik, Protest und Diskussion

FAU-Arbeitskampf in Szenekneipe schlägt Wellen der Dresdner Neustadt

Im Juli 2013 gründete sich die Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie (BNG-FAU) in Dresden, die erste FAU-Branchengewerkschaft der Stadt. Bereits bis Jahresende hatte die BNG Arbeitsrechtschulungen, Informations- und Werbematerialien, einen Lohnspiegel, einen Gastro-Emailverteiler und eine Kampagne für einen gewerkschaftlich durchgesetzten Mindestlohn von 8,50 Euro vorzuweisen. Im Februar trat die Gewerkschaft nach der Kündigung dreier Mitglieder einer Betriebsgruppe in einen einmonatigen Streik mit täglichen Protestposten und intensivierte ihre Tätigkeit in den Betrieben.

Einer der längsten KellnerInnenstreiks der deutschen Geschichte

Schauplatz des Streiks war die Szenekneipe Trotzdem. Hier hatte die FAU im Laufe des Jahres 2013 alle vier KellnerInnen als Mitglieder gewonnen. Die Betriebsgruppe (BG) setzte im 2013 eine Lohnerhöhung von 20 % durch, verteilte regelmäßig Gewerkschaftswerbung im Betrieb und half aktiv beim Aufbau der BNG.

Die Aktivitäten entwickelten schnell einen gewissen Vorbildcharakter. So führten die BNG-Mitglieder während des Dienstes durchaus auch mal eine Gewerkschaftsdiskussion oder gaben Rechtseinschätzungen. Logischerweise wurde die Gewerkschaft nebst BG aber auch von ChefInnen zunehmend beobachtet. Zuletzt bewies sich die BG, als einer der KollegInnen durch eine Verletzung mehrwöchig ausfiel und die Einbußen an Trinkgeld durch eine Sammlung der restlichen KollegInnen und einiger Stammgäste abgefedert wurde.

Ende Januar – der Kollege war immer noch verletzt zu Hause, ein zweiter gerade im Ausland – wurde den drei Teilzeitkräften der BG mündlich auf den 1. April gekündigt. Die von der Chefin genannten Gründe erwiesen sich schon bei der ersten, direkt im Anschluss einberufenen, BG-Sitzung als haltlos. Die entlassenen KollegInnen erarbeiteten daraufhin einen Brief an die Chefin. Die BNG wurde von Beginn an in die Prozesse eingebunden und formulierte gleichzeitig einen Brief mit der Forderung nach einer Rücknahme der Kündigungen und dem Abschluss eines Haustarifvertrages oder Verhandlungen über einen Kauf der Kneipe durch die Belegschaft. Letztere Forderung basierte auf dem Wunsch der BG gemeinsam in einem Kollektivbetrieb zu arbeiten.

Die Chefin ließ eine dreitägige Verhandlungsfrist verstreichen, verkürzte die Kündigungsfrist in der schriftlichen Kündigung auf einen Monat und schickte den Gekündigten Mails mit teils grob beleidigendem Inhalt. Die BNG rief daher ab dem 2. Februar zum Streik für einen Haustarifvertrag auf und begann mit täglichem Protest vor dem Lokal.

Als Reaktion behauptete die Chefin in einer öffentlichen Stellungnahme, Hintergrund der Kündigungen seien Diebstähle im Lager, sie habe den/die TäterIn nicht ermitteln können und daher alle entlassen die Zugang hatten. Medien und private InternetkommentatorInnen nahmen diese Begründung willig auf. Es dauerte einige Tage um die wahren Fakten ans Licht zu bringen: Zugang hatten drei weitere Beschäftigte und mehrere Familienmitglieder. Die Begründung entstand offensichtlich erst unter öffentlichem Druck, es gab keine wirklichen Versuche die Diebstähle aufzuklären oder zu unterbinden, sie waren nicht einmal der Polizei gemeldet worden.

Fortsetzung auf Seite 5

Catwalk



DA aus CH

Im Rahmen der rotierenden BuG-Redaktion hat die FAU Bern, ihres Zeichens einzige FAU in der Schweiz, die aktuelle Ausgabe der DA übernommen. Die AutorInnen hoffen, dass mit der Themenauswahl das Bild ihres Habitats ein bisschen verändert wird – und einige Stereotypen bestätigt werden. Wir schauen zurück auf die Entstehung des Anarchismus in der Schweiz und die wilden Streiks der 1970er Jahre. Wir berichten über Migration und über Auseinandersetzungen im Pflegebereich. Und auch die Kämpfe der BNG dürfen nicht fehlen, denn Dresden grenzt an die Schweiz – wenn auch an die sächsische.

A auch in der CH

Die FAU Bern ist im Moment noch umtriebiger als sonst, neben der DA und ihrer ebenfalls alle zwei Monate erscheinenden Zeitung *di schwarzi chatz* (auch SC genannt), schreiben sie an einer Ausgabe des *antidot inclu* zum Thema Anarchismus auch in der Schweiz.
Das Thema des *antidot* wird vorgegeben durch ein anderes Projekt: Ein Wochenende mit Veranstaltungen, Büchermesse, Konzerten und Stadtführungen vom 16. bis 18. Mai 2014 in Bern. Mehr Infos findet ihr in Bälde auf ihrer Homepage www.faubern.ch oder bekommt ihr per Mail an info@faubern.ch.

Kauf dich glücklich

Die Stimme der Freiheit. Luigi Bertoni und der Anarchismus in der schweizer ArbeiterInnenbewegung

Bereits seit 1997 gibt es eine Biografie auf italienisch zum Leben des Anarchisten und Gewerkschafters Luigi Bertoni. Dieser ist unter anderem dafür bekannt, dass er fast ein halbes Jahrhundert lang zwei Zwillingszeitungen auf Französisch (*Le Réveil Anarchiste*) und Italienisch (*Il Risveglio Anarchico*) herausgab. Der *Risveglio* provozierte einst sogar eine Staatskrise zwischen Italien und der Schweiz.
Der FAU-nahe *a propos Verlag* aus Bern ließ die Biografie übersetzen, aus Geldmangel konnte sie aber bislang noch nicht gedruckt werden. Auf der Büchermesse in Bern (siehe oben) soll sie aber vorliegen. Vorbestellen könnt ihr per Mail an: info@apropos-verlag.ch. 230 Seiten; ca 15 Euro

FAU-Ticker

+++ Die FAU Bremen gedenkt aus Anlass des 95. Jahrestags der Bremer Räterepublik. Zerschlagen wurde diese revolutionäre Erhebung am 4. Februar 1919 von der Reichregierung in Kooperation mit dem Freikorps Caspari. +++ Antifaschistischer Protest am 1. März in Gotha wird unterstützt von der FAU in Thüringen. Anlass war ein brutaler Nazi-Überfall Anfang Februar auf eine Kirmesveranstaltung im nahe gelegenen Ballstädt. Knapp 20 Neonazis hinterließen zwei Schwerverletzte und einen blutverschmierten und verwüsteten Saal. +++ Bundesweit in den Medien war der Aufruhr in der kambodschanischen Textilindustrie gegen Hungerlöhne und brutale Polizeieinsätze. Das Allgemeine Syndikat Köln solidarisierte sich im Januar mit den Näherinnen (über 90 % weiblich) vor der H&M-Filiale in der Schildergasse. +++ Wieder die FAU Köln: Das lokale Syndikat beteiligte sich an einer erfolgreichen Hausblockade verschiedener Initiativen (Recht auf Stadt – Wohnraum für alle – Zwangsräumung verhindern) am Neusser Platz in Köln. Etwa 300 Aktive konnten am 20. Februar einen ersten Räumungsversuch gewaltfrei verhindern. +++ Ebenso unterstützt die FAU Hannover Anfang März 23 gefangene Protestierende in Kambodscha unter dem Motto „Free the 23!". +++ Zur Demo am 15. März in Emsdetten gegen miese Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie mobilisiert auch die FAU Münsterland. Insbesondere Fine Food Feinkost hatte in der Region mit Subunternehmen, Leiharbeit, Ausbeutung von osteuropäischen ArbeiterInnen und anderen üblen Tricks von sich reden gemacht. +++

Jetzt haben wir den Salat. Das StudentInnenaustauschprogramm Erasmus wurde gekündigt und wenn sich auch nur die Hälfte der Zeitungsberichte der letzten Wochen bewahrheitet, dann wird eine wirtschaftliche Apokalypse über die Schweiz hereinbrechen. Gleichzeitig jubelt die eine Hälfte der Facebook-EidgenossInnen über die moralische Stärke der Stimmenden, während die andere Hälfte über den Rassismus jammert und sich fast zu PartisanInnen verklärt. Und alles nur weil „die SchweizerInnen" das Falsche abgestimmt haben, also den rechtskonservativen Kurs der SVP unterstützten, deren Äußerungen und Kampagnen weit über der Grenze zum Rassismus liegen, weswegen sie auch gern von NPD und Front National kopiert werden.

Das Problem ist aber, dass die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative von den GegnerInnen zu einer Abstimmung alleine über Weltoffenheit und Toleranz oder Isolationismus und Rassismus stilisiert worden ist. Also zu einem Reflex, welcher sich gut mit „alles außer SVP" (solche Kleber gab es mal) umschreiben lässt. Bei der Abstimmung ging es für viele aber auch um ganz andere Themen, die wahrscheinlich auch den Ausschlag für die Annahme gegeben haben: Es ging auch um eine neoliberale Politik, die in der EU schon zu Genüge verhasst ist. Diese Politik hatte zur Folge, dass Arbeitsbedingungen massiv unter Druck gerieten, obwohl eigentlich sogenannte ‚flankierende Maßnahmen' beschlossen wurden, welche die Schweizer Löhne schützen sollen. Aber selbst im Baugewerbe – die am stärksten kontrollierte Branche – kommt es immer wieder zu massiven Unterschreitungen der festgelegten Löhne und teils sogar zu sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen. Dies spüren auch die regulär und leihweise angestellten BauarbeiterInnen mit Schweizer Pass. Gleichzeitig gibt es in der Schweiz keine ‚Linke', die glaubhaft vertreten könnte, dass dieser Lohndruck nicht von den ausländischen ArbeiterInnen ausgeht, sondern von den AuftraggeberInnen und den ChefInnen. Die parlamentarische Linke ließ sich aus Angst vor Wahlniederlagen auf die Rhetorik der SVP ein und fordert mittlerweile oft selbst „Korrekturen" in Form von Verschärfungen im Sozial- und Asylwesen. Im Zeichen der Offenheit befürworten sie aber das ganze Wirtschaftsprogramm der EU. Und für diejenigen, die unter dem zunehmenden Druck an ihren Arbeitsplätzen leiden, bleibt nur die Alternative Rassismus oder Neoliberalismus. Außer es bildet sich eine außerparlamentari-



Rassismus oder Neoliberalismus

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Flensburg .... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Göttingen ...... Kontakt über Hannover
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... Kontakt über Hannover
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh@fau.org>, Treffen: Di. 21 Uhr, Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr, Allgemeines Syndikat, 2. Di. im Monat, 21 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), 2. Di. im Monat, 21 Uhr, <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>, (0177) 5601030
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg
Wolfsburg ...... Kontakt über Hannover

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim .... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
Marburg.......... FAU Marburg, Mo. 19 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b, <faumr@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Aachen .... Kontakt über Düsseldorf
Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, Treffen: Mo. 18.30 Uhr, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi.20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, Stammtisch: 4. Do. im Monat, 19 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, <faudu@fau.org>, Fon/SMS: (0179) 325 8648
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, <faud@fau.org>, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48,
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, 2. Di. im Monat, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr. Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo. im Monat, 19 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>, Branchenkontakt Soziales <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, (0157) 38649518, Treffen: 4. Fr. im Monat, Wums e.V., Columbusstraße 2
Halle/Saale...... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt-Jena, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bielefeld .... ASJ Bielefeld , Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, <selbamachen@riseup.net>, Di. 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Hamburg <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

Zur Lage der Gewerkschaften

Ein Interview zu den Zentralgewerkschaften in der Schweiz

Marcel Meyer ist aktives Basismitglied in der größten Gewerkschaft der Schweiz, der Unia. Obwohl er dem, wie er es nennt „demokratischen Zentralismus" kritisch gegenübersteht. Marcel ist Teil des Netzwerk Arbeitskämpfe und versucht in diesem Rahmen spontan ausbrechende oder bereits laufende Kämpfe mit oder ohne Gewerkschaftsbeteiligung zu unterstützen, das Konzept der ArbeiterInnenselbstorganisation bekannt zu machen und Kämpfe untereinander zu vernetzen. Die Unia ist eine Großgewerkschaft ohne Ausrichtung auf eine bestimmte Branche, hat aber Schwerpunkte auf dem Bau und in der Industrie. Sie hat knapp 200.000 Mitglieder und entstand 2004 durch die Fusion der Bau- und Industriegewerkschaft GBI, der Maschinen-, Metall- und Uhrengewerkschaft SMUV und einiger kleinerer Gewerkschaften.
Die DA *unterhielt sich mit Marcel über die zentralistischen Gewerkschaften in der Schweiz, über Kämpfe und Probleme.*

Die Löhne sind hoch, die Arbeitsbedingungen meistens gut, was gibt es für Gründe in der Schweiz einen Arbeitskampf zu beginnen?

Es gibt viele Gründe. Ich denke, das ist nicht so viel anders als in anderen Ländern. In manchen Branchen, wie dem Bau, gibt es zwar gute Verträge, aber die werden fast flächendeckend unterlaufen. Dann gibt es gewisse eher exponierte Gruppen von ArbeitnehmerInnen, wie Lehrlinge, Frauen oder MigrantInnen. Lehrlinge werden in manchen Betrieben nicht wirklich ausgebildet, sondern eher als billige Handlanger missbraucht. Frauen verdienen in der Schweiz im Schnitt ein Fünftel weniger als Männer und MigrantInnen werden übervorteilt, da sie die Schweizer Gesetze nicht kennen. Das Problem ist, dass viele nicht wissen, dass sie sich wehren können.

Wie meinst du das?

Zum Beispiel denken viele, dass Streiks in der Schweiz illegal sind, das ist aber nicht der Fall. Es gibt nur nicht sehr viele. Sehr oft werden Streiks auch in anderen Landesteilen totgeschwiegen. Als etwa die PflegerInnen im Neuenburger Spital La Providence ab Ende November 2012 streikten, gab es fast zwei Monate lang keinen einzigen Zeitungsartikel auf Deutsch. Dasselbe galt in einem weniger extremen Rahmen auch für den erfolgreichen Streik in Bellinzona 2008. Die Tessiner Medien mussten darüber einigermaßen ausgewogen berichten, vor allem als die Streikenden es schafften die halbe Bevölkerung zu mobilisieren, aber in der Deutschschweiz wurde wenig und unausgewogen darüber berichtet.

Du hast den Streik bei La Providence angesprochen, dort wurden ja die Streikenden entlassen. Ist dies eine neue Entwicklung?

In diesem Ausmaß ist dies schon eine neue – oder zumindest eine seit langem nicht mehr angewandte – Praxis. Nachdem die Streikenden bei La Providence entlassen wurden, reichten die Gewerkschaften Klagen bei der ILO [International Labour Organisation, Gewerkschaftsabteilung der UNO] ein. Doch als innerhalb der Schweiz nichts passierte, wurde bei zwei anderen Streiks dasselbe angewendet. Beim Besetzungsstreik beim Tankstellensupermarkt in Baden-Dättwil wurden die Aktivsten nach zwei Wochen Streik entlassen und auch beim Streik am Genfer Flughafen bei GateGourmet, ist dies vorgekommen. Es scheint, als sollen die Rechte der GewerkschafterInnen weiter beschnitten werden.

Haben denn GewerkschafterInnen nicht einen rechtlichen Schutz in der Schweiz?

Theoretisch ja, es gibt natürlich auch in der Schweizer Verfassung einen Artikel zur Koalitionsfreiheit und es gibt auch einen Schutz für GewerkschafterInnen in gewählten Gremien. Diese Gesetzesartikel sind in der Praxis allerdings ziemliche Papiertiger, da nur im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes auf Wiedereinstellung geklagt werden kann. Das Gesetz sieht bei missbräuchlichen Kündigungen nur eine Entschädigung von eins bis sechs Monatslöhnen vor. In der Praxis erhält kaum jemand mehr als zwei und für das lohnt sich die Klage oft kaum.

Versuchen die Gewerkschaften denn nicht mit aller Kraft in diesem Thema etwas zu verändern?

Sie versuchen schon, aber die in den beiden Dachverbänden Schweizerischer Gewerkschaftsbund und Travail.Suisse zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind ziemlich zahm. Durch die in den GAV [Gesamtarbeitsverträge; ~Tarifverträge] enthaltenen Ausbildungs- und Kontrollabgaben fließt viel Geld in die Apparate. Sie könnten es kaum verkraften, wenn diese Abgaben komplett wegfielen und genau damit drohen ArbeitgeberInnenverbände wie etwa der Schweizerische Baumeisterverband. Das andere Problem ist, dass die Schweiz offenbar kein Interesse hat die Gewerkschaftsrechte zu stärken, auch wenn sie dafür von der ILO schon mehrfach gerügt wurde.

Während dem Streik bei SPAR in Baden-Dättwil

Die SozialdemokratInnen und Gewerkschaften machten in der letzten Zeit mit der 1:12- und der Mindestlohninitiative auf sich aufmerksam, die mit Gesetzen gewerkschaftliche Themen regeln wollen. Was ist das Ziel solcher Vorstöße?

Das Ziel dieser Vorstöße ist es nüchtern betrachtet, sozialdemokratische Politik über die Verfassung [im Grunde ermöglichen Initiativen Verfassungszusätze] einzuführen. Vor allem die Mindestlohninitiative bereitet mir aber etwas Bauchschmerzen. Zum einen steht hier ein Instrument zur Verfügung um flächendeckende Mindestlöhne ohne Ausnahmen einzuführen, auf der anderen Seite wird ein Kernthema der Gewerkschaften an die parlamentarische Politik delegiert. Die Forderung wird, wenn sie denn erfüllt wird, nicht durch Organisierung und Stärke der Gewerkschaften erfüllt, sondern über eine Abstimmung. Und das könnte die Gewerkschaften nachhaltig schwächen.

Inwiefern?

Die ArbeitgeberInnen können sich weiterhin auf den, meiner Meinung nach, einseitigen Arbeitsfrieden verlassen und bei neuen Vertragsverhandlungen verlangen, dass die Löhne nicht zum Thema werden, da es ja einen Mindestlohn geben würde. Was aber weitaus schlimmer ist, ist dass die eher schlecht organisierbaren Temporären [LeiharbeiterInnen] und sonstig prekär Angestellten noch weniger einen Grund sehen könnten sich im Betrieb zu organisieren. Ihr Lohn wurde ja „vom Volk" und nicht von der Gewerkschaft erhöht. Und ganz übel könnte es auch werden, wenn die Initiative nicht durchkommt, denn dann – und das wird häufig gemacht – kann argumentiert werden, dass „das Volk" keine so hohen Löhne wolle. Und „Volk" ist immer gleichbedeutend mit „alle" oder zumindest der großen Mehrheit.

Du hast vorhin von Leiharbeit angesprochen, wie ist die Stellung der Temporären in den großen Gewerkschaften?

Es kommt extrem auf die Branche an. In den Branchen in denen es allgemeinverbindliche GAV gibt, sind die Arbeitsbedingungen zumindest auf dem Papier gleich wie für Festangestellte. In gewissen Branchen wie dem Baunebengewerbe gibt es durchaus organisierte Temporäre. In prekäreren Branchen, etwa bei Callcentern, ist kaum eine Organisierung vorhanden.

Die Gewerkschaften lancieren zwar teilweise Kampagnen bei denen die Temporären die Zielgruppe sind, aber wirkliche Konzepte zur Leiharbeit habe ich bis jetzt noch nicht mitbekommen.

Wohin entwickeln sich deiner Meinung nach die Gewerkschaften?

Im Moment hat zum Beispiel die Unia ein Organising-Programm am laufen. Im Rahmen dieses Programms werden GewerkschaftsfunktionärInnen in die USA zur SEIU geschickt und lernen dort deren Konzepte kennen. Dieses Organising bleibt aber im kleinen Rahmen und untersteht immer der Kontrolle des Apparats. Der Streik in Baden-Dättwil – einer der militantesten Streiks in der Deutschschweiz in den letzten Jahren – kam zum Beispiel über ein Organising-Projekt zustande. Der Streik sah auch anders aus: Die Streikenden, vor allem migrantische Frauen, waren stets präsent und traten öffentlich auf. Die ‚dunkle' Seite des Organisingprojekts wurde aber auch deutlich: In der Unia ist es so, dass am zweiten Streiktag die Verantwortung an die oberste Leitung der Unia übertragen werden muss. Nach ein paar Tagen war das dann auch überdeutlich zu sehen: Die hohen Tiere stolzierten auf den Streikposten auf und ab und in Fernsehinterviews waren sie plötzlich mehr gefragt als die Streikenden.

Kolumne Durruti



Ich hatte dröhnende Kopfschmerzen. Migräne – kein Wunder zu dieser Zeit. Ich und die alles erdrückende Migräne begaben uns auf die Notfallstation des Universitätsspitals. Dort ist der Zugang zu abhelfenden Chemikalien um einiges schneller als beim Hausarzt. Item[1], ich war da auf jeden Fall auf einem unbequemen Stuhl in der Notfallaufnahme, hatte noch halb Kopfschmerzen, halb war ich schon daran auf einer flauschigen Wattewolke gegen die Zimmerdecke zu schweben, als ich ein Gespräch mitanhörte. Es war ein GastarbeiterInnenpaar, dem Akzent nach aus dem Billiglohnland im Norden, aber wieder item, das spielt keine Rolle. Auf jeden Fall waren sie in einem lebhaften Gespräch mit einer Pflegerin. Es ging offenbar um eine bald bevorstehende Geburt und die Pflegerin fragte so Fragen, die halt so gefragt werden, wenn eine bürokratische Care-Institution sich gegen alle Eventualitäten absichern will. Dann kamen noch ein paar Fragen zu Wehenintervallen oder so, das habe ich dann nur so teilweise verstanden, denn anscheinend immer dann wenn sich meine schöne Wolke in Luft auflöste und die Migräne zurückkam, schien die Frau wieder Wehen zu haben. Item. Ich war offenbar nicht die einzige Person mit einem Gehör für Akzente, denn die Pflegerin stellte plötzlich so fragen nach Herkunft: „Entschuldigen Sie, aber mit ihrem Akzent, da können Sie keine Schweizer sein." Die Frau „nnnggg... Nein... Wieso?" „Es tut mir ja schrecklich leid, aber wir müssen das schon länger immer fragen. Erst wegen den Illegalen und jetzt wegen den Kontingenten. Wo sind sie denn her?" „ffffff...a-a-aus Deutschlandfff...fff" Und ihr Mann fügte an: „Aber wir wohnen schon seit fünfzehn Jahren in der Schweiz und arbeiten hier." Worauf die Pflegerin mit gefühlsloser Einfühlsamkeit meinte: „Das spielt keine Rolle. Sie haben keine andere Staatsbürgerschaft?" Die Frau verursachte bei mir einen neuen Migräneschub und der Mann antwortete: „Nein, wieso?" „Das Problem ist, sie sind Deutsche und wollen hier bei uns ein Kind bekommen." „Ja, und?" „Die Datenbank meldet mir, dass die Kontingente für Deutschland bereits ausgeschöpft sind." „...das heißt?" „Sie können ihr Kind hier nicht bekommen, weil sonst wäre ein deutscher Staatsbürger – es wird doch ein Junge nicht wahr? Gratuliere! – zu viel in der Schweiz." Die Frau und der Mann starrten zuerst sich ungläubig an und dann die Pflegerin. Diese fuhr fort: „Sie wohnen doch hier seit Jahren nicht wahr? Dann wissen Sie sicher auch von der Massengebärinitiative. Die legt fest, dass nur eine bestimmte Anzahl Geburten von Ausländern in der Schweiz passieren dürfen. Wo kämen wir sonst hin mit unserem kleinen Land?" „Ja, aber..." versuchte der Mann ein Argument vorzubringen, während er auf seine Frau zeigte. Jäh unterbrach ihn die Pflegerin: „Nichts aber, der Gebärmuttermund von Ausländerinnen ist, seit der Annahme der Initiative, Außengrenze. Da ist nichts zu machen, außer natürlich es ist ein eingebürgerter Gebärmuttermund." Die Frau schrie, meine Wolke wurde schwarz und es schlugen Blitze aus ihr, die Kopfschmerzen wurden bestialisch. Und dann, dann wachte ich auf. Schweissgebadet. Kopfschmerzen hatte ich keine, bis ich die Zeitung aufschlug und Berichte über die Schuld der Ausländer an der Wohnungsnot las. Ohne Ausweg, dachte ich, egal ob du träumst oder nicht, die gleiche Scheiße. Zum Glück habe ich ja noch einen anderen Pass, zum Glück habe ich auch noch die italienische Staatsb... Und aus den Kopfschmerzen wurde eine Migräne.

Celestino Della Morte

[1] Berndeutsch für „sei es wie es will"

Termine

☞ Berlin

Fr. 14. März, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Kritik der Sanktionspraxis bei Hartz IV
Zu Gast: Christel T. und Kritischer Kommilitone

Sa. 29. März, 16.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Veranstaltung: Together Now - The United Voice Of The European Truck Drivers!
Über die europaweiten Widerstände im Transportsektor, mit einem Mitglied des Kraftfahrer-Clubs Deutschland

☞ Düsseldorf

15. - 29. März
damenundherren, Oberbilker Allee 35
Fotoausstellung Zapatistas
Ausstellung vor den Veranstaltungen ab 19.00 Uhr geöffnet
www.alertaduesseldorf.blogsport.de/2013/07/22/zapatistas-fotoausstellung

Sa. 15. März, 19.00 Uhr
Vernissage und Konzert mit Josué Avalos
Vier mexikanische Fotografen zeigen eindrucksvolle Bilder des Kampfes für Würde und Freiheit

Sa. 22. März, 20.00 Uhr
Doku und Diskussion: Der Aufstand der Würde
Die Doku gibt einen sehr guten Überblick zur zapatistischen Bewegung und ihrer Selbstorganisierung

Di. 25. März, 20.00 Uhr
Vortrag und Diskussion: Indigener Kampf und staatliche Repression
mit Thomas Zapf, Menschenrechtsorganisation SiPaz! aus Chiapas

Sa. 29. März, 20.00 Uhr
No morirá la flor de la palabra / Die Blume des Wortes wird nicht sterben
Lesung und Performance politischer Erklärungen der Zapatistas (Deutsch/Spanisch)

☞ Hamburg

Fr. 4. April, 19.00 Uhr
Schwarze Katze, Fettstr. 23
Freitagskneipe mit Programm: Kollektivbetriebe und postkapitalistische Ökonomie
Über Michael Alberts Parecon

☞ Mannheim

Do. 20. März, 19.30 Uhr
Bürgerhaus Neckarstadt-West, Lutherstraße 15-17
Soli- und Infoveranstaltung: Schmiermittel für die Revolution
Ralf Dreis zu den Kämpfen in Griechenland. Entgegen der Propaganda, das Schlimmste sei überstanden, geht die soziale Zertrümmerung Griechenlands weiter.

Sa. 19. April, 20.00 Uhr
Arbeitersportverein (ASV), Beilstraße 12 (Hinterhaus)
Lesung: Hartz 5 „Ein schöner böser Roman"
Peter Hetzler stellt seinen Hartz -Roman vor

☞ Nordrhein-Westfalen

10. - 14. März
Rundreise: „Schwarze Flamme – Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus "
Termine auf Seite 7

Wer petzt, geht zurück

Am Zürcher Prunkboulevard Bahnhofstrasse streiken Bauarbeiter auf einer Baustelle für die spanische Modekette ZARA, die für Tiefstlöhne bekannt ist. Laut der Gewerkschaft Unia arbeiten seit Januar 50 Angestellte auf der Baustelle im so genannten Bally-Haus zu Niedrigstlöhnen. Die Männer verdienen zwischen 900 und 2000 Euro im Monat. Der Tariflohn liegt zwischen rund 3600 und 5200 Euro. Die spanische Firma, bei der die Arbeiter angestellt sind, habe systematisch Falschangaben bei Lohn und Arbeitszeit gemacht. Der Arbeiter, der den Skandal aufdeckte, ist nicht mehr in der Schweiz. Er wurde von seinen Vorgesetzten kurzerhand zurück nach Spanien verfrachtet, als sie Wind davon bekamen, dass er seinen Kollegen auf der Baustelle unbequeme Fragen über ihre Arbeitsbedingungen stellte.



Anna Leder (Hg.)
„Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung – Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien“
Promedia Verlag, Wien, 2011
ISBN: 978-3-85371-333-4.

Arbeiterwiderstand im „Land des Arbeitsfriedens“

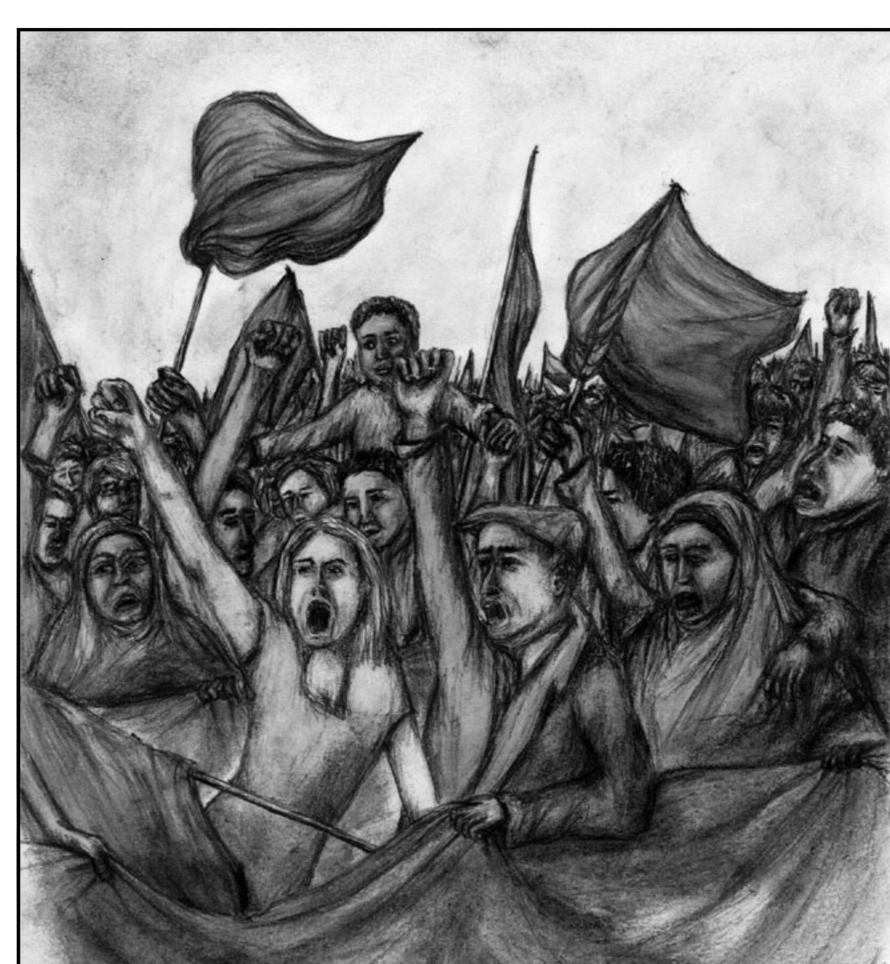
Befriedungsversuche und Entwicklung der Arbeiterkämpfe in der Schweiz in den letzten 100 Jahren

Die Schweiz ist ein streikarmes Land, ein Land des „Arbeitsfriedens“. Streiks sind so selten, dass viele Leute glauben, in der Schweiz sei der Streik gesetzlich verboten. Obwohl dies nicht zutrifft, läuft es – zusammen mit dem fehlenden Kündigungsschutz für gewerkschaftliche AktivistInnen – faktisch fast darauf hinaus. Das zeigen die beiden jüngsten Beispiele im Krankenhaus La Providence in Neuenburg und bei SPAR in Dättwil, wo die Streikenden fristlos entlassen wurden. Es laufen zwar Gerichtsverfahren wegen missbräuchlicher Kündigung, die jedoch an den Tatsachen nichts zu ändern vermögen. Die Botschaft der Unternehmer an ihre Lohnsklaven ist eindeutig: Wer in der Schweiz streikt, wird fristlos entlassen! Auf diese Weise soll der „Arbeitsfrieden“ wieder bedingungslos durchgesetzt werden. Wenn zwischen zwei feindlichen Heeren ein Waffenstillstand geschlossen wird, so stehen sich die beiden Heere weiterhin als Feinde gegenüber. Wenn stattdessen ein „Friedensabkommen“ getroffen wird, so betrachten sich die Feinde nicht mehr als solche und werden zu „Partnern“ – aus Klassenfeinden werden Sozialpartner. Dies kann aus der Einsicht erfolgen, dass beide Heere ungefähr gleich stark sind und daher keines in der Lage ist, das andere zu besiegen. Oft erfolgt der Friedensschluss allerdings aufgrund der bedingungslosen Kapitulation des besiegten Heeres. Es ist psychologisch leicht nachvollziehbar, dass in diesem Fall die meisten der Unterlegenen, um ihr Sklavendasein als weniger drückend zu empfinden, irgendwann beginnen, sich mit den Interessen ihrer Herren zu identifizieren. Daraus entwickelt sich jene „Politik des kleineren Übels“, die es so meisterhaft versteht, Niederlagen in Siege umzudeuten.

Die Niederlage von 1918 als Fundament des „Arbeitsfriedens“

Beispielhaft für eine solche Entwicklung ist die Entstehung des „Arbeitsfriedens“ in der Schweiz, als dessen Beginn der Abschluss des „Friedensabkommens“ in der Maschinen- und Metallindustrie im Jahre 1937 gilt. Das Abkommen, das keinerlei Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse beinhaltete, verpflichtete die Vertragsparteien, auf jegliche Kampfmaßnahmen wie Streik oder Aussperrung zu verzichten. Von besonderer Bedeutung ist die Verpflichtung der Vertragsparteien, *„ihre Mitglieder zur Beachtung der Bestimmungen dieser Vereinbarung anzuhalten, widrigenfalls die schuldige Partei vertragsbrüchig wird“*. Damit verpflichtete sich die Gewerkschaft nicht nur zum Verzicht auf Kampfmaßnahmen, sondern überdies – im Sinne einer „Kontrollfunktion“ – aktiv für die Einhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen.

Schaut man genauer hin, war dieses „Friedensabkommen“ nur die konsequente Fortführung einer Gewerkschaftspolitik, die bereits kurz nach dem gescheiterten Landesstreik im November 1918 begann. Damals hatte sich die Streikleitung dem Ultimatum der Landesregierung gebeugt und den Streik bedingungslos beendet. Ihre Kapitulation rechtfertigte sie wie folgt: Die Arbeiterschaft sei der Macht der Bajonette erlegen. Um den Streik fortführen zu können, hätte die Arbeiterschaft *„über gleichwertige Waffen verfügen müssen wie das verbrecherisch auf sie gehetzte Heer. Diese Gleichheit bestand nicht. Die Massen wehrlos den Maschinengewehren der Gegner ausliefern, das konnten und durften wir nicht.“* Den Machtkampf Klasse gegen Klasse hatte die Arbeiterschaft im November 1918 verloren. Lokale Generalstreiks im Jahr 1919 in Zürich und Basel, wo jene Kräfte, die sich mit der Niederlage nicht abfinden wollten, besonders stark waren, wurden vom Staat brutal niedergeschlagen. Für alle andern begann schon sehr bald die Politik der Anpassung und Unterordnung unter die Interessen der Unternehmer.



Internationale Solidarität statt nationaler Standortlogik!

Auf dem Weg zur „Sozialpartnerschaft“

Vorreiter dieser „Strategie“ war der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), der das „Friedensabkommen“ von 1937 unterzeichnete. Sie blieb aber keineswegs auf diese Gewerkschaft beschränkt: Bereits 1927, als das neue Beamtengesetz ein Streikverbot für das Bundespersonal enthielt, stellte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hinter das Gesetz. Im gleichen Jahr strich der SGB-Kongress die Bezugnahme auf den proletarischen Klassenkampf aus seinen Statuten und schloss das Basler Gewerkschaftskartell wegen dessen klassenkämpferischer Haltung aus dem SGB aus. Somit lässt sich feststellen, dass der „soziale Frieden“ in der Schweiz mit der gewaltsamen Unterdrückung des Arbeiterprotests in den Jahren des Landesstreiks begann, einer Zeit größter wirtschaftlicher Not, und nicht etwa auf dem relativen Wohlstand der wirtschaftlichen Aufschwungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte. Es war ein „sozialer Frieden“, den die Bourgeoisie mit Waffengewalt der Arbeiterklasse aufgezwungen hatte. Die Unterdrückung einer gesellschaftlichen Klasse durch die andere war seine materielle Grundlage. Bis der „Arbeitsfrieden“ – zumindest vorübergehend – umfassend durchgesetzt wurde, dauerte es mehrere Jahrzehnte. Das Jahr 1961 ist als erstes ohne eine einzige Arbeitsniederlegung in die Statistik eingegangen. Der Zürcher Gipserstreik zwei Jahre später könnte daher als letztes Aufflackern von Widerstandwillen gedeutet werden, aber auch als Abschluss einer Epoche. Denn spätestens ab dann war es der „wilde Streik“, der zum Motor von Arbeitskämpfen wurde.

„Wilde Streiks“ in den 1970er Jahren

Im Juli 1968 traten die siebzig ArbeiterInnen der Kugelschreiberfabrik Penrex im Tessin in den Streik und forderten drei Wochen Ferien. Die streikenden ArbeiterInnen besetzten die Fabrik und bewachten sie rund um die Uhr. Nach einem Monat Streik wurden die Forderungen erfüllt. Im Mai 1970 streikten ebenfalls im Tessin die 150 Arbeiterinnen und Arbeiter einer Bally-Tochter, wiederum vorwiegend Grenzgänger, und verlangten unter anderem einen garantierten Mindestlohn und die Abschaffung des Akkordlohns. Die ArbeiterInnen kümmerten sich weder um den Arbeitsfrieden noch um gewerkschaftliche Vertragspolitik. Sie anerkannten die Betriebskommission nicht und wählten eine eigene Streikleitung. Da der Streik isoliert blieb, konnte die vereinigte Front von Unternehmer und Gewerkschaft nach drei Wochen den Kampf zerschlagen: Sechzig ArbeiterInnen, mehr als ein Drittel der Belegschaft, wurden entlassen, die andern erhielten eine Lohnerhöhung von lediglich fünf Prozent. Einen Monat zuvor, im April 1970, streikten in Genf 200 spanische Bauarbeiter der Firma Murer vier Tage lang erfolgreich für Lohnerhöhungen – gegen den Willen der Gewerkschaft, dafür unterstützt von 4000 ArbeiterInnen und Jugendlichen, die in der Stadt ihre Solidarität demonstrierten. Demgegenüber endete im Juni 1970 der Streik von vierzig spanischen Arbeitern einer Baufirma in Stansstad in der Zentralschweiz, mit einer Niederlage, und die Streikenden wurden von der Fremdenpolizei an die Grenze gestellt.

Den vorläufigen Höhepunkt der Streikbewegung zu Beginn der Siebzigerjahre bildeten die Arbeiterkämpfe in der Genfer Metallindustrie. Am 26. Februar 1971 traten 160 Arbeiter – etwa drei Viertel spanische Emigranten – der Verntissa in Genf (kurz zuvor von Sulzer Winterthur aufgekauft) in den Streik und forderten eine zehnprozentige Lohnerhöhung für alle. Dies, nachdem der SMUV drei Prozent individuell, je nach Arbeitsleistung, ausgehandelt hatte. Als Betriebskommission und Gewerkschaft die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen wollten, wurden sie ausgepfiffen. Die Arbeiter wählten ein eigenes, multinationales Streikkomitee aus ihren Reihen. Aus Solidarität mit den Verntissa-Arbeitern beschlossen am 2. März 200 von 300 Arbeitern der seit einigen Monaten zum Bührle-Konzern gehörenden Hispano-Oerlikon, ebenfalls in den Streik zu treten. Einen Tag darauf folgten auch die 500 Arbeiter der Ateliers des Charmilles. Als es der Betriebskommission der Sécheron gelang, die Forderungen ohne Streik auszuhandeln und damit einen Solidaritätsstreik der 1400 Arbeiter jenes Betriebes zu verhindern, begann die Streikfront abzubröckeln. Am 5. März unterschrieb ein Mitglied des Streikkomitees bei Charmilles persönlich einen Vertrag für 9,5%, und nach einer Woche gaben sich auch die Arbeiter der Verntissa und der Hispano-Oerlikon mit 9,5% zufrieden.

Neue Kämpfe im Zeichen der Krise

Der Streik in der Pianofabrik Burger&Jacobi in Biel – an der Sprachgrenze zur französischen Schweiz – im Sommer 1974, war nach über zehn Jahren der erste größere Arbeitskampf in der Deutschschweiz. Er ist vor allem auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil er erstmals den tiefen Graben zwischen einheimischen und eingewanderten ArbeiterInnen zuschüttete und klar machte, auf welche Art die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen wie von selbst verschwindet: durch den gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer. Gleichzeitig symbolisiert dieser Arbeitskampf den Übergang von der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs zur Krise und zum Abwehrkampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Kaum zwei Jahre später, im März 1976, führte die Belegschaft des Gleisbaumaschinenherstellers Matisa in Lausanne einen beispielhaften Kampf gegen Entlassungen und gegen die Fesseln des Arbeitsfriedens. Zum ersten Mal seit 40 Jahren war es einer Belegschaft in der Maschinen- und Metallindustrie gelungen, mit ihrer Selbstorganisation im Betrieb den SMUV zu zwingen, einen „wilden Streik“ zu unterstützen. Mit dem Streik wurde die Spaltung unter den Arbeitern überwunden. Diese Einheit der Arbeiter im Kampf, die über den Streik hinaus aufrechterhalten wurde, war bestimmt ihr grösster Erfolg, auch wenn das Ergebnis in Bezug auf die Hauptforderungen unbefriedigend war.

Die Streiks bei Burger&Jacobi in Biel und bei Matisa in Lausanne sind beispielhaft und weisen verblüffende Parallelen zu aktuellen Kämpfen auf. Sie alle bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Belegschaften, die sich um betriebliche AktivistInnen herum organisieren, sowie dem Gewerkschaftsapparat und externen UnterstützerInnen. Dabei ist die Herausbildung eines starken, selbstermächtigten betrieblichen Kollektivs der entscheidende Erfolgsfaktor und gleichzeitig ein schwieriger Prozess, der kaum von aussen beeinflussbar ist.

Rainer Thomann

Anmerkung: Der vorliegende Artikel ist eine überarbeitete Kurzfassung des gleichnamigen Beitrags im Buch von Anna Leder (Hg.) „Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung – Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien“. Dort befinden sich auch alle Quellenangaben zum Text.

Anarchie in der Schokoladenfabrik

Zur Anarchie im Gebiete genannt Schweiz (CH). Ein Kürzestbericht

Dass sich die Ideen der Anarchie in der *dichtegestressten* CH heute sogar am rechten Rand finden lassen, zeugt von ihrem Angekommensein jenseits der gesellschaftlichen Mitte. So ist zurzeit der bekannteste CH-Anarchist der weit rechts agierende Kabarettist Andreas Thiel (Gewinner des Deutschen Kabarettpreises 2013). Der Kabarettist will nicht vom *bösen* Staat beherrscht werden, hat aber nichts dagegen, dass die kapitalistische Ökonomie des *freien Unternehmertums* uns monarchistisch regiert.

Sind heute Teile der ursprünglichen Ideen der Anarchie (dekonstruiert und neu rezipiert) mehrheitsfähig geworden, so gelten Wörter wie Anarchismus in CH noch immer als *hochexplosiv* (*Die NordwestCH*, 11.1.14). Der Anarchismus, die Bewegung für die Anarchie, ist aber nie aus der CH-Gesellschaft verschwunden.

Radikale gegen Flüchtlinge

Die Ideen der Anarchie sind lange vor dem 19. Jahrhundert im Gebiet der heutigen CH nachweisbar. So berichten die Quellen von Männern und Frauen, die in der Reformationszeit jegliche Obrigkeit, ausser die Gottes, verneinten und verkündeten, dass sie „irer fryhait nach herz lust bruchen“. Für Europa war CH damals der Inbegriff von Chaos und Anarchie, und der Begriff *Eidgenosse* hatte seit der Reformation und den Bauernrebellionen überall die Bedeutung *Rebell* angenommen. Auch im 19. Jahrhundert glaubten viele, in den bürgerlichen, demokratischen Errungenschaften der 1848er-Bundesverfassung die anarchistische Gesellschaft zu erkennen. So war es denn nicht verwunderlich, dass viele Flüchtlinge, die im Widerstand gegen den europäischen Absolutismus standen, Zuflucht in CH suchten. Handwerkervereine, bestehend aus Hiesigen und Zugezogenen, publizierten 1843 in Lausanne eine der ersten anarchistischen Zeitungen in deutscher Sprache *Die Blätter der Gegenwart*. Aus den Vereinen entwickelten sich die ersten Gewerkschaften, die das Fundament für die spätere *Fédération romande* bildeten, aus der sich die *Fédération jurassienne* abspaltete. Die CH-ArbeiterInnenbewegung – auch ihre autoritäre Richtung – nahm dabei mehr auf Fourier, Stirner oder Proudhon als auf Marx Bezug. Einer, der von 1849-1851 in Lausanne eine *große Menge anarchistischer Ideen* entwickelte (so Max Nettlau), war der französische Flüchtling Ernest Cœurderoy. Er wurde Ende 1851 des Landes verwiesen, weil er die scheinheilige Flüchtlingspolitik der damals *radikalen* Waadtländer Regierung kritisierte. Nach Cœurderoy werden noch viele AnarchistInnen sein



Die Anarchistin und Spanienkämpferin Clara Thalmann

Schicksal als Ausgewiesene teilen müssen. 42 Jahre später wird der stark von Cœurderoy inspirierte Jacques Gross Luigi Bertoni, wohl einer der wichtigsten und umtriebigsten Anarchisten des 20. Jahrhunderts, von der Anarchie überzeugen. Gross war ein wichtiger Helfer und Geldgeber vieler anarchistischer Blätter wie der Most'schen *Freiheit* (1879) und des *Réveil/Risveglio* (1900). Seit den 1870ern, als das *Bulletin de la Fédération Jurassienne* (1872) und die *Arbeiter Zeitung* (1876) in CH erschienen, gaben verschiedenste Zeitungen einem wachsenden Anarchismus aller Richtungen und Sprachen ihren Ausdruck.

Die Mitherausgeberin der *Arbeiter Zeitung*, Njatalie Landsberg, gehörte zu den ersten einer langen Reihe von Frauen, die sich öffentlich für die Sache des Anarchismus in CH einsetzten. Frauen wie Minna Iwanek, die Agitatorin und Verfasserin der viel gelesenen Broschüre *Gretchen und Helene* (1892), wie Margarete Faas Hardgger, Redakteurin der *Vorkämpferin/Exploitée* (1909) und Mitherausgeberin von *Der Sozialist* (1909), wie Cilla Itschner Stamm, Mitherausgeberin *Der Forderung* (1917), oder die Spanienkämpferin und Flüchtlingshelferin Clara Thalmann, sowie viele, viele andere Frauen, für die die Anarchie ohne Gleichberechtigung der Geschlechter eine Unmöglichkeit war und ist. Sie alle leisteten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der CH-Frauenbewegung.

Subkultur gegen CH-*Dichtestress*

Viele CH-AnarchistInnen die in den Gewerkschaften aktiv waren, ließen sich vom aus Frankreich kommenden revolutionären Syndikalismus inspirieren und transformierten ihn zum Anarchosyndikalismus. Die Idee des Generalstreiks fand in breiten Kreisen der ArbeiterInnenbewegung Aufnahme durch anarchistische AgitatorInnen, wie z.B. den Gebrüdern Nacht, die den *Weckruf* (1903) in Zürich herausgaben. Verschiedene Generalstreiks – von 1902 in Genf, 1912 in Zürich bis zum CH-Generalstreik 1918 – zeugen davon. Der *Landesstreik* von 1918 dauerte zwar nur drei Tage, doch seine sozialpolitische Bedeutung ist bis heute spürbar.

In der WestCH entstand 1905, anlässlich eines Streiks in einer Schokoladenfabrik (!), die größte anarchistisch/revolutionäre Gewerkschaft, die Fédération des Unions Ouvrières de la Suisse Romande. Sie hatte auf ihrem Höhepunkt fast 8000 Mitglieder. Mit dem Aufkommen von kommunistischen Parteien in den 1920er Jahren nahm der Einfluss des Anarchismus ab. Einzelne Personen wie Fritz Brupbacher und Erich Marks in Zürich, und natürlich Luigi Bertoni in Genf, hielten jedoch die Idee des Anarchismus vor und während des 2. Weltkrieges am Leben. Nach dem Krieg belebten Aktivisten wie die Gebrüder Koechlin und Isak Aufseher in Basel den Anarchismus neu. Mit der Gründung des CIRA 1957 bekam der Anarchismus in CH ein weltweites Zentrum der Bewegung. In Folge der 1968er und 1980er Revolten konnte sich der Anarchismus in allen grösseren CH-Orten bis heute etablieren und brachte eine Fülle von Gruppen, gewerkschaftlichen Bewegungen und Zeitungen hervor. In der hiesigen Subkultur wurde er zum prägenden Bestandteil.

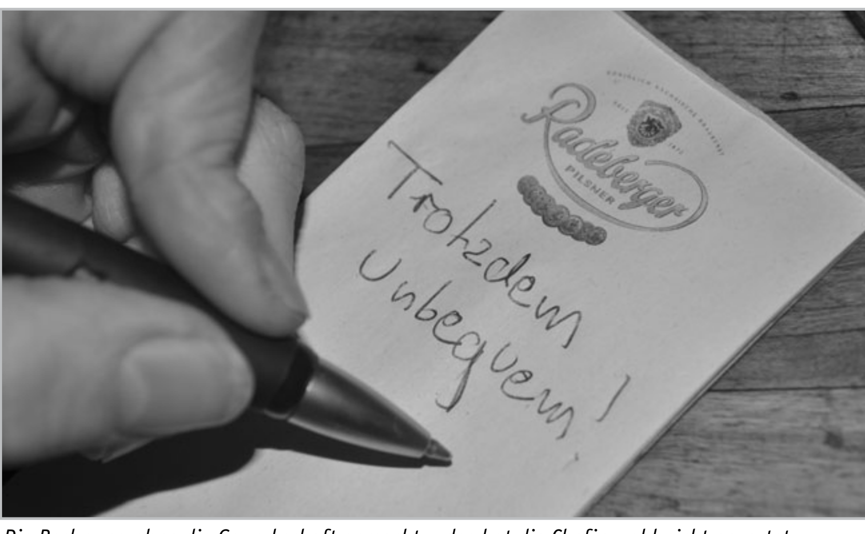
Werner Portmann

Fortsetzung von Seite 1

Es folgten vier Wochen unter anderem mit täglichen Streikposten, Diskussionen mit Gästen und Passant_innen, Streikkonzerten (u.a. Geigerzähler, Andi Valandi, Atze Wellblech, Al Arm). Allein: Vier Gesprächsangeboten zum Trotz zeigte die Chefin über die gesamte Zeit keinerlei Verhandlungsbereitschaft.

Das Lokal hat durch die Aufklärung der BNG in den vier Wochen massiv an Kundschaft verloren. Auch wenn die Chefin schnell mit StreikbrecherInnen antwortete, musste das Lokal an drei Wochenendtagen schließen. Zusammen dürfte der wirtschaftliche Druck auf den Betrieb daher enorm sein. Aktuell werden nun auch Klagen gegen die Kündigung von Seiten der Beschäftigten eingereicht. Auch Klagen bzgl. weiterer Nachforderungen schließt die BG nicht aus. Da sich der Konflikt damit zunächst auf eine juristische Ebene verlagert, setzte die BNG die täglichen Streikposten nach einer Demonstration am 27. Februar bis auf weiteres aus und konzentriert sich zunächst wieder stärker auf die Organisation anderer Betriebe.

Wolf Meyer von der Betriebsgruppe über die bisherigen Streikerfahrungen: „Das Maß an Solidarität war wirklich beeindruckend. Täglich erhielten wir Spenden für unsere Streikkasse und Solidaritätsschreiben. Als Betroffene hatten wir zu keiner Zeit das Gefühl allein zu stehen, sowohl finanziell als auch sozial. Das war – trotz Kündigung – eine wunderbare Erfahrung und auch der Beweis das unsere aufgebauten Strukturen bestens funktionieren.“ In den Streikwochen wurde der BNG u.a. Kaffee gesendet, GenossInnen produzierten Soli-T-Shirts, halfen bei der Pressearbeit, reisten z.T. hunderte Kilometer an um die Posten zu unterstützen. Aber auch von NachbarInnen und PassantInnen wurde immer wieder Essen und Geld gespendet, Wohnungen konnten genutzt werden, es wurde praktisch unterstützt. Aktuell unterstützen über 25 Gruppen und Projekte außerhalb der FAU den Streik.



Die Rechnung ohne die Gewerkschaft gemacht – das hat die Chefin wohl nicht erwartet

Auswirkungen auch in anderen Betrieben

Im Zuge der Streik-Kampagne organisierte die BNG eine Reihe von Veranstaltungen, die sich mit der Situation in der Dresdner Gastronomie auseinandersetzen. So z.B. einen Vorstellungsvortrag der BNG, eine weitere Arbeitsrechtsschulung, eine Diskussionsveranstaltung und eine große Protestdemonstration mit einer Reihe von Redebeiträgen durchs Kneipenviertel Neustadt.

Im Zuge dessen waren FAU-AktivistInnen im Februar über 200-mal in anderen Betrieben um Veranstaltungen zu bewerben und zu diskutieren. Das Ergebnis war nicht nur eine Reihe von Neueintritten in das Allgemeine Syndikat und die BNG sondern auch eine breite Diskussion unter den Beschäftigten. Kaum eine Kneipe Dresdens, in der der Streik, seine Legitimität und die Interessengegensätze zwischen Beschäftigten und ChefInnen in den letzten Wochen nicht diskutiert wurden. Auch in Tram und auf der Straße konnte mensch immer wieder vernehmen, dass der Streik, aber auch syndikalistische Gewerkschaftskonzepte, diskutiert werden.

Die FAU hat dadurch an Boden gewonnen, die Dresdner BNG plant parallel zu den Klagen weiteren Protest und Diskussions- und Bildungsveranstaltungen für Gastronomie-Beschäftigte. Gleichzeitig will das Allgemeine Syndikat Dresden ab März sein Engagement in den Bereichen Pflege und Bildung wieder verstärken.

BNG-FAU Dresden

§§§-Dschungel

Überstunden und Mehrarbeit

Der Unterschied zwischen Überstunden und Mehrarbeit
Kurz und gut, es gibt keinen. Die Verschleierungstaktik der Arbeitgeber führt zu immer neuen Begriffen. So wird manchmal auch von Plusstunden gesprochen. Dies dient lediglich dazu, die Zeit nicht zu bezahlen oder das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats zu umgehen.
Was es gibt, sind Stunden, die über die persönlich vereinbarte Arbeitszeit hinausgehen und Zeiten, die über der gesetzlich vorgeschriebenen, maximal zulässigen Arbeitszeit liegen.
Arbeitsrechtler verwenden den Begriff Mehrarbeit oft in Zusammenhang mit Arbeitszeit, die die gesetzlich maximale regelmäßige Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche übersteigt. Auch in Tarifverträgen wird von Mehrarbeit gesprochen.
Bei Teilzeitkräften, die einem Tarifvertrag unterliegen, entstehen Mehrarbeit bzw. Überstunden erst dann, wenn diese über die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit hinausgehen. Zum Beispiel bei einer 35-Stunden-Woche ab der 36. Stunde. Dies bezieht sich aber ausschließlich auf die Bezahlung der tariflich vereinbarten Überstundenzuschläge. Die Stunden, die über der persönlich vereinbarten Wochenarbeitszeit liegen, müssen sowieso bezahlt werden.
Wichtig: *Immer genau klären, was tatsächlich anliegt.*

Persönliche Arbeitszeit und Überstunden im Arbeitsvertrag
Oft steht im Arbeitsvertrag folgender Satz: „Bei der Vergütung ist jegliche Mehrarbeit eingeschlossen“ oder „aus betrieblichen Gründen anfallende Überstunden sind mit der vereinbarten Bezahlung abgegolten“. Diese pauschale Formulierung ist nach der aktuellen Rechtsprechung nicht zulässig. Solche oder ähnliche Sätze verstoßen gegen das „Transparenzgebot“ nach § 307 BGB, weil unklar bleibt, um wie viele Stunden es geht. Somit muss der Arbeitsvertrag eine zeitliche Größe beinhalten, die im Verhältnis zur Vergütung steht. Dies gilt allerdings nicht für Verträge, in denen ein Einkommen erzielt wird, welches über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung liegt.[1]
Wichtig: *Einen Blick in den eigenen Arbeitsvertrag werfen.*

Überstundenbezahlung oder Freizeitausgleich
Überstunden müssen in der gleichen Höhe bezahlt werden wie die normale Arbeitszeit. Ein gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge besteht nicht. Zuschläge werden üblicherweise in Tarifverträgen und im Arbeitsvertrag geregelt, pauschale Abgeltungen oft in Betriebsvereinbarungen. Gelegentlich können sie auch aus einer „Betrieblichen Übung“[2] oder aus einer „Gesamtzusage“[3] in Anspruch genommen werden.
Ein Freizeitausgleich hingegen kann nur nach vorheriger Absprache eingefordert werden. In einigen Tarifverträgen ist geregelt, dass ab einer bestimmten Stundenanzahl ein Freizeitausgleich verlangt werden kann. Beides kann nur verlangt werden, wenn der Arbeitgeber die Überstunden angeordnet, gebilligt oder geduldet hat. Im Zweifelsfall muss der Beschäftigte deren Erforderlichkeit nachweisen.
Wichtig: *Vor jeder Überstunde die Bedingungen klären.*

Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Überstunden
In jedem Fall muss der Betriebsrat – sofern es einen gibt – vorher gefragt werden, ob er der Mehrarbeit zustimmt. Das ergibt sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz Paragraf 87 Absatz 1 Ziffer 3. Sind die Überstunden nicht genehmigt, muss der Arbeitgeber sie trotzdem bezahlen, sofern er sie angeordnet hat. Der Betriebsrat kann den Arbeitgeber gerichtlich zwingen, zukünftig die Überstunden vorher genehmigen zu lassen. Dann muss der Arbeitgeber bei jedem einzelnen Verstoß eine vorher festgelegte Strafe zahlen.
Wichtig: *Bei angeordneten Überstunden immer deren Bezahlung einfordern.*

Gleitzeit oder Überstunden
In vielen Betrieben gibt es Gleitzeitregelungen. Dann können Plus- oder Minusstunden in den nächsten Monat übertragen werden. Dies wird in einer Betriebsvereinbarung oder (selten) im Arbeitsvertrag geregelt. Auf das „Plus oder Minus machen“ hat weder der Arbeitgeber noch der Betriebsrat Einfluss, sondern die Beschäftigten treffen dahingehende Entscheidungen für sich persönlich. Sobald der Arbeitgeber verlangt, eine Überstunde zu machen, muss er erstens die Betroffenen fragen und zweitens den Betriebsrat informieren.
Dies gilt unabhängig vom aktuellen „Stand“ des Gleitzeitkontos. Selbst bei einem Konto mit 20 Minusstunden handelt sich es in diesem Fall um eine Überstunde. Diese muss außerdem auf ein gesondertes Arbeitszeitkonto gebucht werden und entsprechend der Vereinbarungen behandelt werden, sprich: Zuschläge, Freizeitausgleich etc.
Wichtig: *Freiräume nicht kostenlos hergeben.*

Thersites

[1] Für 2014 liegt die Beitragsbemessungsgrenze West bei 71.400 EUR im Jahr oder 5.950 EUR im Monat, im Osten bei 60.000 EUR im Jahr oder 5.000 EUR im Monat.
[2] Eine betriebliche Übung ist vorhanden, wenn der Arbeitgeber regelmäßig über einen längeren Zeitraum Überstundenzuschläge gezahlt hat.
[3] Eine Gesamtzusage ist dann vorhanden, wenn der Arbeitgeber mündlich oder schriftlich allen Beschäftigten eine Überstundenbezahlung zugesichert hat.

Arbeitsmigration und Ausländerhetze in der Schweiz

Die Schweiz vermarktet sich gerne weltoffen und tolerant, doch die Realität sieht anders aus

MigrantInnen und ihre Familien bekommen die harte Realität immer stärker zu spüren. Aktuellstes Beispiel ist die sogenannte „Masseneinwanderungs-Initiative“ der nationalkonservativen, häufig rassistisch polemisierenden Schweizerischen Volkspartei (SVP), welche am 9. Februar diesen Jahres mit 50,3% Ja-Stimmen knapp angenommen wurde.

Auffallend am Ergebnis der Abstimmung ist, dass insbesondere urbane Gebiete und große Städte sowie die französischsprachige Schweiz, welche allesamt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an AusländerInnen aufweisen (und ihnen im Falle vieler französischsprachiger Kantone auch auf kantonaler Ebene das Stimmrecht eingeräumt haben), die Initiative der SVP abgelehnt haben. Demgegenüber haben ländliche Gebiete in der deutschsprachigen Schweiz mit einem tiefen AusländerInnenanteil die Initiative großmehrheitlich befürwortet. Kurz gesagt: Je eher Menschen, die als AusländerIn bezeichnet werden, etwas Fremdes und Ungewohntes sind, desto größer die Angst vor ihnen. Mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative sollen erneut jährliche Kontingente für neue Aufenthaltsbewilligungen von MigrantInnen aus dem EU-Raum geschaffen werden, wie dies bis zum Ende der 1990er Jahre bereits der Fall war. Ziel der Schweizer Migrationspolitik war es lange, einerseits Arbeitskräfte für die Wirtschaft verfügbar zu machen, andererseits dies aber zu möglichst günstigen Bedingungen und mit möglichst wenig Rechten für die arbeitenden Menschen zu erreichen. Beispiel dafür war das über Jahrzehnte angewandte Saisonnier-Statut, mit dem Menschen nur für wenige Monate eine Arbeits- und damit verbundene Aufenthaltserlaubnis erhielten. Unter anderem war den sogenannten Saisonniers der Wechsel der Arbeitsstelle verboten, das Ziel möglichst rechtloser, billiger Arbeitskräfte für die Unternehmen damit erreicht. Demgegenüber war die Freizügigkeit für das Kapital mit dem – sich endlich langsam dem Ende nähernden – Bankgeheimnis immer eine Selbstverständlichkeit in der Schweizer Politik und wurde mit massiven Steuererleichterungen für Unternehmen und KapitaleignerInnen aktiv gefördert, auf dem Buckel der Arbeitenden in der Schweiz und weltweit.

Fremdenfeindlichkeit hat Tradition

Die Schweiz ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, nachdem noch in großen Teilen des 19. Jahrhunderts eine massive Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen stattfand. Bereits im Jahre 1910 betrug der statistische Ausländeranteil 14,7%, Ende 2012 waren es 23,3%. Die sogenannte „Überfremdung“ war immer wieder ein dominantes Thema in der Schweizer Politik, so im Jahre 1970 mit der Schwarzenbach-Initiative (Beschränkung des AusländerInnenanteils auf 10%, 54% Nein-Stimmen der damals noch allein stimmberechtigten Männer), oder mit der 18%-Initiative im Jahre 2000 (Beschränkung auf 18% AusländerInnenanteil, 64% Nein-Stimmen). In den letzten Jahren wurde dieser Diskurs immer stärker übertüncht und von nationalkonservativer und teilweise grüner Seite mit „Überbevölkerung“ oder „Dichtestress“ argumentiert. Insbesondere ist dies bei der sogenannte „Ecopop“-Initiative der Fall, welche ebenfalls noch dieses Jahr zur Abstimmung kommen wird und eine Beschränkung auf einen Wanderungssaldo von 0,2% der Bevölkerung fordert. Auch hat die SVP bereits diverse weitergehende Vorstöße im Parlament angekündigt und droht mit weiteren Volksinitiativen. Zielscheibe der herrschenden AusländerInnenhetze sind insbesondere die Asylsuchenden. Sie machen zwar gerade einmal 2,3% der AusländerInnen aus und unterliegen einem totalen Arbeitsverbot, dennoch werden diese Menschen immer wieder von der SVP besonders ins Visier genommen (vgl. Artikel und Interview S. 7).

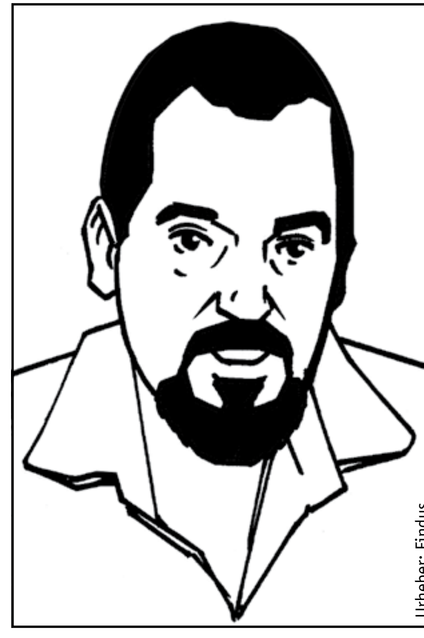
Die größte Auswirkung dieser Abstimmung ist aber wohl ihre Vorbildfunktion für die diversen RechtspopulistInnen und NationalistInnen in den Ländern Europas, wie sich an deren Reaktionen gezeigt hat. Sie behaupten nun alle, dass die Bevölkerung in diesen Ländern, würde sie befragt, ebenso entscheiden würde wie in der Schweiz. Dies kann in der momentanen wirtschaftlichen Situation sogar durchaus zutreffen. Vergessen wir nicht: Auch eine direkte Demokratie bleibt die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit und insbesondere auch über jene, welche gar keine direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, aber von den Konsequenzen wohl am stärksten betroffen sein werden. Und da gilt es anzusetzen.

Erich Schmid

Aktiv Feindbilder zerstören

Ein Kommentar von Erich Schmid

Die Nationalkonservativen nutzen seit Jahrzehnten das Thema der „Angst vor dem Fremden“ als Wahlkampfmotiv um auf Stimmenfang zu gehen. Insbesondere die SVP hat sich unter Führung des Milliardärs und jahrzehntelangen aktiven Apartheid-Unterstützers Christoph Blocher auf AusländerInnen als Feindbild eingeschossen und dieses Thema erfolgreich instrumentalisiert. Aus der marginalen Bauernpartei wurde innert 20 Jahren die wählerstärkste Partei der Schweiz, die viele Themen auf der politischen Agenda diktiert und dominiert. Einerseits sind Kernelemente der Politik der SVP eine neoliberale Politik und möglichst freie Bewegung für das Kapital, andererseits gelingt es ihr mit der Hetze auf AusländerInnen und einer populistischen, einfach gehaltenen Rhetorik breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Insbesondere ArbeiterInnen werden durch einen nationalistischen Diskurs mit einem – rein rhetorischen – sozialen Anstrich angesprochen und abgeholt. Die ArbeiterInnen in verschiedene Gruppen zu spalten und gegeneinander auszuspielen hat Tradition. Dass die parlamentarische Linke sowie häufig auch die Gewerkschaften nicht einmal mehr den mindesten Anschein eines über die Nation hinausreichenden Diskurses (Proletarier aller Länder…) pflegen, sondern genauso ins nationale Horn stoßen, erleichtert die Arbeit der Nationalkonservativen. Der Hetze entgegenzutreten bedarf es eines Menschenbildes, das



nicht einfach den nationalen Bezugsrahmen übernimmt, sondern ihm den Menschen als WeltenbürgerIn gegenüberstellt. Doch nicht einfach nur als einen theoretischen Begriff, sondern als eine selbstorganisierte Praxis der betroffenen Menschen, welche sich gemeinsam organisieren und so auch die Möglichkeit erhalten, sich als Menschen kennen und schätzen zu lernen, welche auf die nationalen Mythen und Vorurteile verzichten können, um gemeinsam für eine bessere, solidarischere Welt zu kämpfen.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Türkei: Alles TerroristInnen?

Der Anzahl Personen nach zu urteilen, die in der Türkei wegen Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Organisation vor Gericht stehen, müsste die Türkei das Land der TerroristInnen sein. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden mit diesem Vorwand alleine zwischen 2009 und 2012 etwa 8000 Menschen verhaftet – diese Zahl dürfte nach den Protesten von 2013 weiter angestiegen sein bzw. noch weiter ansteigen. Angeschuldigte in diesen Massenverfahren sind überwiegend kurdische AktivistInnen mit verschiedenen politischen Hintergründen: GewerkschafterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, StudentInnen, JournalistInnen oder PolitikerInnen. Hinzu kommen deren RechtsvertreterInnen – wer aktuell in der Türkei politische AktivistInnen verteidigt, muss damit rechnen, selber der/die nächste Angeklagte zu werden. So finden sich beispielsweise im so genannten Anwaltsprozess 46 politische StrafverteidigerInnen auf der Anklagebank wieder. Die Verfolgung der VerteidigerInnen erscheint hier als gezielte Einschüchterung und als nicht hinnehmbarer Angriff auf das Recht auf Strafverteidigung aller Angeklagten in der Türkei. Mehr Informationen gibt es in der aktuellen Ausgabe von „di schwarzi chatz“ (Download auf www.faubern.ch)

Schweiz: Neues Überwachungsgesetz

Vor einem Jahr – im Februar 2013 – legte der Bundesrat den Entwurf für die Revision des „Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)“ vor. Am 10. Januar 2014 wurde dieser Vorschlag von der vorberatenden parlamentarischen Kommission ohne Gegenstimmen angenommen und dem Parlament zur Absegnung empfohlen. Dieses wird voraussichtlich im März darüber entscheiden.

Das neue BÜPF sieht einen drastischen Ausbau und eine massive Verschärfung der staatlichen Überwachung vor. Unter anderem soll die Dauer der Vorratsdatenspeicherung von bisher 6 Monaten auf 12 Monate verdoppelt und der Einsatz von Staatstrojanern legalisiert werden. Zudem waren bisher nur die sogenannten „Internetzugangsanbieter“ (Provider) zur Duldung und Mithilfe bei Überwachung verpflichtet. Im neuen Entwurf sollen nun jedoch auch sogenannte „Anbieter abgeleiteter Kommunikationsdienste“ zur Unterstützung staatlicher Überwachung gezwungen werden können, worunter sowohl Betreiber_innen von Chats, Foren und Webmailangeboten, als auch Anbieter_innen von „öffentlichen“ Internetzugängen fallen.

Ukraine: 30 Jahre nach 1984

Trotz berechtigter Kritik an den Inhalten der Massenproteste in der Ukraine, handelt es sich bei solchen Phänomenen immer auch um interessante Beispiele, wie staatliche Autoritäten mit Dissens und Protest umgehen.

So wurden aufgrund der „EuroMaidan“-Proteste die Versammlungsgesetze in der Ukraine stark verschärft. Nun drohten Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren für die Teilnahme an „Massenausschreitungen“. Diese Gesetze traten am 21. Januar 2014 in Kraft. Am selben Tag erhielten tausende Personen eine SMS mit folgendem Inhalt: „Lieber Abonnierender, sie wurden als Teilnehmender an einem Massenaufruhr registriert.“ Verschickt wurde diese Mitteilung offensichtlich von ukrainischen Sicherheitsbehörden an Personen, welche sich zuvor in der Nähe von Plätzen aufgehalten hatten, wo es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizeikräften gekommen war.

Wie genau die Behörden an diese Informationen gelangt sind ist unklar, die Telefonprovider verneinen jegliche Zusammenarbeit mit den Behörden. Die Vermutung liegt nahe, dass dazu so genannte IMSI-Catcher eingesetzt wurden.

Zusammengestellt von der Redaktion Betrieb und Gesellschaft

Leiharbeit in der Schweiz

Equal Pay mit zwei Tagen Kündigungsfrist

Auch in der Schweiz ist Leiharbeit – oder Temporärarbeit, wie sie hierzulande genannt wird – weit verbreitet. Die sogenannte Penetrationsrate (also der Anteil der Leiharbeiter_innen an allen Beschäftigten) ist sogar noch ein bisschen höher als in Deutschland. Trotzdem wird Temporärarbeit nicht als ein so großes Problem wie in Deutschland angesehen und ist kaum Thema. Das liegt einerseits an der Propaganda der Arbeitgeber, die die prekären Arbeitsbedingungen als Schlüssel zur Selbstbestimmung preisen und am Desinteresse der großen Gewerkschaften, da die Temporären (=LeiharbeiterInnen) als kaum organisierbar gelten. Andererseits gibt es in gewissen Belangen tatsächlich weniger Probleme als in Deutschland: Es gibt keine Stundenlöhne im einstelligen Bereich und es gilt das Equal-Pay-Prinzip. Das heisst, dass Temporärarbeit nicht als eigene Branche zählt, sondern dass für die Temporären dieselben branchenüblichen Bedingungen gelten, wie für die Festangestellten – mit einer wichtigen Ausnahme: Der Kündigungsfrist. Wenn es also in einer Branche einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV; Tarifvertrag) gibt, gelten die darin festgehaltenen Regelungen zu Lohn, Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Ferien etc. auch für die Temporären. Das Equal-Pay-Prinzip geht so weit, dass die Gewerkschaft vor einigen Jahren erfolgreich geklagt hat, dass die LKW-FahrerInnen, die primär mit Transporten von/zu/auf Baustellen beschäftigt sind, ebenfalls dem weit besseren GAV des Bauhauptgewerbes unterstellt werden müssen.

Trotzdem ist die Leiharbeit auch in der Schweiz vor allem ein Instrument für die ArbeitgeberInnen um Kosten zu sparen und die Solidarität in Belegschaften zu untergraben. Die real relevante Kündigungsfrist der Temporären beträgt zwei Arbeitstage, zwischen dem vierten und dem sechsten Einsatzmonat sieben Tage und erst danach das sonst gültige gesetzliche Minimum von einem Monat. Vor allem in saisonal stark schwankenden Branchen wird deswegen auf die Temporären zurückgegriffen. Im Februar wurde zum Beispiel publik, dass im Kanton Wallis/Valais im Winter die Arbeitslosigkeit – vor allem bei AusländerInnen – massiv in die Höhe schnellt, weil die Baufirmen ihre ArbeiterInnen entlassen und im Frühling wieder einstellen. Dies ist besonders in diesem Kanton spürbar, weil nicht gleich viele Stellen in Branchen zur Verfügung stehen, die im Winter Hochsaison haben (wie der Wintersporttourismus).

Streik in der weißen Fabrik

Seit fünf Jahren gibt es in der Schweiz zunehmend Kämpfe im Gesundheitssektor

Der schweizerische Gesundheitssektor ist – wie der der meisten westlich-kapitalistischen Staaten auch – einem massiven ökonomischen Druck ausgesetzt. Er unterscheidet sich jedoch seit jeher dadurch, dass er überdurchschnittlich von den proletarischen Haushalten mitfinanziert wird. Die Kopfprämien und die hohen Selbstbehalte der Krankenversicherung, die Aufteilung in obligatorische Grund- und freiwillige Zusatzversicherung sowie die vollständige Abwesenheit einer unternehmerischen Finanzierungsbeteiligung sind Instrumente, mit denen der Kostenanteil für Gesundheit auf die Arbeiterklasse überwälzt wird.

Der ökonomische Druck zeigt sich aber nicht nur auf Seiten des Konsums von Gesundheitsleistungen. Die Arbeitsbedingungen sind traditionell prekär: lange Arbeitszeiten, tiefe Löhne und eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung, in der die meist weiblichen Pflegerinnen den männlichen Ärzten untergeordnet sind, prägen die Arbeitsverhältnisse in diesem Sektor. Auch wenn dies in jüngster Zeit aufgeweicht werden konnte – nicht zuletzt aufgrund von Kämpfen in Spitälern und Pflegeheimen wie in Frankreich, Italien, England und Deutschland Ende 1980er, Anfang 1990er Jahre –, kann festgestellt werden, dass die Intensivierung der Arbeitsrhythmen, die Erhöhung der Zahl zu pflegenden PatientInnen pro GesundheitsarbeiterIn und der Abbau tarifvertraglicher Regulierungen die neuen Arbeitsbedingungen darstellen. Denn in diesem Sektor entfallen durchschnittlich 70 Prozent der Kosten auf das Personal, deswegen können Gewinne fast ausschließlich über eine höhere Ausbeutung erwirtschaftet werden.

In diesem Kontext sind seit fünf Jahren nun neue Mobilisierungen in den schweizerischen Spitälern und Pflegeheimen ausgebrochen. Am 26. September 2012 traten bei La Providence in Neuchâtel aufgrund der Übernahme des Spitals durch die private Klinik Genolier, der Kündigung des Tarifvertrags, der Auslagerung nicht-medizinischer und nicht-pflegerischer Leistungen und des allgemeinen Stellenabbaus 26 GesundheitsarbeiterInnen – unterstützt von der Gewerkschaft des Personals des öffentlichen Dienstes (vpod) – in den Streik. Nach 71 Streiktagen wurden die Streikenden jedoch fristlos entlassen, ohne dass der Privatisierungs- und Umbauprozess hätte aufgehalten werden können.

Der Streik hat sich durch drei Elemente ausgezeichnet: Erstens ist es ungewöhnlich, GesundheitsarbeiterInnen streiken zu sehen. Gesellschaftlich dominiert immer noch das Bild der sich aufopfernden Pflegerin, welche ihrer Berufung nachgehen. Dieses Bild entspricht jedoch schon länger nicht mehr ihrer hoch spezialisierten Arbeitsrealität. Der Streik konnte hier zumindest teilweise einen Bruch herstellen. Zweitens können heute Spitäler zwar als weiße Fabriken bezeichnet werden, doch ein Streik findet meist außerhalb des Arbeitsplatzes statt, mit dem Argument, dass die lebensnotwendigen Leistungen garantiert werden müssen. Umso schwieriger gestaltet sich eine Besetzung des Spitals, wenn es sich um einen Minderheitenstreik handelt. Drittens ist die Zusammensetzung des Spitalpersonals in der Schweiz durch einen hohen Anteil an ausländischer Arbeitskraft gekennzeichnet, was als Spaltungsinstrument benutzt wird, um u.a. auf die Aufenthaltsbewilligungen der ausländischen ArbeiterInnen Druck auszuüben. Dies erschwert die Mobilisierung eines großen Teils der GesundheitsarbeiterInnen.

Trotz all dem haben die streikenden GesundheitsarbeiterInnen einen exemplarischen Streik geführt, indem die ökonomischen Forderungen stabiler Arbeitsverhältnisse mit der politischen Forderung nach einer „Gesundheit für alle“ verbunden wurden. Zwar sind sie heute als Streikende gebrandmarkt und erleben Schwierigkeiten bei der Stellensuche. Doch die Streikerfahrungen nehmen sie mit. Und angesichts der Entwicklungen in den weißen Fabriken kann sich dies für die Zukunft als Vorteil erweisen.

Maurizio Coppola



Auf dem Transparent steht: „Die Streikenden von La Providence. Für den Tarifvertrag Santé 21“

Kein Mensch ist illegal!

Die Festung Europa zeigt auch in der Schweiz ihren Stacheldraht

Obwohl sich die Schweiz einer „humanitären Tradition“ rühmt, haben gerade Flüchtlinge besondere Mühe, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, der größte Teil der Asylgesuche wird abgelehnt. Gerade die Menschen, welche vor Krieg und staatlicher Unterdrückung fliehen, werden unter anderem in oft abgelegenen ehemaligen Militärunterkünften untergebracht, und dürfen nicht legal arbeiten. Es leben schätzungsweise 300.000 Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung als Sans-Papiers (Papierlose) in der Schweiz, genaue Zahlen sind schwierig zu erhalten. Viele sind untergetaucht, verstecken sich vor den Behörden und schlagen sich mit Schwarzarbeit durch. Abgewiesenen Asylsuchenden droht – je nach Herkunftsland – eine zwangsweise Ausschaffung mit Sonderflügen sowie eine Ausschaffungs- oder Durchsetzungshaft von bis zu 18 Monaten, nach einer Vorbereitungshaft von sechs Monaten, um die Betroffenen zu einer „freiwilligen“ Ausreise zu zwingen. Weil diese Gefängnisstrafen als administrative Maßnahmen gelten, gibt es keine Rechtsmittel dagegen. Müssen die Asylsuchenden nach dieser Zeit in die Freiheit entlassen werden, können jederzeit strafrechtliche Maßnahmen wegen illegalen Aufenthalts gegen die Betroffenen ergriffen werden, was erneute Haftstrafen zur Folge hat – ein repressiver Teufelskreis.

Die Selbstorganisierung von MigrantInnen in all ihren Facetten nimmt im Kampf dagegen eine wichtige Rolle ein. So gibt es in mehreren Schweizer Städten Beratungsstellen, Solidaritätsnetzwerke und Mittagstische. Nur wenige dieser Gruppen und Organisationen haben jedoch eine aktivistische politische Ausrichtung. Zu letzteren gehören die Bleiberecht-Kollektive (vgl. Interview unten) oder auch die Autonome Schule in Zürich (ASZ). In diesen Gruppen arbeiten direkt Betroffene mit lokalen AktivistInnen zusammen und engagieren sich gemeinsam bei Aktionen und Projekten. So erscheint aus dem Umfeld der Autonomen Schule beispielsweise die sogenannte „Papierlose Zeitung“, in der auch viele direkt von der Migrationspolitik Betroffene zu Wort kommen. Aber auch Theaterprojekte und vor allem Sprachkurse ermöglichen die Weitergabe und das Erlernen von Wissen und Fähigkeiten ohne Rücksicht auf Abstammung und Aufenthaltsstatus.

Erich Schmid

Transparent am besetzten Büro der SPS

„Bleiberecht für alle“

Interview mit E.K. vom Bleiberecht-Kollektiv Bern

Was ist Bleiberecht und wie ist die Gruppe entstanden?

„Bleiberecht für Alle“ entspringt aus „Kein Mensch ist illegal“. Durch die enorm hohen Hürden in der Einzelfall-Regularisierung entstand in Zürich das erste Kollektiv bestehend aus Direktbetroffenen und UnterstützerInnen, das in Form einer Kirchenbesetzung gegen diese Einzelfallpraxis Widerstand leistete. Unter „Bleiberecht für alle“ formierten sich darauffolgend fünf Kollektive in verschiedenen Städten.

Was macht ihr und wie seid ihr organisiert?

Die einzelnen Kollektive sind sehr autonom. Das Kollektiv Bern organisiert sich rund um die Nothilfelager für abgewiesene Asylsuchende. Längere Zeit waren wir mit Aufbau von konstanten Strukturen in den Lagern beschäftigt. Weil wir im Kanton Bern ein Zentrumsverbot erhielten, haben die UnterstützerInnen ohne Beteiligung von MigrantInnen direkte Aktionen gegen die Migrationspolitik durchgeführt (z.B. eine Ladung Mist für den Chef des Bundesamts für Migration). Mittelfristig ist es wieder das Ziel, gemeinsame, beständige Strukturen aufzubauen. Wir greifen auf verschiedene Aktionsformen zurück, im Mittelpunkt steht jedoch immer die direkte Aktion.

Was sind momentan aktuelle Themen und Aktionen?

Momentan unterstützt das Bleiberecht-Kollektiv Bern MigrantInnengruppen in ihrem Widerstand, die sich bereits organisiert haben. So beispielsweise eine Gruppe von SyrerInnen, die zehn Tage vor dem Bundesamt für Migration für eine rasche Beantwortung ihrer Asylgesuche campiert haben. Oder eine Gruppe hungerstreikender IranerInnen, die ein Bleiberecht und gleichzeitig die Verurteilung des Irans aufgrund Menschenrechtsverletzungen forderten.

Gibt es konkrete Auswirkungen der Ausländerhetze der Nationalkonservativen auf die Aktivitäten der AktivistInnen?

Das fremdenfeindliche Klima in der Schweiz erschwert grundsätzlich unsere Aktivitäten. Behörden, Medien und NGOs reagieren auf rassistische Art und Weise, wenn sich MigrantInnen selbstbestimmt organisieren: Der Fokus verschob sich einige Male auf die UnterstützerInnen, welchen vorgeworfen wurde, die Direktbetroffenen zu instrumentalisieren. Die Stimmen der Direktbetroffenen wurden häufig ignoriert. Auch wird ihnen das Recht auf Meinungsäußerung aberkannt.

Meldungen aus der FAU

Berlin

Die Blockadehaltung der Verantwortlichen in der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) hält weiter an. Weitere Aktivitäten waren und sind nötig. So nutzen einige Aktive der FAU Berlin eine Demo gegen die Agrarindustrie am 18. Januar, um über das Treiben der „grünen Ideenagentur“ aufzuklären. Überraschte Reaktionen zeigten, dass zwischen Ruf und Wirklichkeit ein Unterschied besteht. Die Kommunikation der HBS-Personalabteilung zur FAU läuft derzeit nur noch über Anwälte. „Selbstbestimmtes Gestalten der Arbeit“ laut Geschäftsbericht der Stiftung stellt ein bloßes Lippenbekenntnis dar. Wer seine Rechte einfordert, wird an die Außenstelle versetzt. Ebenso wurde auf einer Diskussionsveranstaltung bei der HBS am 12. Februar mit kritischen Fragen und Protest der Fokus auf diese Praxis gerückt.

Altenburg

Auch im Osten von Thüringen solidarisierten sich GenossInnen mehrerer FAU-Gruppen (Jena, Halle sowie Leipzig) mit den Beschäftigten bei der HBS. Anlass war die Schlussveranstaltung der Heinrich-Böll-Tage in Altenburg. Die Kundgebung (8. Februar) mit dem Motto „Neues Jahr – derselbe Mist!“ vor dem Museum Mauritianum fand auch Eingang in die Lokalausgabe der Leipziger Volkszeitung (Osterländer Volkszeitung)

Nordrhein-Westfalen

Die Rundreise zum vieldiskutierten Buch „Schwarze Flamme“ über revolutionäre Klassenpolitik in der antikapitalistischen Gewerkschaftsbewegung geht im Westen weiter: Eine Weltgeschichte des Anarchismus und Syndikalismus von Lucien van der Walt und Michael Schmidt mit dem Anspruch als Standardwerk für die globale anarchosyndikalistische Geschichtsschreibung. Lesung und Diskussion mit dem Politikwissenschaftler und Mit-Übersetzer des Buches, Andreas Förster (Berlin) gibt es in folgenden Städten und Zeiten:

☞ **Münster**
Mo. 10. März, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8

☞ **Bielefeld**
Di. 11. März, 19.30 Uhr
FAU-Gewerkschaftslokal, Metzerstr. 20

☞ **Düsseldorf**
Mi. 12. März, 20.00 Uhr
(Einlass ab 19.00 Uhr)
Hinterhof, Corneliusstraße 108

☞ **Bonn**
Do. 13. März, 20.00 Uhr
Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76

☞ **Wuppertal**
Fr. 14. März, 19.30 Uhr
AZ Wuppertal, Markomannenstr. 3

Die Sabaté-Brüder

Eine libertäre Stadtguerilla im Spanien der Franco-Ära

[1] Confederación Nacional del Trabajo – 1910 gegründete anarchosyndikalistische Gewerkschaft.
[2] Federación Anarquista Ibérica – 1927 gegründete anarchistische Föderation.
[3] Movimiento Liberación de España – Spanische Befreiungsbewegung im Exil, im wesentlichen von der Exil-CNT getragen.
[4] Movimiento Ibérico de Liberación – Iberische Befreiungsbewegung. Eine gemischt marxistisch-anarchistische Guerilla, die ihre Basen im südfranzösischen Toulouse sowie in Barcelona hatte.

Bilderquelle und Literatur zum weiterlesen: Sabaté – Stadtquerillia in Spanien nach dem Bürgerkrieg 1945-1960 – Trikont-Verlag 1974 (nur noch antiquarisch erhältlich)

Nach dem Sieg der Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg, flohen 1939 Hunderttausende ArbeiterInnen nach Frankreich.

> ***„Wir sind keine Räuber, wir sind Kämpfer des libertären Widerstands. […] Wir sind Menschen, die niemals um das gebettelt haben, und niemals betteln werden, was uns gehört.“***
> *(Die Guerilla-Gruppe Sabaté, 1945)*

Nicht wenige dieser Flüchtlinge beteiligten sich während des Zweiten Weltkriegs am französischen Widerstand gegen die Nazis. Als die Nazi-Barbarei niedergerungen war, konzentrierte sich die libertäre Bewegung wieder auf den militanten Kampf gegen das Franco-Regime. Einen der für das Proletariat wohl klangvollsten Namen trugen dabei die Sabaté-Brüder.

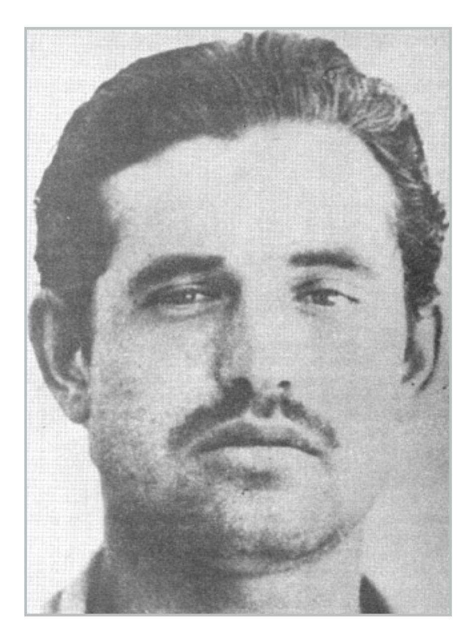
Francisco Sabaté Llopart, allgemein nur El Quico genannt, wurde am 30. März 1915 in Hospitalet, einer südlich von Barcelona gelegenen Stadt, geboren. Im Alter von kaum 16 Jahren begann er eine Lehre als Klempner und trat der CNT[1] bei, der er sein ganzes Leben lang verbunden blieb.

Bereits 1932 überfiel Francisco Sabaté mit einem anarchistischen Genossen erstmals einen Grundbesitzer, um während eines Bauernstreiks das erbeutete Geld dem Streikkomitee von Hospitalet zu übergeben. Daraufhin schloss sich Sabaté mit seinem älteren Bruder José einer Aktionsgruppe der FAI[2] an, die sofort mit bewaffneten Aktionen in Erscheinung trat. Die bei den Überfällen enteigneten Geldmittel kamen Streikkomitees, Zeitungen und Unterstützungsgruppen für politische Gefangene zugute. Nach Ausbruch des Bürgerkriegs kämpften José und Francisco in einer CNT-Miliz an der Aragonfront. In Barcelona beteiligte sich El Quico 1937 an mehreren Gefangenenbefreiungen, bis er selbst von der republikanischen Geheimpolizei festgenommen wurde. Es gelang ihm jedoch mit drei Genossen aus dem Gefängnis auszubrechen und bis zur Niederlage der republikanischen Truppen 1939 in anarchistischen Einheiten an der Front weiterzukämpfen.

Wie alle anderen spanischen Flüchtlinge wurden auch die Sabaté-Brüder nach ihrer Flucht in einem Konzentrationslager in Südfrankreich interniert. Bei Beginn des deutschen Überfalls auf Frankreich aus dem Lager entlassen, zog Francisco mit seiner Frau und Tochter in die Nähe von Perpignan, um nach außen unverdächtig als Klempner zu arbeiten. 1945 schickte die Exil-CNT Sabaté immer wieder nach Katalonien, um Bedingungen für den Kampf gegen das Franco-Regime vorzubereiten und Kontakte zur Inlands-CNT zu halten. Dabei überfiel die Sabaté-Gruppe zunächst reiche Geschäftsleute, um an Geld- und Sachmittel für den Aufbau eines illegalen Propagandaapparats zu gelangen. Die Sabaté-Guerilla baute sowohl auf spanischer wie französischer Seite der Pyrenäen Verstecke und Waffenlager auf, die als Operationsbasen und Schmuggelwege dienten. Es gab noch weitere, von den Sabaté-Brüdern unabhängige libertäre Stadtguerillagruppen im franquistischen Spanien.

1949 dezimierten eine Repressionswelle und mehrere Feuergefechte mit der Guardia Civil die Reihen der libertären Aktionsgruppen. Unter den getöteten Militanten befand sich auch José Sabaté. Die Repressionskräfte gingen nämlich bisweilen dazu über, die libertären KämpferInnen nicht mehr festzunehmen, sondern gleich auf offener Straße zu erschießen. Festgenommene anarchistische Guerillas, darunter Manuel, der jüngste der Sabaté-Brüder, wurden gefoltert und hingerichtet. Nach der harten Repressionswelle 1949/50 drifteten die verschiedenen Teile der *Spanischen Befreiungsbewegung* (MLE[3]-CNT) immer schneller auseinander. In Frankreich gründete Francisco Sabaté die *Grupos Anarco-Syndicalistas*, die den bewaffneten Kampf fortsetzten und von der Führung der Exil-CNT nicht anerkannt wurden. Die unvermindert nach Spanien einsickernden KämpferInnen standen jedoch mit lokalen Föderationen der Inlands-CNT in engem Kontakt. Mitte der 1950er Jahre war Sabaté in Spanien längst zur Legende geworden. Bei den illegalen Aufenthalten in Barcelona betrieb der Staatsfeind Nr. 1 ungebrochen verbotene Propaganda, indem er massenhaft Flugblätter verteilte oder auf öffentlichen Plätzen subversive Reden von Tonbändern abspielen ließ.

Doch immer nachdrücklicher sprach die Exil-CNT davon, dass die Sabaté-Gruppe außerhalb der Organisation stehen und gegen ihre Beschlüsse handeln würde. Nachdem sich auch die FAI im französischen Exil von den autonomen Aktionsgruppen distanziert hatte, lösten sich die *Grupos Anarco-Syndicalistas* wieder auf. Francisco Sabaté gehörte jedoch weiterhin zu denjenigen anarchistischen Emi-


Manuel Sabaté – die letzte Aufnahme vor seiner Ermordung

grantInnen, die den Kampf gegen das Franco-Regime sehr aktiv und damit auch bewaffnet fortführen wollten. Das letzte Kommando – Sabaté und weitere vier Genossen – wurde schließlich am 4. und 5. Januar 1960 von der Guardia Civil in Katalonien gestellt und in zwei Feuergefechten vollständig ausgelöscht. Damit war die Sabaté-Guerilla Geschichte und erst die linksradikale MIL[4] setzte den bewaffneten Kampf gegen das Franco-Regime Anfang der 1970er Jahre fort. Der Umgang mit dem Tod Sabatés durch die CNT-Presse war – gelinde gesagt – peinlich und unwürdig.

Redaktion Zeitlupe

Es como con la familia…

Lucio Urtubia im Interview über seine Freundschaft zu Sabaté

Das Gespräch ist ein Auszug aus dem Interview, welches im Rahmen von Lucios jüngster Veranstaltungsreihe in Frankfurt geführt wurde. Das Gespräch zog sich fast eine Stunde, Lucio hat viel zu erzählen. Im folgenden Abschnitt spricht Lucio über seinen Freund El Quico. Ein Vorgeschmack auf das bald komplett erscheinende Interview. [Redaktion Zeitlupe]

Quico Sabaté war ein sehr enger Freund von dir. Wie würdest du diese Freundschaft mit ihm und den Einfluss, den er auf dein Leben hatte, beschreiben?

Nun, als ich Quico kennenlernte war ich um die 20, 22 Jahre alt. In diesem halbstarken Alter glaubt man ja alles zu wissen und zu kennen und ist doch noch ein unwissender Niemand. Zum Zeitpunkt als ich Quico Sabaté kennenlernte, hatte ich so gut wie von nichts Ahnung. Zu jener Zeit war Quico schon ein sehr erfahrener Aktivist, der über gute Kontakte zur und Kenntnisse über die CNT als Organisation verfügte und dessen Kontakte bis in die französische Regierung reichten. Das lag unter anderem daran, dass Frankreich dem republikanischen Spanien und vor allem den Anarchisten viel zu verdanken hatte. Beispielsweise bestand die Mehrheit der neunten Brigade, den Befreiern von Paris, die sich schon 24 Stunden vor de Gaulle in der Stadt befand, zu einem Großteil aus Anarchisten.

Die Freundschaft die uns verband war in etwa vergleichbar mit Eltern oder Geschwister, die den jüngeren zur Seite stehen: man kennt und vertraut einander. […] Quico und ich hatten ein solches Verhältnis, allerdings ohne Zwang, wie es in vielen Familien oftmals vorkommen mag. Verglichen mit Quico war ich zwar in vielen Bereichen noch recht unerfahren, aber ich hatte den Respekt gegenüber vielen verschiedenen Autoritäten frühzeitig verloren. Es ist so, wie ich schon öfters erwähnt habe: meine Armut war gleichzeitig mein Reichtum. Anders ausgedrückt: es hat mich keine große Überwindung gekostet,


Francisco 1944 mit seinem Muli in den Pyrenäen

meine Furcht und meinen Respekt gegenüber privatem Eigentum, der Kirche und dem Staat abzulegen. Ich hatte ja nichts zu verlieren und ich sah keine Ungerechtigkeit darin, auf diese Zwänge zu pfeifen. Wurde ich zufällig durch bestimmte Orte oder Situationen an Ereignisse in meiner Kindheit erinnert, beispielsweise im Theater, im Kino oder nur vor dem Fernseher, zerriss es mich förmlich bei den Gedanken an die erlebten Ungerechtigkeiten und Verbrechen, die damals an den Menschen verübt wurden. An Menschen, die niemandem auch nur ein Haar gekrümmt hatten, einfache Menschen, Arbeiter, arme, einfache Leute, die nichts Schlechtes verbrochen hatten. Überhaupt nichts… Die Bekanntschaft mit Quico Sabaté ist jedenfalls für mich nach wie vor der Beweis, dass schon eine Begegnung mit einer bestimmten Person dein Leben maßgeblich verändern kann. […]

Der Grund, nicht mit auf seine letzte Expedition zu gehen, lag daran, dass ich nicht mit dem Zeitpunkt einverstanden war. Quico hätte auch noch nicht gehen sollen. Das Problem bestand vor allem darin, dass die Situation vor Ort zu diesem Zeitpunkt besser hätte sein müssen. Zum Beispiel mit einer funktionierenden Infrastruktur, die damals noch nicht vorhanden war, und ihn gegebenenfalls hätte unterstützen können. Nun, es war tatsächlich das einzige Mal, dass ich mich aufgrund meiner Einschätzung der Lage, die trotz allem eher auf einem Gefühl beruhte, dagegen entschlossen habe, Quico zu begleiten. […]

Wie war deine erste Reaktion als du von dem faschistischen Mord an Quico und seinen Genossen erfahren hast?

Was soll ich sagen? Mich ergriff eine unfassbare Wut, ein schrecklicher Schockmoment. Zwischen Quico und mir bestand eben eine sehr enge Bindung. Alle fünf Ermordeten waren sehr enge Freunde von mir. Uns hat sehr viel verbunden. Wir hatten noch so viele Projekte vor uns, die wir realisieren wollten. An diesem Tag endete unser gemeinsamer Weg. So einen Moment wird man sich nie erklären können.

Wie wichtig war deiner Meinung nach der Einfluss von spanischen Exilanten wie Quico Sabaté auf die sozialrevolutionäre Bewegung in Frankreich?

Dass der spanische Bürgerkrieg drei Jahre dauerte, lag nicht zuletzt an der Existenz einer starken anarchistischen Bewegung, die nicht aufhörte, gegen den Faschismus zu kämpfen. Hätte es diese anarchistische Bewegung nicht gegeben, hätten Franco und seine Schergen ihren Plan schon in wenigen Monaten umsetzen können. Die anarchistische Bewegung in Spanien war damals zweifellos sehr fortgeschritten und hatte eine starke Mobilisierungs- und Widerstandskraft. Trotz des verlorenen Krieges konnten mit den Überlebenden auch jene Ideale der Solidarität und sozialen Revolution bis heute überdauern. Ein anderer wichtiger Faktor war der Umstand, dass nach dem franquistischen Putsch zehntausende Personen, zumeist Anarchisten, in Gefängnissen einsaßen. Diese zu Unrecht kriminalisierten Menschen, die die Gesellschaft von Grund auf verändern wollten, hatten den Respekt vor Autorität und Herrschaft, vor der Religion und vor gesellschaftlichen Zwängen verloren. Diese verbrecherische Gesellschaft konnte man einfach nicht unterstützen. […] Die Personen, die nach Frankreich flüchten konnten, waren auch tatsächlich unter denjenigen, die mit dem kommunistischen Colonel Tanguy, der die Résistance und die französische Befreiung koordinierte, eine zentrale Rolle bei der Befreiung von Paris spielten. Tanguy bemerkte einst, dass die Hälfte Frankreichs durch die Exilanten der spanischen Republik befreit wurde. […] Während der ganzen Jahre im Exil blieb der Wunsch lebendig, eines Tages nach Spanien zurückkehren zu können, um dort die soziale Revolution wiederaufzunehmen und die Gesellschaft zu verändern.

Das Interview führte und übersetzte
Benjamin Most

Interview on Maidan

Ein Interview mit Sergej von der RKAS Kiew (Revolutionäre Konföderation der Anarcho-SyndikalistInnen) über die aktuellen Proteste und die Aussichten anarchosyndikalistischer Strukturen in der Ukraine

Wie würdest du die jetzigen Proteste im Vergleich mit der „orangenen Revolution" von 2004/05 sehen? Wie ist das heutige politische Klima in der Ukraine?

Die erste „Maidan" von 2004 war eine gänzlich friedliche Aktion, die stattfand, um die Nachprüfung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zu fordern, da die Opposition der Meinung war, dass diese manipuliert worden seien.

WertgeschätzteR LeserIn! Eine zweimonatlich erscheinende Zeitung kann natürlich nicht immer aktuelle Entwicklungen mitverfolgen. Ihr seht hier auf dieser Seite einen Artikel aus der Ukraine von Anfang Februar. Wir haben Sergej noch um ein Update gebeten, das Ihr, sofern wir es bekommen, dann online lesen könnt. Außerdem sind die Meldungen aus der IAA wieder zurück! Wegen der langen Abstinenz diesmal wesentlich länger als sonst. Viel Freude mit unserem Teil, die Redaktion DA-Globales

Die Proteste von heute haben eine viel kompliziertere mehrschichtige Struktur. Zuerst sehen wir eine Reihe von Phasen der Entwicklung der Proteste. Zu Beginn gab es eine Entwicklung vergleichbar mit dem Szenario von 2004. Eine friedliche politische Aktion der nationalliberalen Opposition als Reaktion auf die Weigerung der Regierung, das Abkommen mit der Europäischen Union in Vilnius zu unterzeichnen. Alles sah so aus, als sei dies eine Methode, vor den Präsidentschaftswahlen 2015 die Stimmung in der Bevölkerung für eine andere politische Option vorzubereiten.

Im Voranschreiten der friedlichen Proteste wuchs durch beidseitige Provokationen der Konflikt zu einer gewaltsamen Konfrontation an – bis hin zu Straßenkämpfen zwischen den radikalsten Flügeln der Opposition und den Soldaten der MVD „Berkut", einer Polizeieinheit, die das Regierungsviertel schützt. Diese Konfrontation wächst, wie ihr durch Videobeiträge in den Nachrichten sehen konntet. Es gibt bereits Opfer auf beiden Seiten. Anders als bei den ersten Protesten im Jahr 2004, bei denen die Bewegung ideologisch von moderaten Nationaldemokraten angeführt wurde, wird sie dieses Mal von einigen Vereinigungen Nationalliberaler und Neonazis angeführt. So ist zum Beispiel einer der drei Anführer der Opposition Oleg Tyagnybok, Kopf der großen Neonazipartei „Swoboda", die eine radikale Variante des ukrainischen Nationalismus predigt.



Einer der Kämpfe in der Grushevskogo Street, wahrscheinlich vom 19. Januar

In welche Richtung gehen die Proteste? Sind sie mehr für ArbeiterInnen und arme Leute oder eher „westlich", also mehr durch die Wirtschaft beeinflusst und für „freien" Markt? Auf welcher Seite stehen die großen Gewerkschaften?

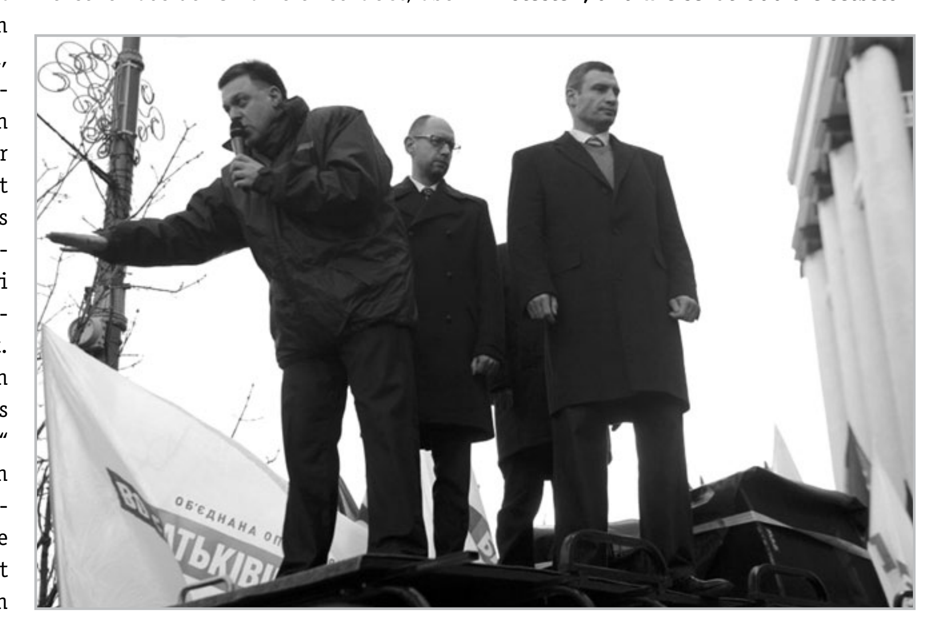
Leider sind soziale Aspekte nahezu abwesend. Die Oppositionsmitglieder kümmern sich wenig um wirtschaftliche Fragen der Bevölkerung.

Trotzdem nennen die FührerInnen der Opposition die Autoritäten an der Macht in ihren Ansprachen jederzeit kriminell, weil sie nicht vorankommen würden in Sachen ökonomischer Positionen der ArbeiterInnen, Abschaffung von arbeitnehmerInnenfeindlichen Gesetzen (Anti-Labour-Laws), Löhnen und Rentensteigerung und so weiter. Der Hauptgrund der Protestierenden ist absolut politisch – der Machtwechsel. Hierbei muss benannt werden, dass eine führende Rolle der so genannte „Rechte Sektor" (Prawyi Sektor) sowohl auf den friedlichen Versammlungen wie auch auf den Barrikaden spielt. Diese Vereinigung setzt sich aus ultrarechten nationalistischen Organisationen sowie aus rechten Fußballfans der „Ultra-Bewegung" zusammen. Der Großteil der gewöhnlichen Leute, die nicht zufrieden sind mit der jetzigen Regierung und hinausgehen, um für eine mögliche Verbesserung zu protestieren, folgt normalerweise den Rechten. Diese Menschen haben ihre Schnittmenge mit den Rechten, da diese behaupten, dass die Regierung nicht „ukrainisch" und kriminell sei. Viele Leute reden auch über die so genannten „europäischen Werte", die Prosperität ins Land bringen sollen. Der größte Freihandelsverband in der Ukraine hat dieselben Gedanken aufgesogen und unterstützt die Opposition. Die Führer der Wirtschaftsverbände sind Repräsentanten der oppositionellen Parteien. Das Haus der Wirtschaftsverbände in Kiew diente als Versorgungszentrum der Protestierenden.

Wie würdest du die Bewegung Klitschko beschreiben? Welche Rolle spielen die Ostukrainischen Oligarchen in den Protesten?

Die „Udar"-Partei Klitschkos hält sich selbst für eine christlich-demokratische Partei mit einem starken nationalliberalen Einschlag. Von allen oppositionellen Führern ist Klitschko der am wenigsten Erfahrene; er verhält sich oft ablehnend gegenüber Aktionen Yatsenyuks und Tyagnyboks. Zwischen den Dreien werden sehr häufig Meinungsverschiedenheiten beobachtet. Für mich scheint Klitschko nicht die Hauptfigur in dem Triumvirat zu sein, obwohl er oft an vorderster Front der Proteste zu sehen ist. Aber die legale Opposition kontrolliert schon jetzt nicht mehr die Straßen und die Barrikaden in der Grushevskogo-Straße vor dem Regierungsviertel. In der Praxis haben sie dort ihre eigenen AnführerInnen. Diese sind zum Beispiel Ultranationale wie Yarosch – Kopf der Organisation „Tryzub" (Dreizack), die nach dem radikalen ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera aus den 40ern der 20. Jahrhunderts benannt ist. Militante des „Rechten Sektors" beherrschen die Barrikaden. Sie gestalten die Strategie und legen eine Ideologie zu Grunde.

Nicht nur PolitikerInnen stehen hinter dem Konflikt, sie tragen nur die Interessen von großen Wirtschaftsgruppen nach außen, und die kommen nicht nur aus dem Osten der Ukraine. In diesem Konflikt geht es um die Neuaufteilung von Einflusssphären zwischen einigen oligarchischen Gruppen, die reiche Menschen aus der Ukraine einschließt, aber zudem auch eine große Anzahl von finanziellen und politischen Kreisen aus den USA und Europa. Das Spiel hat ein enormes Ausmaß erreicht. Aber der Bereich des Einflusses wird natürlich mit der Hilfe politischer Rhetorik, Konfrontation und Manipulation vor Ort erreicht. Die einfachen Leute, ArbeiterInnen beiderseits aus den östlichen oder westlichen Regionen, werden am Ende nichts gewinnen, sobald sich ihr Protest in den politischen Bahnen verfängt und nur den Interessen von im Hintergrund agierenden MarionettenspielerInnen nützen wird.



Drei Oppositionsführer - Von links nach rechts: Oleg Tyagnybok, Vorsitzender der rechten Partei Svoboda, *Mitte - Arseniy Yatseniuk, Vorsitzender der liberalen Partei* Bat'kivschyna, *Rechts - Vitaliy Klitschko, Vorsitzender der* Udar-*Partei*

Wie ist die Situation der RKAS heute?

Die anarchistische Bewegung der Ukraine ging in letzter Zeit im Allgemeinen durch eine tiefe Krise. Das passierte lange vor dem Maidan, und als die Proteste ausbrachen, trafen sie uns unvorbereitet und desorganisiert. Dieselben Bedenken hat die RKAS. Von Anfang an haben wir sehr genau das Geschehen in Kiew beobachtet und es als enorme politische Technik der Manipulation der unterschiedlichen Oligarchen im Kampf um Einfluss im Land betrachtet. Von Beginn der Proteste an waren unsere BerichterstatterInnen bei den Treffen und haben unsere Organisation über das Geschehen informiert. Als die Straßenkämpfe begannen, gingen RKAS-AktivistInnen unentdeckt an die Barrikaden und infiltrierten die sanitären Einrichtungen der Opposition. Aber unglücklicherweise ist eine offene und groß angelegte Agitation zugunsten des Anarchismus völlig ausgeschlossen. Die Rechten dominieren dort.

Die RKAS hat einen Aufruf an die TeilnehmerInnen der Proteste gesandt, die Revolution in die Richtung einer selbstverwalteten organisierten Regierung zu entwickeln und die Fragen der Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme entscheidend voranzutreiben. In den Regionen wurde dieser Aufruf über die Protestierenden verbreitet, ebenso wie im Internet. Aber unsere Kräfte reichen nicht aus, um den Vektor bedeutend von rechts nach links zu verschieben.

Einige AnarchistInnen anderer Organisationen und Gruppen, die einen „Nichtangriffspakt" mit den Neonazis geschlossen haben, haben über diesen Weg eine Möglichkeit gefunden, an den Kämpfen auf den Barrikaden unbehelligt teilzunehmen. Sie rechtfertigen dies damit, dass es einen gemeinsamen Feind gebe, der die Gegensätzlichkeiten vergessen lassen sollte bis zum Sieg. Das erscheint uns nicht als der richtige Weg. Die RKAS stimmt solchen Pakten oder Allianzen nicht zu! Wir bevorzugen, Möglichkeiten und Wege für unsere Arbeit zu finden, ohne politischen Selbstmord zu begehen.

Wie ist eure Position in der RKAS zu den Protesten, und wie schätzt du die selbstorganisierten und anarchosyndikalen Aspekte der aktuellen Proteste ein?

Die RKAS denkt, dass wir es hier mit einem komplexen Phänomen zu tun haben. Auf der einen Seite ist dies eine Intervention der Europäischen Union und finanzieller Kreise des Westens mit der Absicht, ihren Einfluss auf die Ukraine zu verstärken unter Beachtung ihrer finanziellen und politischen Interessen. Es gibt eine Menge ausländischer VertreterInnen, die über sogenannte Nichtregierungsorganisationen Zuschüsse leisten und direkte Einflussnahme auf die rechten Radikalen ausüben, um die Situation zu beeinflussen. Hierbei handelt es sich auch um direkte Interessen von oligarchischen Gruppen, die begonnen haben, Teile und Sphären der Wirtschaft über die Politik zu beeinflussen. Gegenüber diesem Hintergrund haben wir einen extrem rechten Putsch, der eine Menge einfacher Leute (die denken, dass sie für eine Volksrevolution kämpfen, aber unter starkem Einfluss von liberalen und nationalen Illusionen) mit in seinen Bann gezogen hat, um in die Konfrontation mit der Regierung zu gehen.

All diese Tendenzen und Trends haben sich sehr ineinander verschlungen, und das verkompliziert die Situation sehr. Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Keime der Selbstorganisation in den einfachen Leute zu aktivieren und damit den rechten Einfluss auf sie zu bekämpfen. Aber, wie gesagt, die Kräfteverteilung ist sehr sehr ungleich. Es gibt unzweifelhaft einen selbstorganisierten Aspekt in den Protesten, aber er kann leicht entgleiten in einen Strom der Unterstützung für die Rechte.

Wie würdest du die Zukunft der RKAS einschätzen?

Unsere Aufgabe ist nun weiter die Organisation, also die RKAS, aufrechtzuerhalten. Viele unserer jungen und älteren Aktiven wurden unter Hausarrest gesetzt. Darüber hinaus befindet sich die RKAS durch ihre spezifische Haltung in Isolation von anderen anarchistischen Gruppen, die uns grundlos als autoritär bezeichnen. Auf der anderen Seite hat sich herausgestellt, dass wir zwischen den Stühlen sitzen, zwischen der Opposition mit den Rechten und der Regierung. Wir lehnen beide Seiten und ihre autoritären Stile ab und denken, dass sich beide nichts schenken.

Sergej Tilgul, RKAS Kiew
übersetzt von Michael Rocher

Meldungen aus der IAA

[USI] Italien:

Mailand:
Gegen die Betriebsgruppe der Unione Sindicale Italiana (USI) im Krankenhaus San Carlo in Mailand ist ein Bußgeld von 12.000 Euro verhängt worden. Das Gericht wertete eine Zeichnung, die die Geschäftsleitung des Krankenhauses als Mitglieder der „Panzerknacker" darstellte, als beleidigend.
Die USI ist seit Jahren im Krankenhaus San Carlo aktiv und prangert immer wieder die schlechten hygienischen Zustände und die Arbeitsplatzsituation dort an. Wie wichtig dieser Kampf ist, zeigt die Tatsache, dass die Regionalverwaltung der Lombardei einen Teil des Krankenhauses aufgrund mangelnder Wartung durch die BetreiberInnenfirma des Krankenhauses abreißen muss. Die USI bittet um Spenden, um das Bußgeld und die weiteren Prozesskosten zu tragen.

[CNT] Spanien:

Madrid:
Die CNT kämpft zur Zeit für die Wiedereinstellung eines Genossen, der entlassen worden war, weil er zusammen mit ca. 300 KollegInnen an einem Streik der Straßenreinigung Madrids teilgenommen hatte. Für den 20. Februar hatte die CNT zu einem Internationalen Tag der Solidarität aufgerufen. Daraufhin erhielt die Geschäftsleitung von OHL – das ist der Konzern, der die Straßenreinigung in Madrid betreibt – Protestschreiben aus allen Teilen der Welt.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Türkei: Fabrikbesetzung bei Verpackungshersteller

Seit dem 10. Februar wird die Istanbuler Produktionsstätte des Verpackungsherstellers Greif von 600 Angestellten besetzt gehalten. Zentrale Forderung ist die Abschaffung der Leiharbeit, von der zwei Drittel der 1500 Beschäftigten an zwei Istanbuler Standorten betroffen sind – sowie deren Übernahme in die Stammbelegschaft. Zusätzlich geht es den mit umgerechnet 283 Euro entlohnten MitarbeiterInnen um Lohnerhöhungen, Schichtzulagen und die Einhaltung regulärer Arbeitszeiten. Der Besetzung vorausgegangen waren stockende Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und der sozialdemokratischen Gewerkschaft DISK-Tekstil, von der sich die Belegschaft nicht mehr ausreichend vertreten fühlte. Zunehmende Unterstützung – auch materieller Art – kommt nun von der islamisch orientierten Gewerkschaft ÖIIS und einigen sozialistischen Organisationen. Während die Unternehmensspitze mittlerweile nach Verwänden und Mitteln sucht, sich der lästigen BesetzerInnen zu entledigen, ließen diese verlauten, dass es nur drei Alternativen gäbe: Entweder ein Eingehen auf die Forderungen der ArbeiterInnen oder eine Schließung der Fabrik oder die Fortführung der Produktion unter Eigenregie. Ein positives Beispiel diesbezüglich gibt es bereits vor Ort: Die 100-köpfige Belegschaft der Kazova-Textilfabrik produziert nach langem Kampf seit letztem Jahr unter ArbeiterInnenkontrolle. Das eigentlich US-amerikanische Unternehmen Greif beliefert Konzerne wie Bayer, Unilever, Nestlé oder Danone und besitzt 50 Produktionsanlagen in verschiedenen Ländern.

Ägypten: Machtwechsel nach Streikwelle

Es war die Hölle los: BusfahrerInnen, ReparateurInnen des ÖPNV, TextilarbeiterInnen, ÄrztInnen, StraßenkehrerInnen sowie Beamte des Grundbuchamts und anderer Behörden – sie alle streikten. Zwar taten sie dies nicht genau zeitgleich, auch ging es vorwiegend um unterschiedliche ökonomische und arbeitstechnische Forderungen, doch schien diese Welle auszureichen, um die Übergangsregierung von El-Beblawi am 24. Februar zurücktreten zu lassen. Bis zu den Parlamentswahlen, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen, wird der ehemalige Wohnungsbauminister Ibrahim Mahleb die Regierungsgeschäfte leiten. Nicht geplant und doch gelegen scheint dieser Schritt dem Armeechef und bis dahin amtierenden Verteidigungsminister El-Sisi zu kommen. Durch den Rücktritt ist er nun ein legitimer potentieller Kandidat für die bevorstehenden Wahlen. Ein Einzelrücktritt, der offensichtliche Machtambitionen hätte vermuten lassen, ist ihm durch die Auflösung des gesamten Kabinetts nun erspart geblieben.

Südafrika: Tote in illegaler Goldmine – etliche Verschüttete

Am 16. Februar ereignete sich in Johannesburg ein tragischer Zwischenfall: In einer illegalen Goldmine sind 200 ArbeiterInnen verschüttet worden. Mittlerweile ist auch die Rede von zwei Toten. Ein privater Rettungsdienst steht Berichten zufolge in Kontakt mit etwa 30 verschütteten Personen. Viele weigerten sich jedoch, die Mine zu verlassen, da sie Anzeigen seitens der innehabenden Gold One International befürchten. Das genaue Schicksal der Kumpels ist zu Redaktionsschluss noch ungewiss. In Südafrika treibt Armut immer wieder Menschen, vor allem Arbeitslose und ehemalige Bergleute, in stillgelegte, ungesicherte Minen, in denen sie ihr „Glück" versuchen. Dabei kommt es jedoch wiederholt zu Unglücken, so zum Beispiel 2009, als ein Brand in einer stillgelegten Mine mindestens 82 ArbeiterInnen das Leben kostete.

USA: Republikaner erfolgreich gegen Gewerkschaftsbeteiligung

Folgender Fall sorgte Mitte Februar landesweit für Schlagzeilen: In Chattanooga (Tennessee) entschied sich die Belegschaft des einzigen US-amerikanischen VW-Werks mit einer Mehrheit von 712 zu 626 Stimmen dagegen, sich von der Autogewerkschaft UAW vertreten zu lassen. Die Wahlbeteiligung lag bei 89 Prozent. Die Abstimmung zum Werksbetriebsrat wurde vom relativ einflussreichen VW-Konzernbetriebsrat initiiert und gleichzeitig im Vorfeld von republikanischen PolitikerInnen torpediert. Sie schürten Standortängste, prognostizierten ein Ausbleiben weiterer Investoren. Auch machten sie die Gewerkschaften verantwortlich für den Niedergang der Automobilindustrie in der Region Detroit. Im Vergleich zum Norden mangelt es im US-Süden der Autoindustrie generell an gewerkschaftlicher Beteiligung. UAW-Schatzmeister Williams zeigte sich nach dem Wahlergebnis bestürzt über die Einflussnahme der Republikanischen Partei. Sogar Präsident Obama machte ihr den Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte zum Vorwurf. Werkschef Frank Fischer versuchte derweil die Lage zu entschärfen, in dem er auftat, dass die Belegschaft sich nicht grundsätzlich gegen einen Betriebsrat ausgesprochen hätte. Es müsse nun ein neuer Weg gesucht werden, einen solchen zu gründen.

„Wenn ihr nicht könnt, wir können!"

Vio.Me Thessaloniki – eine Fabrik in ArbeiterInnenhand

Die durch die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF forcierte soziale Zertrümmerung Griechenlands schreitet voran. Entlassungen, Firmenschließungen, staatliche Kürzungen und verschärfte Repressionen gegen alle, die sich wehren, bestimmen den Alltag. Tausende kleine und mittlere Unternehmen sind bankrott und die Städte gekennzeichnet durch leere Schaufenster und Betriebe. Die Rechnung zahlen vor allem die Lohnabhängigen, die oft mehrere Monate unbezahlt arbeiten, um schließlich ohne Abfindung oder Perspektive auf einen neuen Job auf der Straße zu landen. Bei einer Arbeitslosenrate von 29 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von 63 Prozent wachsen Angst und Perspektivlosigkeit. Nicht mitgezählt sind die, die mindestens zwei Stunden pro Woche arbeiten und deshalb nicht als arbeitslos gelten. Über 300.000 Griechen und Griechinnen sind ausgewandert, knapp 4000 Menschen haben aus Verzweiflung Suizid begangen.

Die Rolle Deutschlands in diesem Prozess und auch der Profit, den es aus der Zerschlagung der staatlichen Infrastruktur Griechenlands zieht, werden bis heute verschwiegen. Die vielfältigen Proteste in den Massenmedien als unberechtigtes Aufbegehren von FaulenzerInnen und ExtremistInnen dargestellt. Die Schmiergeldzahlungen deutscher Firmen (u.a. Siemens, Deutsche Bahn, MAN) an griechische PolitikerInnen höchstens verschämt in den Wirtschaftsspalten erwähnt und das nationalistische Rollback im Griechenland der Krise, die rassistischen Angriffe, der Aufstieg der FaschistInnen von Chrysí Avgí oder die mörderische Flüchtlingspolitik systematisch ausgeblendet.

Dennoch finden noch immer täglich Aktionen, Demonstrationen, Besetzungen und Streiks in vielen Sektoren statt. Soziale Zentren, Kooperativen und Kollektivbetriebe entstehen trotz gesteigerter Repression im ganzen Land. Aus Enttäuschung über die staatstragenden Gewerkschaften und die Parteien, aus Alternativlosigkeit oder purer Not wählen viele Menschen den Weg der Selbstorganisation. Über 3000 selbstverwaltete Initiativen sind inzwischen entstanden, vernetzen sich und präsentieren somit den Entwurf einer solidarischen Gesellschaft.

Du hältst den Betrieb am Laufen!

Ein eindrucksvolles Beispiel ist die besetzte Fabrik Viomichanikí Metalleftikí (Vio.Me) in Thessaloníki. Vio.Me wurde 1982 als eine von drei Tochterfirmen des Unternehmens Philkeram & Johnson gegründet, das Keramikfliesen produzierte. Die Firma stellte chemische Baumaterialien wie Fugenkleber her und belieferte Baufirmen in Griechenland und im benachbarten Ausland. Seit Mai 2011 stellten die BesitzerInnen die Lohnzahlungen ein, verschuldeten den Betrieb und machten sich schließlich aus dem Staub. Um die Demontage der Produktionsmittel zu verhindern und die Zahlung der ausstehenden Löhne zu erzwingen, besetzten die ArbeiterInnen die Fabrik. Da ihre Lohnforderungen ignoriert wurden und die üblichen Wege – Gerichtsverfahren, Investorensuche – die der Kapitalismus für diesen Fall bereit hält, ohne Erfolg blieben, beschlossen sie, die Produktion in die eigene Hand zu nehmen. Im Februar 2013 feierten tausende Menschen mit einem großen Solidaritätskonzert die Wiedereröffnung der Fabrik. Seit April 2013 produziert Vio.Me mit Hilfe selbstorganisierter Strukturen Thessaloníkis umweltfreundliche Reinigungsmittel. Die Produkte werden in sozialen Zentren, anarchistischen Treffpunkten, besetzten Häusern und auf informellen Märkten vertrieben. Ziel ist es auch, mittels des Produkts und der selbstverwalteten Produktion und Verteilung die Vision einer selbstorganisierten Gesellschaft zu vermitteln. Alle Gespräche mit staatlichen Behörden sind bisher gescheitert. Auch die von der KKE dominierte Gewerkschaftsfront Pame und der Gewerkschaftsdachverband GSEE verweigern die Unterstützung der Fabrik in Selbstverwaltung. Trotzdem machen die ArbeiterInnen weiter und kämpfen für ihre Ziele: Übernahme der Aktien von Vio.Me ohne die angehäuften Schulden. Sie wollen die Rückzahlung der Kredite von über 1,9 Millionen Euro, die an den Mutterkonzern Philkeram & Johnson gezahlt wurden, und sie stellen die Forderung an Vio.Me, die ausstehenden Löhne zu begleichen.



Ab jetzt selbstverwaltet: Die Vio.me Fabrik in Thessaloniki

Bundesweiter Unterstützerkreis gegründet

Ein Zusammenschluss von Kollektivbetrieben, Basisgewerkschaften, politischen Gruppen, Netzwerken und Einzelpersonen aus Deutschland versucht den Kampf der Vio.Me-ArbeiterInnen solidarisch zu unterstützen. Das Beispiel der selbstverwalteten Fabrik in Thessaloníki soll bekannt gemacht werden. Darüber hinaus sind alle aufgerufen, sich dem Krisendiktat der Troika nicht zu beugen, sich selbstorganisierten Initiativen anzuschließen. Vio.Me zeigt, dass es eine Alternative jenseits von Austerität, Nationalismus und sozialer Zertrümmerung gibt – die Solidarität sozialer Bewegungen und die Selbstorganisation von unten. Außerdem will der Unterstützerkreis Druck auf die griechische Regierung und ihre europäischen PartnerInnen ausüben, da die Gefahr einer Räumung des Projekts immer bestehe. „Vio.Me hat mittlerweile in ganz Griechenland und einigen Ecken Europas viele FreundInnen gewonnen. Falls Vio.Me oder andere selbstverwaltete Strukturen von staatlicher Repression betroffen sind, werden wir nicht still sein, sondern unseren Protest spürbar auf die Straße und in die Öffentlichkeit tragen."

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Interessierte Gruppen, Betriebe und Einzelpersonen können sich in Kontakt setzen: friendsofviome@riseup.net

Chile: Ein Tag, der alles veränderte

Vor gut einem Jahr wurde der Gewerkschafter Juan Pablo Jimenez auf seiner Arbeit erschossen

Je vehementer die Behörden die Decke des Schweigens über dem Fall ausbreiten wollen, desto lauter artikuliert sich die Wut auf den Straßen: Auch ein Jahr nachdem der Vorsitzende der Betriebsgruppe des Sindicato Nacional 1 de Trabajadores (kurz Sindicato N.1) im Elektronikunternehmen Azeta von einer Kugel in den Kopf tödlich getroffen wurde, zeigen sich Polizei, Staatsanwaltschaft und die von Angehörigen eingeschalteten höheren Gerichte demonstrativ desinteressiert an dem Fall. Dabei ist Chile kein Land, in dem eine solche Tat keine Aufmerksamkeit erregen würde – der chilenische Staat definiert sich wie vielleicht kein zweites Land in Lateinamerika über seine rechtsstaatlichen Strukturen, als historische Lehre aus der Diktatur Pinochets. Die Gewaltenteilung ist hier bei ebenso wichtig im Sinne der Staatsräson wie verbriefte gewerkschaftliche Rechte und ein mit EU-Standards durchaus vergleichbares Demonstrationsrecht. Immerhin waren die linken Bewegungen in der Diktatur, von der sich der heutige chilenische Staat so betont abgrenzt, die Hauptleidtragenden von Verfolgung und Unterdrückung; entsprechend sind diverse linke Organisationen und eben auch vor allem Gewerkschaften stark in die Verfassung und den Staatsaufbau eingebunden. Natürlich finden sich gerade bei Polizei und Militär noch immer viele AnhängerInnen Pinochets, und auch in Chile haben es etliche LakaiInnen der Diktatur geschafft, ihre Pfründe in die Demokratie zu retten. Ähnlich wie in anderen Ländern, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer rechten Militärregierung zur Demokratie übergingen – in Südamerika etwa in Uruguay, Argentinien oder Brasilien, aber auch in europäischen Staaten wie Portugal, Spanien oder Griechenland – hatten die FührerInnen der Oppositionsbewegungen und nicht zuletzt der Gewerkschaften auch in Chile ihre Anteile daran, dass so manche Schuldigen nie belangt wurden und sogar ihre Posten im Staatsdienst behielten. Bei der Etablierung der neuen Ordnung schlossen die selbsternannten VertreterInnen der Opposition an runden Tischen einen politischen Kuhhandel ab, der sowohl ihrer Organisation wie auch ihnen persönlich Macht und Einfluss sicherte – im Tausch gegen das Vergessen furchtbarster Verbrechen sowie gegen die Kontinuität repressiver Apparate. Und doch: Anders als etwa in Spanien nach dem Tod Francos ging in Chile die Diktatur nicht einfach nahtlos in die Demokratie über, sondern wurde durch soziale Bewegungen zu Fall gebracht, und während in Spanien sich ein Staatsanwalt, der Verbrechen des Franquismus vor Gericht bringen will, dem Vorwurf des Verfassungsbruchs im Sinne des „historischen Kompromisses" aussetzt, gehört die Schmähung der Diktatur Pinochets in Chile weitestgehend zum common sense. Für die Einschätzung der Brisanz, den der Fall Jimenez in sich birgt, ist es darüber hinaus wichtig zu betonen, dass im heutigen Chile blutiger Unternehmensterror eben nicht an der Tagesordnung ist wie etwa in Kolumbien, anders als in Panama GewerkschafterInnen nicht von der Polizei erschossen oder, wie es in Südmexiko der Fall ist, soziale Bewegungen von bewaffneten Paramilitärs angegriffen werden.

Fortsetzung auf Seite 11

Schmutziges Tuch

Kampf um existenzsichernden Lohn in Kambodschas Textilfabriken

Seit Jahren schwelen Arbeitskämpfe in Kambodschas Textilfabriken, mittlerweile finden wöchentlich Proteste im Land statt. Massenhafte Ohnmachtsanfälle wegen mangelhafter Belüftung und Niedriglöhne sind der Alltag der über eine halbe Million zumeist weiblichen Beschäftigten.

Kambodscha ist eines der ärmsten Länder Südostasiens, zudem mangelt es an Rohstoffen, viele Landesteile sind noch immer vermint, und trotz des Endes der Diktatur der Roten Khmer bleibt das Land in autokratischen Strukturen gefangen. Was das 14 Millionen Einwohner zählende Land am meisten hat, sind billige Arbeitskräfte. Die Textilproduktion ist Kambodschas größter Industriezweig und wichtigster Exportfaktor. In dem Königreich lässt es sich billiger produzieren als in den umliegenden Ländern, sogar billiger als in China. Dies nicht zuletzt, weil das Lohnniveau dramatisch unter dem Existenzminimum liegt. 2009 wurde für die Textilbranche zwar ein Mindestlohn eingeführt, doch hat es die Regierung versäumt, den Mindestlohn an tatsächliche Lebenskosten anzupassen oder die rasante Inflation mitzuberücksichtigen. Der wichtigste Exportzweig und Eckpfeiler der kambodschanischen Wirtschaft basiert vor allem auf Billigproduktion und Ausbeutung. Damit ist ein Pulverfass entstanden, das sich zum Jahreswechsel in einer dramatischen Ereigniskette entlud.

Im Jahr 2013 erlebte der Textilsektor so viele Arbeitskämpfe wie nie zuvor, die zentrale Forderung ist mehr Lohn. Die Situation der kambodschanischen Gewerkschaftsbewegung ist jedoch komplex, bis heute wirkt die jahrzehntelange staatliche Lenkung nach. Es gibt unzählige Gewerkschaften, viele haben eine deutliche Beziehung zur Regierung und den politischen Parteien oder sind von Pseudo-Gewerkschaften der Fabrikführungen gelenkt, um lästige Verhandlungen mit unabhängigen Gewerkschaften zu umgehen. Diese „gelben Gewerkschaften" stehen im scharfen Kontrast zu den unabhängigen Gewerkschaften, die sich in den vergangenen zehn Jahren formiert haben. Schätzungsweise 60 Prozent der TextilarbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert, doch ist vor allem die Rivalität untereinander ein Mobilisierungshindernis. Im Mai 2013 streikten rund 4000 ArbeiterInnen in einer für Nike produzierenden Fabrik, die Polizei benutzte Elektroschocker und verletzte 50 ArbeiterInnen, zwei schwangere Frauen erlitten Fehlgeburten. Daraufhin brachen Kämpfe zwischen zwei Gewerkschaften über die Fortführung des Streiks aus. Am Ende wurden hunderte ArbeiterInnen entlassen.

Das Königreich ist keineswegs ein Paradies für Streikende und Gewerkschaften. Es ist das genaue Gegenteil. Für unabhängige GewerkschaftsaktivistInnen ist Kambodscha ein gefährlicher Ort, es herrscht ein Klima des Terrors und der Straffreiheit.

Prominentes Beispiel ist die Ermordung des Gewerkschaftlers Chea Vichea im Jahr 2004. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wird oft negiert, Streiks werden mit Entlassungen und zunehmend mit Gewalt beantwortet. Im August begann die Belegschaft der SL Garment Fabrik zu streiken. Zuerst antwortete die Fabrikleitung mit der Entlassung von 19 GewerkschaftsaktivistInnen. Nach monatelangen Streiks tausender ArbeiterInnen griff schließlich die Polizei mit Gewalt durch und eröffnete das Feuer auf die Demonstrierenden, ein Mensch starb, dutzende wurden verletzt.

Ende Dezember war Kambodschas Textilindustrie im Ausnahmezustand, die Fabriken waren geschlossen, zehntausende ArbeiterInnen im Streik. Gewerkschaften hatten zu landesweiten Streiks in den Textilfabriken aufgerufen. Grund für den Streikaufruf war die Entscheidung der Regierung über den Mindestlohn. Diese sah eine Erhöhung von monatlich $80 auf $95 ab April 2014 vor und blieb damit weit hinter der Forderung nach sofortiger Verdopplung des Mindestlohns zurück. Zwar stellte die Regierung eine Erhöhung auf $160 bis zum Jahr 2018 in Aussicht. Ein die Existenz sichernder Lohn in Kambodscha liegt aber schon heute zwischen $157 und $177 monatlich.

Die Hauptstadt Phnom Penh erlebte zu dieser Zeit bereits Demonstrationen der oppositionellen Partei zur Rettung der Nation (CNRP). Der Vorsitzende der liberalen Partei Sam Rainsy erkannte seine knappe Niederlage nicht an und rief stattdessen zum Boykott auf. Die CNRP konnte bei der Wahl im Juli einen massiven Stimmenzuwachs verzeichnen, nicht zuletzt durch das Wahlversprechen, den Mindestlohn der Textilbranche auf $160 anzuheben, aber auch durch rassistische Parolen gegen den großen Nachbarn Vietnam und die im Land lebende vietnamesische Minderheit. Sam Rainsys Konterpart Hun Sen, Ministerpräsident und Vorsitzender der Kambodschanischen Volkspartei (CPP), putschte sich 1997 an die Macht und ließ sich nun schon zum fünften Mal durch Wahlen im Amt bestätigen.

Am 29. Dezember hielt die Opposition ihre größte Demonstration gegen die Regierung ab, und viele in Streik getretene TextilarbeiterInnen schlossen sich an. Am nächsten Tag stellte die Regierung den ArbeiterInnen ein Ultimatum, nach Neujahr an die Nähmaschinen zurückzukehren. Gleichzeitig erhöhte sie auch ihr Angebot des Mindestlohns auf $100. Doch als das Ultimatum verstrich und die Fabriken weiter bestreikt wurden, schlug die Stimmung um. Spezialkräfte der Militärpolizei gingen zuerst mit Eisenstangen und Schlagstöcken gegen Demonstrationen der unter koreanischer Leitung stehenden Yak Jin Fabrik in der Hauptstadt vor. Andere Einheiten drangen in den Canadia Industrial Park im Süden Phnom Penhs ein, um ebenfalls Demonstrationen mit Gewalt aufzulösen. Die fliehenden ArbeiterInnen verschanzten sich schließlich hinter Barrikaden auf dem Veng Sreng Boulevard. Dort eröffnete die Militärpolizei später das Feuer und tötete fünf Menschen. Hinter der Eskalation steht einem Bericht der GlobalPost zufolge die diplomatische Intervention Süd-Koreas, das seine wirtschaftlichen Interessen gefährdet sah. Auf Facebook veröffentlichte die koreanische Botschaft ein Statement, in dem unter anderem von konkreten Aktionen zum Schutz der koreanischen Fabriken im Canadia Industrial Park und der Zusammenarbeit mit Polizei und Armee gesprochen wurde. Zwar geht der Großteil der in Kambodscha produzierten Kleidung in die USA oder nach Europa, doch sind die produzierenden Firmen oft in koreanischer Hand, und dorthin fließen auch die Profite. Bilanz der dramatischen Tage sind 23 noch immer inhaftierte AktivistInnen, über 100 entlassene Gewerkschaftsmitglieder und noch mehr Proteste.

Die Zusammenarbeit mehrerer Gewerkschaften und die Organisation der Streiks ist sicherlich ein Meilenstein der unabhängigen kambodschanischen Gewerkschaftsbewegung, doch die Differenzen bleiben groß. So fordern regierungsnahe Gewerkschaften die strafrechtliche Verfolgung der StreikführerInnen. Zuvor hatten sie noch der Regierung zur Festlegung des neuen Mindestlohns von $95 gratuliert. Zwischen den Fronten stehen die ArbeiterInnen, die weiterhin für den Weltmarkt im Akkord Kleidung zu Niedrigpreisen nähen.

Merle Pohlos

(Fortsetzung des Artikels „Chile: Ein Tag, der alles veränderte" von Seite 10)

Zeitenwende der modernen chilenischen Gewerkschaftsbewegung

Genau deshalb aber sieht Margarita Peña, Vorsitzende der Conferencia Intersindical de Trabajadores, in der Bluttat ein paradigmatisches Ereignis für die Gewerkschaftsarbeit: „Es gibt nur noch ein davor und ein danach" – der erste Mord an einem Gewerkschafter seit dem Ende Pinochets. Auch seine Witwe Ximena Acevedo, die mit Jimenez zwei Kinder hat, sagte auf der diesjährigen Demonstration gegen die mutmaßliche Vertuschung der Hintergründe des Todes des 35-Jährigen, sie ziehe „Kraft daraus, dass im Namen Juan Pablos nun die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder ihre Köpfe erheben." In Chile gibt es diversen Statistiken zufolge die effektivste Gewerkschaftslandschaft in Lateinamerika, was vor allem mit dem hohen Organisationsgrad der lohnabhängigen Bevölkerung in den Jahren der staatlichen Neuordnung zwischen 1990 und 1994 zu tun hat. Trotzdem aber haben es Unternehmensverbände und Regierungen mal durch die Einbindung der Gewerkschaftsführungen in die Gesetzfindung bzw. die Unternehmenslogik, mal durch ideologische Medienkampagnen und mal schlicht durch Einschläferungstaktiken geschafft, das Reallohnniveau auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren zu drücken – während die chilenische Wirtschaft heute so produktiv ist wie nie. Kosten für Lebensmittel, Bildung und Wohnraum (vor allem in den Städten) steigen aufgrund der vergrößerten Kaufkraft einer etablierten chilenischen Oberschicht rasant, wodurch das Gros der Bevölkerung jedoch ausgegrenzt wird. Dies hat in den letzten drei Jahren zu einer Zunahme sozialer Bewegungen und harter Auseinandersetzungen mit dem Staat geführt. Der egalitäre und zivilgesellschaftliche Charakter, den sich der chilenische Staat in den 90er Jahren im Gegensatz zum Pinochetregime geben wollte, zeigt schon länger tiefe Risse. Bisher waren neben den Studierenden, die aus Protest gegen die absurd hohen Studiengebühren (je nach Universität mal locker 6000 Euro pro Jahr) Unterrichtsanstalten und Ministerien besetzt hatten, vor allem die indigenen Gemeinden der Mapuche von Repression, gewalttätigen Willkürakten und dem unbeteiligten Zuschauen der Justiz betroffen, da sie sich geweigert hatten, ihre Gebiete dem Rohstoffhunger der chilenischen und transnationalen Industrie zu opfern. Die Mehrheitsgewerkschaften zeigten an diesen Konflikten bisher nur wenig Interesse und unterstützten teilweise sogar mit ihrer Solidaritätsverweigerung die Marginalisierung des Protestes durch Staat und Medien, die selbstverständlich von einer kleinen radikalen Minderheit ohne ernstzunehmende politische Anliegen sprachen. Getrieben von dem unübersehbaren Mehrwertverlust, den die Lohnabhängigen mit ihren stagnierenden Reallöhnen in den letzten Jahren hinnehmen mussten, verstärkten die Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahren dann aber wieder ihre Aktivitäten in ausnahmslos allen Branchen. Der Mord an Juan Pablo Jimenez geschah in eben jenem Kontext: Als Leiter seiner Betriebsgruppe hatte er 2012 in der Firma Azeta, einem Subunternehmen des größten Energiekonzerns des Landes, Chilectra, Lohnerhöhungen durchgesetzt, was die Firmenleitung mit dokumentierten Einschüchterungsversuchen gegen gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen beantwortete. Tatsächlich wurden auf der Werkbank, auf der der Leichnam von Jimenez lag, Papiere gefunden, laut denen das Opfer Klagen gegen sein Unternehmen in 50 Fällen von anti-gewerkschaftlichen Aktivitäten vorbereitet hatte. Für den auf die Tat folgenden Samstag hatte er zudem eine Pressekonferenz angesagt, auf der das widerrechtliche Vorgehen der Unternehmensleitung hätte thematisiert werden sollen. Dass die örtliche Polizei trotz dieser brisanten Indizienlage von einem „Querschläger eines [unbewiesenen] Bandenkonfliktes eine Straße weiter" ausgeht, der als einzige Kugel seinen Weg durch den Betrieb in den Hinterkopf von Jimenez gefunden haben soll, ist für die Hinterbliebenen wie auch für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ein Skandal, der nur zu deutlich an die vergangen geglaubten Praktiken des diktatorischen Neoliberalismus unter Pinochet erinnert. Am 21. Februar begingen Tausende in Santiago de Chile den ersten Todestag von Juan Pablo Jimenez. Für sie hat die chilenische Justiz nun auch in der Demokratie endgültig ihre Unschuld verloren. Der Burgfrieden scheint ein für allemal beendet.

Marcus Munzlinger



„Wer tötete Juan Pablo Jiménez?" Das Vertrauen in die chilenische Justiz ist selbst auf Seiten staatstragender Gewerkschaften tief erschüttert



Für die Menschen auf dieser Mahnwache ist der Fall des getöteten Gewerkschafters Jimenez ein Rückfall in die schlimmsten Zeiten der chilenischen Geschichte

Meldungen aus der IAA

[CNT] Spanien:

Madrid: Die Gewerkschaft der Telekommunikations- und IT-ArbeiterInnen ruft für den 6. März zu einem Internationalen Aktionstag gegen die Bank Santander sowie die Unternehmen ISBAN und Panel Systems auf. Auch hier geht es um die Wiedereinstellung eines gefeuerten Genossen, er wurde entlassen, als er eine Betriebsgruppe der CNT in der Firma gründete.

[ZSP] Polen:

Die ZSP kämpft gerade gegen die Supermarktkette Dino. Auch hier wurden Leute entlassen, nachdem sie sich gewerkschaftlich organisiert oder nur Sympathie für die Gewerkschaft bekundet hatten. Die Auseinandersetzung nimmt dabei immer krassere Wendungen, etwa hat das Management versucht, selber eine so genannte Gelbe Gewerkschaft zu gründen, um die Belegschaft zu spalten, und geht auch juristisch gegen Internetprovider vor, bei denen Solidaritätsseiten gehostet waren. Wer seinen Unmut über dieses Verhalten der Geschäftsleitung direkt mitteilen möchte, kann auf dino.zsp.net.pl ein extra für diesen Zweck geschaffenes Formular benutzen.

[Sol-Fed] Großbritannien:

Die Solidarity Federation führt ihre Kampagne gegen das Workfare-Programm weiter. Am 19. Januar demonstrierten Mitglieder der Sol-Fed in Newcastle vor einer Filiale der Handelskette Marks & Spencer. Damit wurde erneut die Aufmerksamkeit auf dieses höchst umstrittene Modell gelenkt.
Zuvor hatten am 7. Januar Mitglieder der Londoner Sol-Fed im Stadtteil Lewisham ebenfalls vor dem dortigen Marks & Spencer Streikposten aufgestellt. Beide Aktionen wurden sehr positiv von der Öffentlichkeit aufgenommen. Bei Workfare werden junge Arbeitslose unbezahlt und nur für das Sammeln von „Berufserfahrung" von Arbeitsämtern an Firmen vermittelt. Die Einzelhandelsketten Marks & Spencer macht regen Gebrauch von diesem Modell und versucht dadurch, zwei Prozent ihrer Stellen als unbezahlt einzurichten.

Mehr auf www.boycottworkfare.org

Auf die Zukunft setzen!

Perspektiven für eine selbstverwaltete Wirtschaft

Ein Text von José Luis Carretero Miramar, Professor, Mitglied des Instituts der Wirtschaftswissenschaften und der Selbstverwaltung (ICEA) und Autor des Buches „Die lebendige Selbstverwaltung – Projekte und Experimente der neuen Wirtschaft in der Hitze der Krise" (Queimada Ediciones, Madrid, 2013)

Schreie, Klagen, Beleidigungen. Die Polizeiknüppel erheben sich und schnellen herunter. Die Leute schwitzen, das Blut fließt, jemand weint. Die Gruppe der sitzenden Männer und Frauen mit eingehakten Armen versucht zusammen den Angriff der PolizistInnen abzuwehren, die in Begleitung der richterlichen BeamtInnen und der hochmütigen AnwältInnen der Immobilieninhaberbank dabei sind, die Zwangsräumung einer Familie aus ihrer Wohnung in einem ärmlichen Stadtviertel von Madrid zu vollstrecken.

So etwas ist schon hunderttausendmal seit Beginn der Krise in den spanischen Städten und Dörfern geschehen. Es ist ein sich wiederholendes Muster, eine wiederkehrende Szene der Angst, des Schmerzes und der Verzweiflung. Manchmal wird dieses erschreckende Szenario ermuntert durch die verwunderliche Würde von Menschen, die trotz allem versuchen Widerstand zu leisten, ihre Häuser, die Spielsachen ihrer Kinder, die geplatzten Träume aus den Jahren des Wohlstands zu verteidigen.

Es ist die Krise, die Erschütterung eines senilen, aus der Kontrolle geratenen Kapitalismus. Laut offiziellen Zahlen gibt es schon drei Millionen griechische Bürger ohne Recht auf ärztliche Betreuung und weitere 3.300.000 stehen kurz davor, diese zu verlieren. In Spanien haben seit Beginn der Krise 400.000 Personen in der öffentlichen Verwaltung ihre Arbeitsstelle verloren (hauptsächlich im Umfeld der kommunalen öffentlichen Fürsorge oder in den Bereichen der Gesundheit, der Erziehung oder der Altenpflege). In einem Land, das schon die Zahl von sechs Millionen Arbeitslosen überschritten hat, gab es in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 21.949 kollektive Verfahren der Massenentlassung, die 292.706 Personen betrafen.

Vor kurzem haben mehr als drei Millionen Personen in Spanien die Zahl derjenigen in die Höhe getrieben, die unter akuter Armut (Einkommen weniger als 307 Euro pro Monat) leiden, während die Situation des Armutsrisikos (Einkünfte unter 7040 Euro im Jahr) von 28,2% der Bevölkerung geteilt wird.

Auf globalem Niveau ist, trotz der triumphalen Bestätigungen der Rückkehr zum Wirtschaftswachstum, die Situation nicht viel besser. Laut der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) haben seit 2007 13 Millionen Frauen ihren Arbeitsplatz verloren und mehr als die Hälfte der arbeitenden Frauen befindet sich in einer evident prekären Arbeitssituation. Gleichzeitig betreffen die Kürzungen und Privatisierungen hauptsächlich die öffentlichen und sozialen Dienste, die es ermöglicht hatten, dass Frauen teilweise und vorübergehend von ihren Beschäftigungen der Pflege von Pflegebedürftigen und Familienangehörigen – welche ihnen die globale Gesellschaft auf die eine oder andere Weise aufzwingt – befreit wurden.

Und was sind die Alternativen?

Für die politische Rechte stehen sie fest: dauerhafte Verschuldung, wirtschaftliche Reformen in Form von mehr Arbeitsmarktflexibilität, Produktionsdezentralisation (...), Privatisierungen, Abbau der öffentlichen Dienste, endgültiger Abschied vom sogenannten Wohlfahrtsstaat (welcher in weiten Teilen der Welt nie wirklich existiert hat), politischer und sozialer Autoritarismus, offene Unterdrückung im Schatten des klassischen Strafrechts, welches jeden Widerstand im Keim erstickt... – und der Sozialliberalismus? Im Wesentlichen das gleiche Rezept: Reformen, Memoranden, Kürzungen, aber zumindest mit ein bisschen mehr bürgerlichen Freiheiten, verpackt in entpolitisierte Diskurse.

Die einzige Alternative, auf welche die Linke scheinbar abzielt, ist eine Rückkehr zum deformierten Keynesianismus. Das bedeutet öffentliche Ankurbelung der Wirtschaft, Regulierung der Banken, progressive Fiskalität, Einschränkung der internationalen finanziellen Transaktionen, Umstrukturierung der Schulden. Dennoch ist nichts zu sehen von einer Diskussion über die Arbeitsmarktreformen, die darauf abzielen, Europa in ein Territorium der exportorientierten Sklavenfabriken zu verwandeln. Keine Eigentums- und Machtumverteilung in den Betriebsstätten, auch nicht die konsequente Demokratisierung der Leitungsprozesse der öffentlichen Dienste, die das Privatisierungsfieber überlebt haben, sondern ein keynesianisches Modell des starken Staates im Schoß des globalen Marktes und der transnationalen Bewertungskreise. Genau hier verlaufen die Grenzen. Im Rahmen der globalen vielschichtigen Krise[1] der kapitalistischen Produktionsweise hat die Strategie von einer Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat mitsamt seinem Mythos vom unendlichen Wachstum keine andere Möglichkeit, auf kurz oder lang diesen Weg zu gehen.

Es fällt dabei immer schwerer, den sogenannten produktiven „guten Kapitalismus" vom spekulativen „bösen Kapitalismus" zu differenzieren. Um dem erstgenannten eine Chance zu geben, fehlt es an der Dynamik eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums. Es gibt scheinbar keine realen, kurzfristigen Optionen, um der globalen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, wie der globalen Ölförderung, die Stirn zu bieten. Ein neues globales Jahrhundert der Akkumulation im Stile der goldenen 30er Jahre hat allem Anschein nach begonnen. Die Entwicklung hin zu einer allumfassenden Konsumgesellschaft westlicher Prägung scheint die Klasse der Regierenden geradezu zu berauschen. Ob es nun gewollt ist oder nicht: dies steht eindeutig im Widerspruch zu den vorhandenen natürlichen Grenzen des Ökosystems.

Deshalb sind die umsetzbaren Alternativen, die nicht mit Schulden, Plünderung, Verarmung und Diktatur durch Finanzoligarchen einhergehen, eng mit dem Beginn eines Prozesses der gesellschaftlichen Transformation verbunden. Diese schrittweise Änderung, jener sozialen Struktur, wird möglicherweise konfliktgeladen sein. Das Bedürfnis nach einer anderen sozialen Struktur wird vermutlich konsequent verfochten werden. Es wird die Forderung nach einer Struktur sein, die auf den Massen, die in den Jahren der Krise auf die Straße gegangen sind, basiert. Das was an Forderungen auf den Plätzen dieser Welt (Puerta del Sol, Taksim, Tahrir...) bereits erbeten wurde, das was im Angesicht drohender und ausgeübter Polizeigewalt, von Athen bis Río de Janeiro, von New York bis in die Straßen von Lissabon, gefordert wurde: Demokratie. Es bedeutet, dass wir alle entscheiden können. Menschen wollen über ihr Schicksal und die Formen ihrer wechselseitigen Beziehungen selbst bestimmen.

Allerdings reicht es nicht aus, RepräsentantInnen zu haben die (gestärkt durch die globalen Finanzmärkte) für einen entscheiden. Demokratie erschöpft sich nicht in den Parlamenten, den Parteien und durch die Irreführungen einer Repräsentation: sie ist dort meist gar nicht anzutreffen...

Echte Demokratie ist beispielsweise das, was die Massen der argentinischen Arbeitslosen umsetzten, als sie sich im Angesicht der Krise entschieden, die Autobahnen zu besetzen. Oder die ersten Stadtteilversammlungen der „Bewegung 15. Mai" und die zapatistischen Gemeinschaften. Demokratie ist nicht dort, wo man gehorchen befiehlt...

Existiert aber damit auch eine ökonomische Alternative?

Eine produktive Demokratie? Sie existiert nicht nur, sondern sie entwickelt sich, wächst und breitet sich vor unseren Augen aus. Und zwar in unzähligen öffentlichen, selbstverwalteten Projekten, die uns umgeben. Diese selbstverwalteten Projekte kämpfen für eine reale Alternative in Zeiten zunehmender Plünderung und Zerstörung von öffentlichen Einrichtungen. Die Alternative existiert und vollzieht sich in den Straßen. Es hat nichts Theoretisches und hängt weder von beschönigenden Formulierungen tadelnswerter, ethnografisch-historischer Studien ab, noch von rigorosen Statistiken. In den Poren dieser Gesellschaft breitet sie sich aus, lernt und drückt sich immer dringlicher aus: *„die reale Bewegung, die den aktuellen Stand der Dinge abschafft"*.

Lenken wir nun unseren Blick auf konkrete Erfahrungen, die auf realen Menschen beruhen: Beispielsweise die Madrider Zeitung *Diagonal*, deren Redaktion selbstverwaltet und Teil der sozialen Bewegung ist. Sie erscheint 14-tägig mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren und ist an Kiosken erhältlich. Die Anfänge von *Diagonal* reichen zurück auf die Produktion von Flugblättern, welche auf dem lebhaften Madrider Markt „El Rastro" zwischen Künstlerbuden und Ständen für Second-Hand-Kleidung unter die Menschen gebracht wurden. Vor kurzem wurde per Crowdfunding Geld gesammelt, eine größere Auflage zu finanzieren.

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht die Kreditkooperative *Coop57* vergessen. Das kollektiv verwaltete Projekt finanzierte sich anfangs über die Entschädigungen, die den gekündigten MitarbeiterInnen des *Bruguera*-Verlags in Barcelona ausbezahlt wurden. Es finanziert und unterstützt selbstverwaltete, ökologische und soziale Projekte durch Kredite mit niedrigen Zinsen. Zudem gibt die Kooperative Privatpersonen die Möglichkeit, kleinere Beträge zu investieren, die dann wiederum Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können.

Ein weiteres Beispiel ist die *Katalanische Integrale Kooperative (Cooperativa Integral Catalana)*. Diese versucht ein globales Netzwerk aufzubauen, welches ein Leben jenseits des Kapitalismus ermöglichen soll. Die Grundlage bilden hier so genannte *ecoxarxas* (Tauschnetzwerke für Lebensmittel, Dienstleistungen oder Wissen), Ökofarmen, eine Kreditkooperative sowie ein selbstverwaltetes Gesundheitszentrum.

Auch wenn die Zahl der Beispiele in den letzten Jahren in Spanien stetig anstieg, soll es nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Initiativen noch relativ jung sind. In Lateinamerika hingegen sind diese Tendenzen schon länger vorhanden. Die Ursache hierfür liegt wohl in der gnadenlos ausgeführten Attacke seitens der Märkte, der Keimzelle der sogenannten *new economy*, auf die Lohnabhängigen. In Argentinien wurden seit der Wirtschaftskrise von 2001 vermehrt Fabriken, die von den „Eigentümern" geschlossen werden sollen, nach mühsamer Besetzung in Selbstverwaltung überführt. An dieser Stelle seien Unternehmen wie *FaSinPat* („Fabrik ohne Chef"), vormals *Zanón*, in der Stadt Neuquén, die Druckerei *Chilavert*, die Grafikfirma *Patricios* oder der Metallbetrieb *IMPA* genannt. Laut einer Studie der „Offenen Fakultät" der Universität Buenos Aires, welches sich der Erforschung und Beratung selbstverwalteter Betriebe widmet, arbeiten in Argentinien mehr als 10.000 Menschen in den wiederhergestellten Unternehmen.

An dieser Stelle könnten noch zahlreiche weitere Beispiele genannt werden, zum Beispiel aus Brasilien, Griechenland, Frankreich, Italien, Uruguay oder Ägypten. Wem die Ausführungen an dieser Stelle nicht reichen, kann sich darüber hinaus in meinem letzten Buch informieren, welches kürzlich in Spanien von *Queimada Edition*[2] veröffentlicht wurde.

Es geht also um eine Vielzahl konkreter und realer Projekte, die vor unseren Augen entstehen. Aber es ist noch viel mehr als das: Sie trotzen auch der Gefahr, ähnlich konkurrenzbasierte Mechanismen zu entwickeln, wie sie für Institutionen des kapitalistischen Marktes typisch sind (professionelle Geschäftsführung, Kontrolle des internen Informationsfluss, Hierarchien), was in weiten Teilen der Genossenschaftsbewegung schon geschehen ist. Ebenso trotzen sie der Gefahr, ein bloßes Netzwerk zu sein, eine „Selbstverwaltung der Armut", subkulturell und randständig, wo einzig und allein prekäre Individuen versuchen, mehr schlecht als recht zu verwalten, was die KapitalistInnen nicht einmal mehr plündern wollen, da es schlichtweg nicht verwertbar ist.

Alle diese Erfahrungen und Projekte bleiben unbedeutend wenn sie nicht in der Lage sind, sich sowohl untereinander als auch mit Arbeitskämpfen und sozialen Protesten zu solidarisieren. Bestehende Kooperativen, Netzwerke, besetzte Dörfer und selbstverwaltete Fabriken müssen sich in ihrem Handeln jenseits von staatlichen oder wirtschaftlichen Hindernissen verbinden. Nur die gegenseitige Unterstützung durch die Vernetzung der ökonomischen Erfahrungen mit den gebündelten sozialen Kämpfen (für mehr Demokratie, für die Abschaffung repressiver und autoritärer Gesetze, für den Widerstand gegen Privatisierungen und prekäre Arbeitsverhältnisse, für die Verteidigung natürlicher Ressourcen und des Ökosystems...) können sich die konstruktiven Erfahrungen der Massen in eine weltweit kohärente Alternative verwandeln, die genug Kraft hat.

Eine weltweite Alternative aufbauen...

Dies ist genau das, was sich in den letzten, zahlreichen Kämpfen und Erfahrungen aus selbstverwalteten Projekten entwickelt hat. Es gibt klassische und topmoderne Perspektiven. Beide umfassen klare Thesen (zum Teil bei unpassenden Gelegenheiten), die eine mögliche Gesellschaft skizzieren, in der die ProduzentInnen selbstbestimmt handeln und die Demokratie direkt auf Versammlungen praktiziert wird. Auch in wirtschaftlichen Fragen.

Es zeichnen sich im Prinzip zwei verschiedene Perspektiven ab. Die erste: eine engmaschige Vernetzung von versammlungsorientierten Organen, die sich von lokaler Ebene und arbeitsbezogenen Schwerpunkten aus miteinander verbünden. Diese orientiert sich an Mechanismen des imperativen Mandats und der Widerrufbarkeit durch die Delegation, um eine partizipative Planung des ökonomischen Lebens zu ermöglichen. Das klassische Modell des Anarchosyndikalismus sprach die CNT auf ihrem Kongress von Zaragoza 1936 an: über die Vorstellung der Funktionsweise ihrer gewerkschaftlichen Struktur, die auf Föderalismus und direkter Demokratie basiert. Ein Modell, das immer wieder neu, mit unvermeidlichen Veränderungen im Laufe der Zeit, versucht wurde. Mit Perspektiven wie die der umfassenden Demokratie, für die Takis Fotopoulos eingetreten ist.

Die andere Perspektive ist ein bisschen komplizierter: Mit dem Wissen um die Grenzen, welche die Realität gesetzt hat, und der Erkenntnis, dass keine zentrale Organisation (unabhängig von ihrem Maß an Partizipation) über alle Kenntnisse verfügen kann, um eine treffsichere und ökonomisch zeitgemäße Vision zu haben, sollte man der Notwendigkeit von mehr oder weniger „freien" Formen des Marktes unter den Kooperativen, lokalen Initiativen und selbstständigen ArbeiterInnen Raum geben. Denn der Markt kann eine größtmögliche Flexibilität und Schnelligkeit bei der Einteilung der Ressourcen im Einzelfall garantieren. Natürlich: Wo es einen Markt gibt, gibt es Wettbewerb und somit auch Gewinner und Verlierer. Also ist es notwendig, parallel ein breites Feld an regulierenden Mechanismen zum Schutz der Allgemeinheit aufzustellen. Diese Mechanismen müssen generell, auf kommunaler und sozialer Ebene, demokratisch organisiert sein. Dies soll es erlauben, ein finanzielles Polster anzulegen, welches die Möglichkeit bietet, ArbeiterInnen von nicht überlebensfähigen Unternehmen zu reintegrieren. Eine Perspektive, die im richtigen Moment von dem libertären Ökonom Abraham Guillén hervorgebracht wurde, einem Kämpfer der CNT im spanischen Bürgerkrieg, der als Berater und Ideengeber für viele Sozial- und Guerillabewegungen in Lateinamerika fungierte.

Es gibt aber auch Momente, in denen die Entwicklung ganz andere Perspektiven eröffnen kann. Zum Beispiel die „partizipative Ökonomie", welche offen für angelsächsische Ökonomen und Gelehrte wie Michael Albert oder Robin Hahnel ist. Hier liegt die Betonung auf interessanten Ideen, wie die der Verteilung von „integrierten Paketen": einer besseren Verteilung von manuellen und intellektuellen Aufgaben für jeden Job, so dass in einem Kontext der Selbstverwaltung die Arbeitsteilung in der Produktion keine neuen Hierarchien im Sinne von Wirtschaftseinheiten erzeugt. Oder die von Andrés Ruggeri oder Dagnino entwickelten Analyseverfahren, welche die „soziotechnologische Angemessenheit" des Zusammenhangs zwischen selbstverwalteter Produktion und hochtechnisierter Arbeitstechnologie bis hin zur konkreten Anwendung untersuchen. Sind die Maschinen, die in der selbstverwalteten Produktion bereitgestellt werden, auch die gleichen, die im Rahmen des kapitalistischen Marktes Verwendung finden?

Es ist durchaus vorstellbar, dass in diesem Rahmen Möglichkeiten gefunden werden, durch die eine Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Betreibern direkt ermöglicht werden könnte. Andererseits werden Kontrolle und Überwachung gerne als notwendig angesehen. Aber trifft es denn auch wirklich zu, wenn man behauptet, dass der positive Effekt einer gesteigerten Produktivität meist nur von stärkerer Überwachung und Kontrolle ausgeht?

Projekte und Initiativen, die einen Rahmen schaffen und gestalten, um Selbstverwaltung und kollektive Ökonomie bis hin zum Anarchosyndikalismus voranzutreiben (wie das *Institut der Wirtschaftswissenschaften und Selbstverwaltung* (ICEA)) beschäftigen sich schon seit Jahren mit dem, was bereits in Spanien realisiert wurde. Es werden dementsprechend schon seit Jahren zahlreiche Texte über das Thema veröffentlicht, Konferenzen und Seminare abgehalten und mit anderen Medien zusammengearbeitet, um den Gedanken von einer alternativen, libertären und kooperativen Wirtschaft zu stärken.

Wie bereits oben erwähnt, zeichnet sich eine neue Gesellschaft im zusammenbrechenden Kapitalismus ab. Genauso wie das damals aufkeimende Bürgertum, welches das „Ancien Régime" ablöste, braucht diese neue Gesellschaft neben neuen Ideen auch die Fähigkeit, diese so umzusetzen, dass den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, mit seinen drohenden Umbrüchen und offenen Möglichkeiten, begegnet werden kann.

Es ist daher wichtig, neue Perspektiven zu etablieren

...die sich an eine schnell wandelnde Welt anpassen können. Neue Analysen und Umsetzungen von effizienten Praktiken müssen entwickelt werden. Entwicklungen, die nicht durch bloße theoretische Wunschvorstellungen und Abstraktionen oder dogmatische Prinzipien blockiert werden können. Die allseits bekannten Aufstände der Ausgebeuteten und Unterdrückten haben schon immer existiert, aber der qualitative Unterschied, den die Gewerkschaftsbewegung in den Spuren des revolutionären Sozialismus hinterlassen hat, war immer gekennzeichnet durch die Möglichkeit, Erfahrungen aus dem Widerstand zu organisieren und zu systematisieren. Wir wissen heute, dass beispielsweise die Kämpfe der ArbeiterInnen im Agrarsektor eine Renaissance erleben. Zum einen liegt das daran, dass intellektuelle ArbeiterInnen und SyndikalistInnen sich allmählich wieder auf ihre Traditionen zu besinnen beginnen. Es gibt einige Belege: die Erinnerungen an die vergangenen Jahrhunderte, in denen die Konflikte durch ihre Protagonisten weitergegeben werden konnten. Auch wenn diese nicht als GewinnerInnen hervorgingen – die grundlegende Erkenntnis über die Notwendigkeit sich zu organisieren bleibt. Es gilt nach wie vor wachsam zu bleiben, damit wir nicht unsere Rechte verlieren und durch totalitäre Tyrannei vernichtet werden können. Es ist der Zeitpunkt des Wiederaneignens dieser Traditionen. Vom Denken ohne Dogmen oder Rigiditäten, über Praktiken der ArbeiterInnen-klasse. Anstatt dieses Wissen nur innerhalb dieser Klasse zu konservieren, sollte dieser Gedanke mit seinen Praktiken durch einen breiten Dialog in der Allgemeinheit etabliert werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es heute mehr denn je an der Zeit, um an dem Konzept Wirtschaftsdemokratie (Selbstmanagement oder Selbstverwaltung) zu arbeiten. Mehr denn je, da die Menschen, die durch die „neoliberale Verwüstung" betroffen sind, dieses Konzept zwar nutzen, aber nur um aus ihrer unmittelbaren Situation einen Ausweg zu finden und dem drohenden ökologischen und sozialen Kollaps entgegenzuwirken. Es ist deshalb notwendig, dieses Konzept zu formen, es der Realität anzupassen, es zu diskutieren, zu verbreiten und zu vermitteln.

Lasst uns die Kämpfe um den Aufbau einer globalen Alternative begleiten, gestalten und die jahrzehntelange Ausgrenzung oder Marginalisierung beenden. Lasst uns stattdessen die Lebendigkeit der ArbeiterInnenklasse fördern. Denn diese ist lebendiger als je zuvor.

Madrid, 4 de enero de 2014
José Luis Carretero Miramar

[1] ...die nicht mit dem finanziellen Kollaps 2008 ihr Ende fand, sondern an ihrer innersten Eigenschaft, ihrer wirtschaftlichen Struktur und wirtschaftlichen Anpassung an die natürliche Umwelt und somit an den Lebensgrundlagen, ankam. Die fortschreitende kapitalistische Produktionsweise formt eine authentische Zivilisationskrise für die kommenden Jahrzehnte.

[2] Ein Verlag genossenschaftlicher Herkunft, in den 1970ern nach der Diktatur von einer Gruppe von Grafikern aus der anarchistischen Bewegung gegründet und auf dem Höhepunkt von „15M" wiedereröffnet wurde.

Übersetzung: Phil Leicht, Henry Ortega, Caro, Benjamin Most

Wer ist eigentlich Jacques Tardi?

Sein neuer Comic, ein Film und eine Ausstellung bringen uns das Schaffen des französischen Comickünstlers näher

Seine Graphic Novels haben in Frankreich 10.000er Auflagen. Seine Comicreihe „Adèle“ wurde unlängst von Luc Besson („Das fünfte Element“) verfilmt.

Der Anarchosyndikalist und Antimilitarist Jacques Tardi gehört zu den ganz Großen der französischen Comicszene. Den *DA*-LeserInnen mag er durch seinen Zyklus „Die Macht des Volkes“ über die Geschichte der Pariser Kommune bekannt sein.

Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass ich gerade für diese Tardi-Besprechung Recherche betreibe, aber 2012 bis 2014 scheinen mir Tardi-Jahre gewesen zu sein. 2012 erschien in der *Edition Moderne* Tardis neuestes und bisher persönlichstes Werk „ICH, RENÉ TARDI, KRIEGSGEFANGENER IM STALAG IIB“ über die Erlebnisse seines Vaters im Zweiten Weltkrieg und in deutscher Gefangenschaft (siehe Randspalte). Um den Jahreswechsel 2012 / 2013 möchte ihm der französische Staat die höchste, staatliche Ehrenbezeugung zukommen lassen, den „Orden der Ehrenlegion“. Tardi lehnt ab. Im Januar 2014 hat der Dokumentarfilm „Tardi – Schwarz auf Weiß“ von Pierre-André Sauvageot mit der deutschen Untertitelung von Andreas Förster in den Berliner Kinos Lichtblick (präsentiert u.a. von der *DA*) und Moviemento Premiere. Zeitgleich läuft eine Ausstellung mit den Originalbildern aus „STALAG IIB“ im Literarischen Colloquium Berlin (noch bis 4. April) an. Tardi satt!

Tardi wurde am 30. August 1946 in Valence/Frankreich geboren. Seine Kindheit verbrachte er in Kassel, wo sein Vater als Offizier stationiert war. Später studierte er Kunst in Lyon und Paris. Mit seiner Comicreihe „Adeles ungewöhnliche Abenteuer“ („Adèle Blanc-Sec“) wird er 1976 einem breiteren Publikum bekannt. Dieser frühe Ruhm verstärkt sich noch mit der Graphic Novel „Hier selbst“ („Ici Même“), die er mit dem Autor Jean-Claude Fores verfasste, und der Comicadaption der Krimigeschichten um den Privatdetektiv Nestor Burma von Léo Malet.

Besonders hervorzuheben sind auch Tardis zeichnerische Auseinandersetzungen mit dem Ersten Weltkrieg, so geschehen u.a. in dem Band „Elender Krieg“ (*Edition Moderne*).

Tardi ist ein Vielzeichner. Ein bis drei Alben erscheinen von ihm pro Jahr. Wer sich schon mal an dem Zeichnen eines Comics versucht hat, weiß, wie viel Arbeit ein bis drei Alben sind. In einem *arte*-Film über Tardi wird dieser gefragt, weshalb er so viel zeichne. „Stalag IIB ist beendet, und ich bin in einer Phase, wo ich nicht arbeite“, antwortet Tardi. „Da fühle ich mich etwas depressiv.“ Der Moderator kichert, aber Tardi meint es ernst: Das Zeichnen ist für ihn eine Art Antidepressivum.

Dabei sind seine Arbeiten zumeist düster und bedrohlich. Das ist sicher auch den Themen geschuldet, denen sich Tardi annimmt: Krieg und Mord. Es liegt aber auch in seinem häufigen Verzicht auf die Farbe begründet. Er brauche die Farbe nicht, um das zu sagen, was er sagen möchte, so Tardi. Weshalb einige Comics der Vergangenheit dennoch Farbe aufweisen, will der Interviewer im *arte*-Film wissen. „Verkaufsargument des Verlegers“, gibt Tardi zur Auskunft. „Mehr nicht.“

Sympathisch war mir Tardi nicht nur durch sein Bekenntnis zum Anarchismus, sondern auch durch seine Vorliebe für Charaktere aus der ArbeiterInnenklasse. „Der kleine Mann, wie man so sagt“, wie er selber sagt, interessiere ihn, womit er die Frauen in der ArbeiterInnenklasse einschließt. Ihm ist der amerikanische Comic mit seinen Superhelden suspekt. „An diese ‚Helden‘ glaube ich nicht“, sagt Tardi. In „STALAG IIB“ z.B. geht es nicht um Kriegshelden. Es ist die Geschichte der Besiegten, ihrer Enttäuschung und ihrer Verbitterung. Tardi versucht sich mit dieser Auseinandersetzung mit seinem Vater zugleich zu erklären, wie aus jemandem, der sich selber als euphorischen Idealisten beschreibt, ein derart verbitterter und immerzu wütender Mensch werden konnte. Die Wut des Vaters, so Tardi junior, richtete sich vor allem gegen die Nazis, die diese ganzen Verbrechen begangen hätten, und auf den französischen Staat, der „seiner Armee“ etwas vorgemacht hätte, als er ihnen weiszumachen versuchte, sie seien unschlagbar, und der sie in diesen Krieg geschickt hat.

Der Film „Tardi – Schwarz auf Weiß“ gibt weitere Aufschlüsse über den Menschen Tardi und seine Arbeitsweise. Man hat das Gefühl, dem Zeichner über die Schulter schauen zu können. Regisseur Pierre-André Sauvageot hat ihn zwei Jahre lang mit der Kamera begleitet. Wir können zuschauen, wie Tardi scribbelt, tuscht, das vermeintlich fertige Bild begutachtet, Fehler entdeckt, retuschiert und es schlussendlich mit einem finalen Strich abschließt. Ebenso dokumentiert der Film Tardis ausgiebige Recherchearbeiten. Für seine Geschichten, die nicht selten in seinem innig geliebten Paris spielen, streicht der Zeichner mit Fotoapparat und wachem Blick durch die Straßen der französischen Hauptstadt. Immer wieder bleibt er stehen, sucht nach dem richtigen Winkel und drückt auf den Auslöser. Die Fotografien dienen ihm als Vorlage für seine Hintergründe, die allesamt präzise im Detail sind. Keine Skulptur, die zu der Zeit, in der das Comic spielt, nicht dort auch wirklich in dem und dem Zustand gestanden hätte, kein Zug, der die falsche Anzahl an Rädern aufweist, werden in den Bildern von Tardi zu finden sein. Die Figuren hingegen sind auffällig schlicht gehalten. Ein Stilschema, das schon bei Tardis Vorbild Hergé (Tim und Struppi) zu finden ist.

Die Kombination Film, Comic, Ausstellung erlaubt tiefe Einblicke in das Werk eines der spannendsten Comickünstler der Gegenwart.

Minou Lefebre

Geschichtsstunde

„Ich, René Tardi, Kriegsgefangener im Stalag II B“, der jüngste Comic von Jacques Tardi, erzählt die Geschichte seines Vaters, auf dessen handschriftliche Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und an die Zeit in der deutschen Kriegsgefangenschaft er dafür zurückgreift. Um Frankreich gegen Nazideutschland zu verteidigen, meldet sich René Tardi freiwillig, er wird Panzerfahrer und gerät 1940 in Kriegsgefangenschaft und wird ins Stalag II B im Wehrkreis II, im heutigen Polen, seinerzeit Pommern, 100 Kilometer von der Ostsee entfernt, verfrachtet. Hunger, Regen, Schlamm, Demütigungen, Willkür, Schläge und wieder Hunger – physische und psychische Kälte sind die zentralen Themen. Die Welt in Tardis Comic ist grau in grau gehalten, nicht nur im Lager, sondern auch schon zuvor bei den Schilderungen der Panzerschlachten, einziger Farbtupfer ist das Rot der Hakenkreuzfahnen. Jacques Tardi zeichnet sich selbst in den Comic hinein und lässt sich in den Illustrationen zu den verschiedenen Erinnerungs-Schauplätzen seines Vaters mitnehmen und kommentiert die Situationen, ebenso wie sein Vater dies im Nachhinein tut und so seinen Erkenntnisprozess dokumentiert. Es ist nicht Hoffnungslosigkeit und Entsetzen, sondern Wut auf alles – auf den Krieg, auf die Politiker, auf Hitler, auf seine Befehlshaber, auf Frankreich – von der die Erinnerungen von René Tardi geprägt sind: „Ich hasste die ganze Welt (...) Ich hätte sie alle umbringen können!“ so lauten seine Worte, als das Lager endlich evakuiert wird, und damit endet der erste Teil dieser von Jacques Tardi illustrierten Erinnerungen seines Vaters, eine Fortsetzung ist geplant. „Ich, René Tardi, Kriegsgefangener im Stalag II B“ sollte Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht sein.

Karin Hoog

Jacques Tardi
„Ich, René Tardi, Kriegsgefangener im Stalag IIB“
200 Seiten, farbig, Hardcover,
ISBN 978-3-037311-12-7
EUR (D) 35,-

Provokation & Langeweile

Ein Gespräch mit Jarek von Unfixed



Foto: Lucas Uta

Weniger Crust, mehr 80er Jahre-UK-Punk: Das in London ansässige Anarcho-Punk-Trio Unfixed – bestehend aus Rosy (Gesang und Bass), Jarek (Gitarre) und Frank an den Drums – ist das musikalische Alter Ego der Crustband Meinhof. Der Name Unfixed habe keine geheime Bedeutung, so Jarek, er klinge einfach nur gut und sei neutral, im Gegensatz zu Meinhof. „Ja, wir haben einige Male deswegen Schwierigkeiten bekommen“, sagt Jarek. „Einige Menschen scheinen zu vergessen, dass wir Musiker sind. Natürlich ist der Name Meinhof provokativ und kontrovers, aber soll Punk nicht provokativ sein?“ Sie seien jedenfalls nicht der musikalische Zweig der Roten Armee Fraktion.

Rosy und Frank kommen aus Spanien, Jarek aus Polen, getroffen haben sich die drei in London, wo sie derzeit alle leben. „Natürlich wollten wir unsere wirtschaftliche Situation verbessern“, sagt Jarek, „das war einer der Gründe, warum wir nach London gezogen sind. Aber wir haben zuvor alle schon Musik gemacht, und das war ein weiterer Grund für uns, dorthin zu ziehen. Es ist in London einfacher, eine Band zu gründen, die Stadt liegt sehr zentral, jeder Ort in Europa ist von dort sehr einfach zu erreichen. Stellt euch doch beispielsweise einmal vor, wie es wäre, in Lissabon zu leben... wenn die Band dann einen Auftritt in Deutschland hätte, wäre der Anfahrtsweg riesig.“

Getroffen haben sie sich erstmals bei verschiedenen Underground-Electro-Konzerten, neben Punk eine weitere musikalische Vorliebe, die alle drei gemeinsam haben. „Vor Meinhof hatten wir ein Digital Hardcore Projekt namens DHC Meinhof“, fährt Jarek lachend in seiner Erzählung fort, „einen guten Atari Teenage Riot Klon.“ Die Liebe zum Punk gewann schließlich die Oberhand, und DHC Meinhof mutierte zu Meinhof. Und weil alle drei gleichzeitig noch von der zweiten Welle des britischen Punk der 80er, von Bands wie The Exploited und Angelic Upstarts fasziniert sind, riefen Rosy, Frank und Jarek zusammen noch ein weiteres Projekt namens Unfixed ins Leben. Das erste Album „Punk Chaos Disorder“ erschien 2013, demnächst soll das neue Album „Battleside“ veröffentlicht werden, wie immer auf dem polnischen DIY-Label NIKT NIC NIE WIE Records. Auf unfixed-punk.bandcamp.com/ können die ersten drei Songs angehört werden. „Your Punk Is Too Dead For Me“! Pogo!

„Wir nennen unsere Musik ‚UK12‘-Punk in Anlehnung an den ‚UK82‘-Stil, der damals seinen Namen von einem Song der berühmt-berüchtigten The Exploited hatte“, sagt Jarek. „Das Alltagsleben liefert uns die Inspiration für unsere Texte, meist sind es die negativen Seiten, über die wir singen. Unser neues Album ist allen unseren alten Freunden gewidmet, die immer noch dabei sind, eine weltweite Punk-Gemeinschaft aufzubauen, und all den jungen Punks, ohne deren Leidenschaft und Energie es nicht möglich wäre, diese Ideen am Leben zu erhalten. Die Anarcho-Punk-Schublade passt schon ganz gut für uns, wir sind wahrscheinlich wirklich Anarchisten, wir mögen keine Gesellschaft, die auf Autorität und Kontrolle aufgebaut ist. Aber wir sitzen jetzt auch nicht da und lesen Kropotkins Gesamtwerk. Wir sind eher von den anarchistischen Bewegungen des Spanischen Bürgerkriegs wie der FAI und CNT beeinflusst, was teilweise wahrscheinlich auch durch unsere Herkunft bedingt ist.“

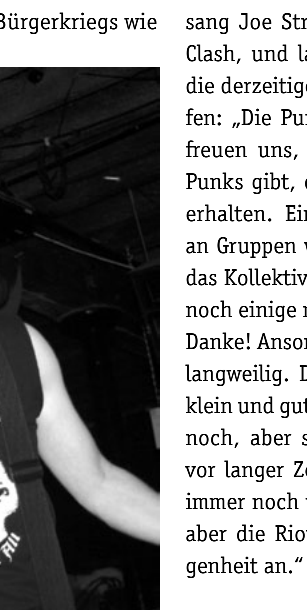


Foto: Lucas Uta



Foto: Lucas Uta

„London's burning with boredom now“ sang Joe Strummer vor langer Zeit bei The Clash, und laut Jarek scheint das auch auf die derzeitige Londoner Punkszene zuzutreffen: „Die Punkszene ist so gut wie tot. Wir freuen uns, dass es noch einige Londoner Punks gibt, die versuchen, sie am Leben zu erhalten. Ein herzliches Dankeschön geht an Gruppen wie das Scumfest Kollektiv oder das Kollektiv des Reknaw Soundsystems und noch einige mehr. Ihr wisst, wer gemeint ist! Danke! Ansonsten ist die Punkszene ziemlich langweilig. Die Anarcho-Punkszene ist sehr klein und gut verborgen. Conflict gibt es zwar noch, aber sie haben ihren Einfluss schon vor langer Zeit verloren. Natürlich kommen immer noch viele Punks zu ihren Auftritten, aber die Riots danach gehören der Vergangenheit an.“

Karin Hoog

uk12.wordpress.com

Auf Augenhöhe mit CAN, DAF und RAF

Die Goldenen Zitronen richten auf ihrem neuen Album „Who's Bad?“ Scheinwerfer und Lautsprecher auf aktuelle Zustände

Überraschend straight und agitprop-punk-&krautrock-like kommen die Songs des neuen Albums „Who's Bad?“ der Goldenen Zitronen rüber. Die Song-Titel und Texte sind unüberhörbar Ausdruck ihrer wütenden Sicht auf die gesellschaftlichen Zustände in diesem Land zu dieser Zeit: „Scheinwerfer und Lautsprecher“, „Echohäuser“, „Der Investor“ oder das klaustrophobische „Duisburg“, das an das Todesdrama der letzten Love-Parade in eben jener Stadt erinnert und die Schuldfrage eindeutig beantwortet.

Zu Beginn des Gesprächs, das im November letzten Jahres stattfand, machte ich kein Geheimnis daraus, dass mir das neue Album gefiel, sozusagen als Soundtrack aktueller Konflikte. Natürlich kann es gefährlich werden, wenn ein Song wie z.B. „Echohäuser“ nicht mehr als einen musikalischen Kampfaufruf darstellt, der allerdings ein Vierteljahr später in sich zusammenfällt. Denn die Essohäuser an der Reeperbahn in Hamburg sind mittlerweile geräumt, ohne dass die BewohnerInnen ihrer von der Hausbaugesellschaft bzw. der SPD-Bezirksregierung erzwungenen Räumung etwas Widerständiges hätten entgegensetzen können. Daher war es als Kompliment gemeint, als ich fragte, ob das fulminant-energische „Echohäuser“ als Kommentar zum Nichtfunktionieren der „Recht auf Stadt“-Bewegung verstanden werden könnte?

„Ohne ‚Kick out the Jams‘ wäre die Yippiebewegung in den USA nicht so geil gewesen“

Etwas irritiert und sichtlich überrascht antwortet Ted Gaier auf meine Eingangsfrage, dass es den Song „Echohäuser“, der den mittlerweile verlorenen Kampf um den Erhalt der symbolträchtigen, aber auch absolut baufälligen Essohäuser auf der Hamburger Reeperbahn thematisiert, möglicherweise nicht gebraucht hätte, wenn das „Recht auf Stadt“-Bündnis funktionieren würde: „Na ja, das wäre ja die Behauptung, dass es das gar nicht braucht, kulturelle Unterstützung für politische Inhalte... . Na gut, Songs braucht es. Wenn man sie hat, ist es schon mal besser, als wenn man sie nicht hat. In den USA wäre die Yippiebewegung ohne MC 5's ‚Kick out the Jams‘ auch nicht so geil gewesen, wie sie es mit diesem Song gewesen ist. Insofern sind Songs ja nicht Ausdruck eines Scheiterns, sondern eher ein Zeichen der Erweiterung der Bewegung.“ Und Songs sind allemal interessanter, da stimme ich Ted Gaier ausdrücklich zu, „als jetzt im Recht-auf-Stadt-Verteiler die Plenabeschlüsse zu lesen“. Mal davon abgesehen, dass es immer besser ist, wenn Menschen für ihre Interessen und Bedürfnisse manifest eintreten und es dann den dazu passenden Soundtrack gibt.



Foto: Frank Egel

Machen die Zitronen da weiter, „wo CAN, DAF und RAF aufgehört haben, als es gerade interessant wurde“?

Zur engagierten Haltung der Goldenen Zitronen schien mir der Satz aus dem Pressetext zu passen, Zitat: „Die einzigen also, die von sich behaupten könnten, auf Augenhöhe da weiterzumachen, wo CAN, DAF et RAF aufgehört haben, als es gerade interessant wurde.“ Wir erinnern uns, die Goldenen Zitronen waren und sind es immer noch, nämlich politisch engagiert. Als es in den Achtziger Jahren um den militanten Kampf um die besetzten Häuser in der Hafenstraße ging oder um die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF. Oder jetzt in den Auseinandersetzungen gegen kapitalistische Investorenträume und für ein Recht auf Stadt jenseits kommerzieller Verwertungslogiken.

„Oh shit, das wird jetzt echt schwer, einen reißerischen Text zu rechtfertigen, der ganz gut gelungen ist“, meint Ted Gaier, und Schorsch Kamerun fährt fort: „Na, der Satz mit dieser Aufstellung ist ja viel zu groß, und den kapiert man doch überhaupt nicht.“ Aber der Pressetext sei nicht von ihnen geschrieben worden. „Vielleicht sieht man in uns ja diejenigen, die in der Jetztzeit so etwas wie eine dissonante Nervosität und Dringlichkeit ausdrücken?“, fragt sich Ted Gaier und versucht so die RAF-Assoziation zu erklären, um letztendlich klar und unmissverständlich festzustellen: „Aber natürlich hat die Platte mit der RAF nichts zu tun.“

„... liefern ja nicht die Knarre“

An dieser Stelle betont Schorsch Kamerun, dass „wir ja nicht die Knarre liefern. Das muss man ja im Zeitkontext sehen.“ Punk habe am Anfang provozieren und nerven und schocken und das Bürgertum und auch die Hippies herausfordern wollen. Die Zeiten hätten sich aber geändert. Die damalige Art der Provokation würde heute keinen Sinn mehr haben. Daher sei der Satz im Pressetext heute bestenfalls Pop, der allerdings eine ganze Menge antriggere. Für Mense Reents könnte der Zeitpunkt der Auflösung der RAF der vielleicht entscheidende sein.

Unkontrovers sind jedenfalls für Ted Gaier, Schorsch Kamerun und Mense Reents die Bezugnahmen sowohl auf die Krautrocklegende Can als auch auf die Punk-Formation DAF. Mit Can verbinde die Goldenen Zitronen die Arbeitsweise. „Die Can-Musiker haben sich hingestellt, gespielt und geschaut, was musikalisch passiert, um untereinander intensive Momente zu finden“, sagt Ted Gaier. Dass sich auf dem neuen Album unüberhörbar DAF-Einflüsse finden, sei der Tatsache geschuldet, dass alle DAF-Fans seien. Und weil sich auch der Abschlusssatz des Pressetextes gut liest, sei er hier rein kopiert: „WHO'S BAD“ – 15 Tracks also, auf denen sie sich mit ihren Gästen (u.a. Melissa Logan, Gadoukou la Star, Peta Devlin und Gustav) der ehernen Losung verschrieben haben: „It ain't got that SWING, if it don't mean a thing!“ Die Frage: „Who's bad?“ wäre jetzt allerdings noch zu beantworten.

KP Flügel

Ein Visionär mit Bodenhaftung

William Morris und die Kunde von Nirgendwo

Ohne William Morris (1834-1896) wäre die Welt um einige Facetten ärmer, ganze Stilrichtungen hätte es nie gegeben, Bücher wären nie in der Form geschrieben worden. Warum? – Morris, Mitbegründer der sozialistischen Bewegung Englands, war vieles zugleich; unter anderem Künstler, Literat, Designer, Architekt und Unternehmer – vor allem aber verstand er es, Kunst und gesellschaftliche und politische Ideen mit dem Leben zu verbinden. Er wollte die Grenzen zwischen Kunst, Handwerk und Leben sprengen. Das 19. Jahrhundert mit seinen Umwälzungen war der perfekte Boden für einen aufgeschlossenen Denker wie Morris.

Neben seinem utopischen Roman „News From Nowhere“ – Kunde von Nirgendwo – aus dem Jahre 1890 schrieb er auch noch Märchenromane bzw. Science Fiction. So übte „The Wood Beyond the World“ von 1892 einen starken Einfluss auf C.S. Lewis' „Narnia“-Bücher aus. Das Werk von J.R.R. Tolkien zeigt ebenfalls Abhängigkeiten von Morris' Darstellungen frühen germanischen Lebens, wie etwa in „The House Of The Wolfings“ oder „The Roots Of The Mountains“.

Utopien stellen Gegenentwürfe zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der Zeit dar, in denen sie geschrieben wurden, so auch die „Kunde von Nirgendwo“. Um 1890 war das British Empire geprägt vom 10- bis 13-Stunden-Tag, vom Eisenbahnbau und dem Einsatz von Dampfmaschinen, die die Industrialisierung bis zum Ausbau der Schwerindustrie vorantrieben, und von der Ausbeutung und Ausplünderung der Kolonien. Auf der Suche nach Arbeit zogen die Menschen in die Großstädte, die rasch anwuchsen. Slums entstanden, die hygienischen Zustände waren unerträglich, die Lebenserwartung niedrig. Morris schrieb seine Utopie auch als Gegenentwurf zu dem utopischen Roman „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000 auf das Jahr 1887“ von Edward Bellamy (1850-1898), der 1888 erschienen war. Der US-amerikanische Science-Fiction-Autor entwarf autoritären Industriesozialismus mit Planwirtschaft. Mit der Verstaatlichung der Industrie sind alle BürgerInnen infolge ihres BürgerInnenrechts ArbeiterInnen, „die den Bedürfnissen der Industrie gemäß verteilt werden“. Arbeit muss bei Bellamy von jedem und jeder Einzelnen in ihrer entfremdeten Zwanghaftigkeit als unvermeidliches Schicksal akzeptiert werden.

Morris bekannte in einem Brief vom 13. Mai 1889, er jedenfalls möchte nicht in einem solchen Cockney Paradise leben, wie Bellamy es imaginiert habe: Er fühlte sich durch die hierarchische Struktur der maschinellen Arbeitsgesellschaft des Jahres 2000 mit ihrer wachsenden Standardisierung der ProduzentInnen, der Produkte und der KonsumentInnen so provoziert, dass er mit „Kunde von Nirgendwo“ eine Utopie entwarf, die in allen wesentlichen Aspekten das Gegenteil dessen propagierte, was Bellamy unter einem guten Leben verstand.

Bei Morris „hat eine Re-Ökologisierung stattgefunden, die Großstadt London wirkt wie ein weit verstreutes Riesendorf, Hierarchien sind der Dezentralisierung gewichen, in der Arbeit kann man sich wieder vergegenständlichen und das Geld als alles entscheidendes Machtkriterium ist abgeschafft. Sinnbildlich können in der Themse der Zukunftsgesellschaft wieder essbare Lachse gefischt werden. Damit gehört Morris zu den heute aktuell gebliebenen Utopisten der Vergangenheit, weil er die Verknüpfung von Ökologie und Herrschaftsabbau für eine wirkliche Verbesserung menschlichen Lebens als unabdingbar voraussetzt und weil er die individuellen Freiheitsrechte genauso in den Mittelpunkt rückt wie die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.“ (Wolfgang Haug, S. 180/181)

Nach einer auf das Jahr 1952 datierten Revolution und einem nachfolgenden Bürgerkrieg hat eine Art Kulturrevolution stattgefunden. Und nun sind nicht allein das Geld und das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft, auch der Antrieb des Einzelnen für die Herstellung von Gütern hat sich gewandelt. Da sie keinen Warencharakter mehr haben, nicht mehr gewinnbringend verkauft werden können, liegt die Lust zu ihrer Produktion allein in der Freude an der Kreativität. Damit gilt die Entfremdung der Arbeit als überwunden, zumal die Arbeitsteilung weitgehend aufgehoben ist. Wer will, kann sich spezialisieren, sie oder er wird davon weder materielle Vorteile noch Nachteile haben.

Ernst Bloch hat Morris einen Homespun-Sozialisten und Maschinenstürmer genannt. Das ist jedoch nur bedingt richtig. Die paradiesischen Zustände sind offensichtlich auch für Morris nicht ohne Technik herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Wie Peter Kropotkin (1842-1921) – Theoretiker des kommunistischen Anarchismus – machte auch Morris nicht die Produktion, sondern die menschlichen Bedürfnisse zum Ausgangspunkt seiner gesellschaftlichen Analyse. Die von ihm in den Vordergrund gerückte Veränderung der Bewertung von Gütern, Arbeit und Produktivität und die damit verbundene Theorie der künstlerischen Tätigkeit ist des Nachdenkens wert. Das Buch ist keineswegs nur historisch zu lesen, auch wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse zur Zeit des Entstehens bei der Übertragung auf heute berücksichtigt werden müssen.

Jürgen Mümken



William Morris
„Kunde von Nirgendwo“
mit einem Nachwort von Wolfgang Haug
187 Seiten – EUR 14,-
Verlag Edition AV

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Die größten Heulsusen der Nation

Das Lösungswort der letzten *DA*-Ausgabe: Die deutschen Polizeigewerkschaften

In den Tagen zwischen den Jahren war es mal wieder soweit. Nach ein bisschen mehr Randale als üblich auf einer Demo für den Erhalt der Roten Flora und einem auf obskure Weise verletzten Polizisten auf der Reeperbahn zwei Tage später wurde Hamburg zur Showbühne für die größten Heulsusen der Nation: Die FunktionärInnen der sogenannten deutschen Polizeigewerkschaften.

Warum „sogenannt"? Weil es sich bei diesen Organisationen nicht um Gewerkschaften handelt, sondern um reine Lobbygruppen. PolizistInnen sind schließlich Beamte, also unkündbare StaatsdienerInnen, mit einem satten Pensionsanspruch. Diese müssen ihre Löhne nicht aushandeln, geschweige denn dafür einen Arbeitskampf führen. Streiken? No way!

Um nun also ihre politischen Ziele (diese lassen sich ziemlich einfach mit „bessere Ausrüstung und höhere Strafen" zusammenfassen) durchzusetzen, haben die FunktionärInnen nur eine Waffe, und zwar die Medienpräsenz. Und innerhalb dieser haben sie scheinbar nur eine Taktik: Auf die Tränendrüse drücken. Niemand habe die Polizei mehr lieb, alles werde immer schlimmer, und sowieso sei das Leben der Beamten jeden Tag akut bedroht. Dabei seien diese unter Dauerstress und obendrein noch schlecht bezahlt und ausgerüstet.

In unserem konkreten Beispiel aus Hamburg zeigt sich dies wie folgt: Obwohl sich der Angriff auf die Davidwache, bei dem sich der oben genannte Polizist verletzt haben soll, mittlerweile als unglaubliche Falschmeldung erwiesen hat, gibt der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Hamburg, Klemens Burzlaff, zu Protokoll, dass der Angriff geplant und bis aufs kleinste Detail durchdacht war. „Es ist unfassbar, mit welcher Brutalität diese Straftäter gegen unsere Kolleginnen und Kollegen vorgegangen sind. Wer aus kürzester Distanz Flaschen und Steine auf Polizisten wirft, nimmt billigend in Kauf, dass Menschen getötet werden!", so Burzlaff in einer schriftlichen Mitteilung. Sein Organisationsfreund Joachim Lenders nutzt die Gelegenheit, um den Einsatz von Tasern für Demos zu fordern. Dies wird noch getoppt von Gerhard Kirsch, dem Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg: „Es muss jedem klar sein, dass eine Dimension erreicht wurde, die den Schusswaffengebrauch [...] wahrscheinlich machen könnte." Eben jene GdP ist immerhin Mitglied des DGB. Was zur Folge hat, dass sie wenigstens mit am Tisch sitzen dürfen, wenn sich ver.di bei den Tarifrunden um den TVöD über eben diesen ziehen lässt.

In einem Fall können die PolizeilobbyistInnen aber von Heulen auf Aggressivität umstellen. Nämlich immer, wenn Kritik an dem von ihnen projizierten Untergangsszenario geübt wird. So erging es letztes Jahr auch Rafael Behr, Professor an der Hamburger Polizeihochschule. Der hatte zusammen mit der Forderung, das Gejammer einzustellen, die These bestritten, dass Gewalt gegen PolizistInnen immer schlimmer würde. Sofort brach es über ihn herein. Die GdP diagnostizierte ihm einen „Fall akuter Profilneurose", während die DPolG den Artikel „mit fassungslosem Entsetzen" las und „dienstrechtliche Maßnahmen, bis hin zur Ablösung, für zwingend erforderlich" hielt.



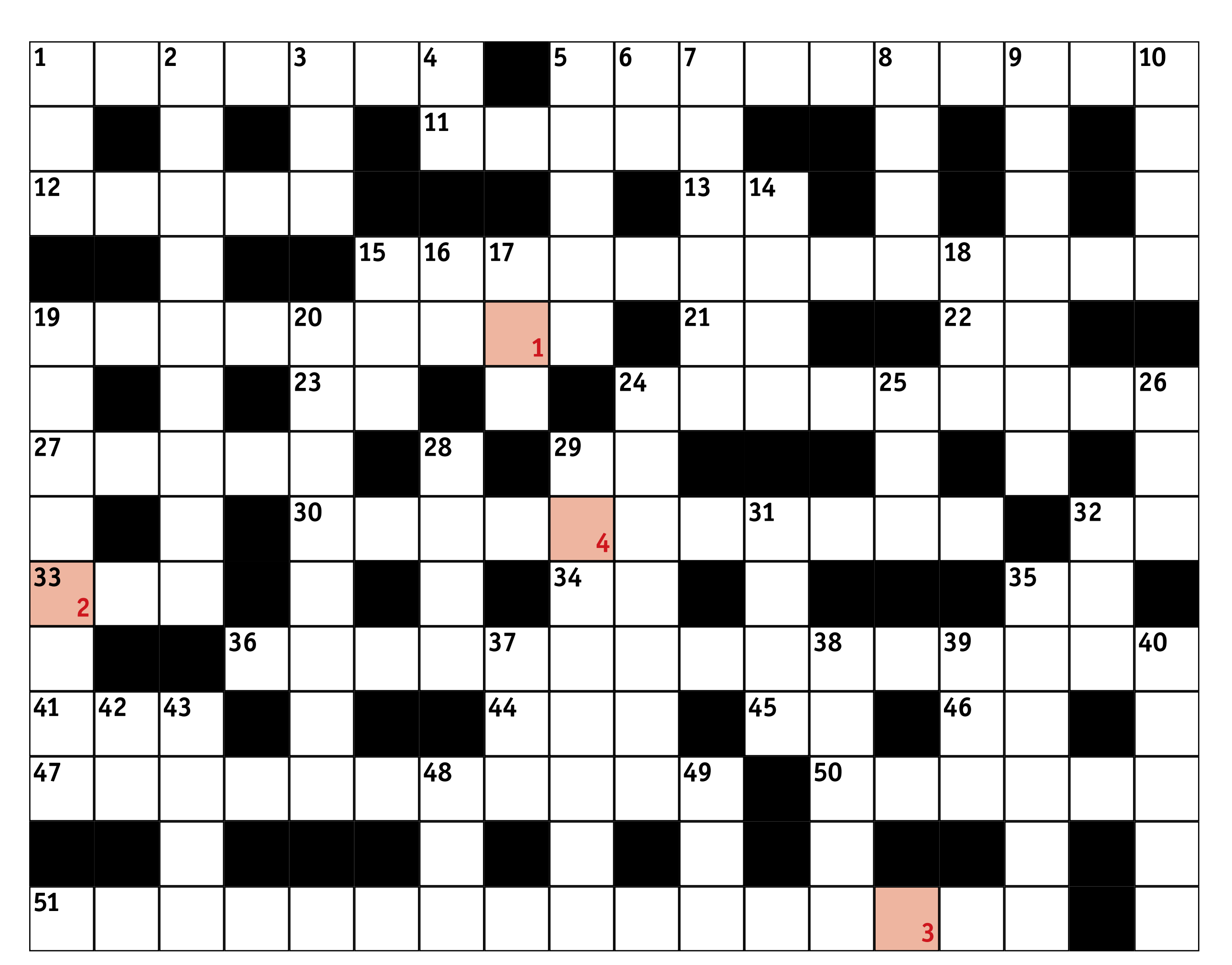
Quelle: www.flickr.com (CC-BY-SA)

Eine Studie aus NRW über das Jahr 2010 zeigt hingegen, dass es nur in 0,1 Prozent aller Polizeieinsätze zu Gewalttaten gegen PolizistInnen gekommen ist. Bei 4.040.768 Einsätzen sind im besagten Jahr 13 Polizisten schwer verletzt worden. Es gibt wahrscheinlich bessere Gründe, zu heulen.

Helga Wein

www.mopo.de/polizei/schon-wieder--vermummte-greifen-davidwache-an--polizist--45--schwer-verletzt,7730198,25747140.html
www.faz.net/aktuell/politik/inland/gewalt-gegen-polizisten-heule-heule-gaenschen-12092159.html

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 87



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

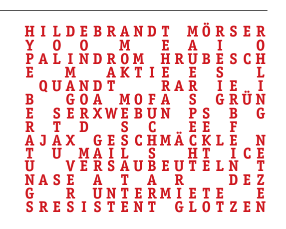
1. Urheber des Spruchs: „Uns, den Arbeitern, machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unsere Herzen. Und diese Welt wächst in diesem Augenblick." 5. Organisationsprinzip der modernen Industrie, das auf Beschleunigung und „Verschlankung" der Produktionsprozesse abzielt; dadurch werden Konzerne verwundbar: ~-Produktion <mehrteiliger engl. Begriff zusammenschreiben> 11. „Kohle-Hannelore": SPD-Politikerin in NRW 12. Strom in Kanada und Alaska: Ende des 19. Jahrhundertes lockte der „Goldrausch" viele Zehntausende Menschen hierher 13. chem. Zeichen für Gold 15.Unfreiheit, Knebelung 19. faschistische Bündnisstrategie, die Gemeinsamkeiten zwischen den politischen Lagern betont oder zu konstruieren versucht 21. Kfz-Kennzeichen für den Ennepe-Ruhr-Kreis 22. Präposition 23. kulinar. Begriff: Teigwaren sollen in der Regel „~ dente" (d.h. bissfest) zubereitet werden 24. Sinnbild für die Armut nach einem Werk von Fallada: Wer einmal aus dem ~ frisst 27. Männername 29. Abk. für „jährlich, pro Jahr" 30. eine weiße europäische SiedlerIn in Algerien; gegen Ende des Algerienkriegs flohen die meisten Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe nach Frankreich; aus ihr gingen mehrere linke und anarchistische Intellektuelle hervor (Camus, Derrida usw.) 32. ehemalige LiebhaberIn 33. Gutschein, Kassenzettel 34. Großstadt im Westen der USA, gängige Abk. 35. Kfz-Kennzeichen für Lübeck 36. beim Arbeitskampf der Beschäftigten des Kinos Babylon wurde es der FAU Berlin „wegen fehlender ~" verboten, sich Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft zu nennen; nach vielen Protesten wurde diese einstweilige Verfügung im Juni 2010 aufgehoben 41. isst man in Russland das ganze Jahr über gern, auch bei winterlicher Kälte 44. fragen <engl.> 45. was auf keinem behördlichen Schreiben fehlt <Abk.> 46. Vorsilbe der Verneinung 47. sich durch Arbeit zugrunde richten: sich ~ 50. jemanden Geld abnehmen, ihn ausbeuten 51. Gremium in größeren Betrieben, das von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt wird

Senkrecht

1. „Mach es selbst": Parole einer losen Bewegung seit den 1960ern und 70ern, die vom Glauben an Improvisation, Eigeninitiative und einem Misstrauen gegenüber der Industrie geprägt ist <engl. Abk.> 2. Ablagerung von nicht mehr benötigten Stoffwechselprodukten bei Pflanzen 3. Kriegsmarine der USA <Abk.> 4. Kfz-Kennzeichen für den Ilm-Kreis 5. engl. Frauenname 6. chem. Formel für Uranfluorid <ohne Zahlen> 7. Scheune, Gerüst zum Trocknen von Gras 8. nun, jetzt <lat.> 9. menschenunwürdig, hartherzig 10. nie endend, sehr lange 14. Behälter bei der Feuerbestattung und der bürgerlichen Demokratie 15. global eindeutige Adresse einer Homepage 16. Himmelsrichtung <Abk.> 17. ein Sprengstoff <Abk.> 18. ungar. Kommunist (1886-1938), einflussreiche Figur in der ungar. Räterepublik 1919, Vorname: Béla 19. mittendurch, ziellos 20. in einem großen Gefäß abgefüllter „Gerstensaft" 23. Hafenstadt an der türk. Ägäisküste (früher Smyrna) 24. einfacher Holzbau als Notwohnung oder Schuppen 25. tschechischer Kirchenreformer, kämpfte u.a. gegen Güterbesitz, setzte sich für die Nutzung des Tschechischen als Kirchensprache ein, 1415 in Konstanz verbrannt; nach seinem Tod entstand die Bewegung der ~itInnen 26. beinahe obsoletes Telekommunikationsgerät 28. eine Gemüseart <rückwärts!> 29. Parole Georg Büchners: „Friede den Hütten, Krieg den ~!" 31. Sinnestäuschung, Wahngebilde: ~ Morgana 32. hebräisch-jüdischer Vorname 35. Scherge, Scharfrichter 37. „Wonnenmonat", dessen erster Tag der Arbeiterklasse gehört! 39. Maß für den Durchmesser von Projektilen <Abk.> 40. von 1982 bis 1993 hatte die PLO ihr Hauptquartier in dieser nordafrikanische Hauptstadt 42. „ich" <ital.> 43. bestandsgefährdeter Knorpelfisch 48. Einsatzhundertschaft der Polizei <Abk.> 49. Organisation, die die Interessen eines Staates im Internationalen Olympische Komitee vertritt; oftmals sehr korrupt <Abk.>

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg).
Gewinner#221: Lena Stoer aus Faktor

Auflösung # 86





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Feldbergstraße 14
79115 Freiburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 223: 5. April 2014